Green Banking:
Nachhaltigkeit wird das neue Normal

Nachhaltigkeit wird zum Trend bei Versicherungsprodukten

Mittelstand profitiert von grüner Transformation

FinanzBusinessMagazin.de
Für Entscheider der Finanzbranche



Green Finance 2024:
Nachhaltige und grüne Investments

FNG-Marktbericht 2024: Branche sieht weiterhin Wachstumspotenzial für nachhaltige Geldanlagen

ESG-Skala für Finanzprodukte verspricht mehr Klarheit zu Nachhaltigkeit in der Geldanlage

Studie: Nachhaltigkeit und Green Finance trotzen allen Krisen

SACHWERTEGIPFEL

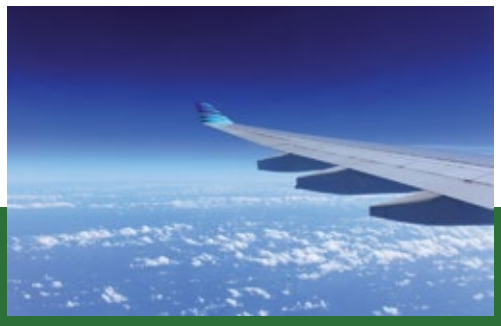
Exklusivforum für werthaltige Kapitalanlagen



Positive Impulse und echter Mehrwert für Top-Entscheider!



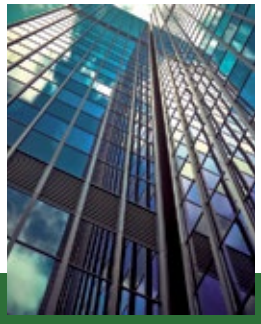




neuer Termin **20. Februar 2025**

Tagungsort: Veranstaltungszentrum Municon am Flughafen München, von 9:30 Uhr bis 17:30 Uhr







www.SachwerteGipfel.de

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Nachhaltiges Investieren entwickelt sich immer mehr vom Hype zum Mainstream

Wie ist die Finanzbranche hier aufgestellt? Was bieten Investmentgesellschaften, Versicherer, Banken oder Immobilienunternehmen ihren Kunden und Kundinnen? Und wie reagieren sie als Unternehmen auf die regulatorischen Vorgaben? Diese und weitere Fragen werden auf den nächsten Seiten beantwortet. Zudem beschäftigen wir uns mit Studien und Befragungen u.a. zu folgenden Themen im Magazin:

Nachhaltigkeit in der Geldanlage spielt für viele private Anlegerinnen und Anleger eine immer größere Rolle. Entsprechende Anlageentscheidungen werden ihnen aber oftmals durch einen komplexen und wenig nutzerfreundlichen Zugang erschwert. Die vom Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung konzeptionierte ESG-Skala für Finanzprodukte schafft hier Abhilfe durch eine leicht verständliche Information von Privatanlegerinnen und Privatanlegern zu Nachhaltigkeitseigenschaften von Finanzprodukten und macht so die Welt der nachhaltigen Geldanlage leichter zugänglich.

Biodiversität gewinnt in der Finanzbranche zunehmend an Bedeutung. Das ist ein zentrales Ergebnis aus dem diesjährigen Marktbericht, den das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) veröffentlicht hat. Die Erhebung umfasst für Deutschland ein Volumen Nachhaltiger Geldanlagen von 542,6 Mrd. Euro und 89,2 Mrd. Euro für Österreich.

Die Dynamik bei Artikel-8-Fonds lässt nach, doch das Wachstum ist noch immer signifikant. Bei Artikel-9-Fonds ist das Vermögen im Vergleich zum Vorjahr jedoch kaum gestiegen. Scope gibt einen Überblick über das nachhaltige Fondsuniversum gemäß SFDR.

Die Lebensversicherungsbranche ist deutlich „grüner" als man das in der öffentlichen Wahrnehmung gemeinhin glaubt. Von knapp 14.000 Fonds bzw. Fondsklassen, die die deutschen Lebensversicherer im Jahre 2022 im Bestand hatten, sind bereits weit über 8.000 nachhaltig gemäß der EU-Offenlegungsverordnung", kommentiert infinma-Geschäftsführer Dr. Jörg Schulz seine Analyseergebnisse.

Transparente Daten zum energetischen Zustand unserer Immobilien sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass der Finanzmarkt seinen Beitrag zur zügigen Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland leisten kann. Eine modular aufgebaute und leicht zugängliche Datenbank kann hier zu einer Win-win-Situation für Banken, Hausbesitzer und den Staat werden.

Während manche Unternehmer noch murren und knurren und andere jammern und heulen, handeln die schlauen Unternehmerinnen und Unternehmer schon längst und werden nachhaltiger. Angestoßen hat das zwar der Druck des Gesetzgebers, aber viele Unternehmen haben erkannt, dass sie selbst profitieren, wenn sie schon jetzt Daten für den nicht-finanziellen Bericht, die dann für die Bilanz bzw. den Lagebericht abgeliefert werden müssen, erheben. Die Vorteile sind neben Imagegewinn auch finanziell, erläutert Unternehmensberaterin Freddy Dutz in ihrem Artikel.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und viel Spaß beim Lesen!

Das Redaktionsteam

MARKT

6 Studie: Nachhaltigkeit und Green Finance trotzen allen Krisen

7 ESG-Skala für Finanzprodukte verspricht mehr Klarheit zu Nachhaltigkeit in der Geldanlage

8 Zukunftsbild eines nachhaltigen Finanzsystems 2034 – Ein Kompass für die nächsten zehn Jahre

9 Zentrale Immobilien-Datenbank als Voraussetzung zum Erreichen von Klimazielen im Gebäudesektor

10 Das Momentum nutzen: Prioritäten für das zukünftige Europa-Parlament für die Sustainable Finance Branche

INTREVIEW

12 Transformation in der Logistik – die Rolle der Kapitalanlagen
Interview mit **Jürgen Kestler und André Wreth**, Geschäftsführer, Solvium Capital Vertriebs GmbH

15 Mehr Optimismus wagen…!
Beitrag von **Hans Peter Wolter**, Certified Financial Planner , Inhaber, Wolter- Finanz

18 Gute Gründe für die Nachhaltigkeitsberichterstattung
Beitrag von **Freddy Dutz**, Sustainability Advisor

20 Gen Z und das liebe Geld
Beitrag von **Susanne Görner**, Geschäftsführerin, Marketing & More

INVESTMENTS

22 FNG-Marktbericht 2024: Branche sieht weiterhin Wachstumspotenzial für nachhaltige Geldanlagen

24 Fünf Themen die aktuell nachhaltige Investments bestimmen

26 ESG im Fokus: Mehr als jeder zweite Fonds mit Nachhaltigkeitsausrichtung

27 Studie „Nachhaltige Kapitalanlagen 2024" zeigt Nachhaltigkeit als vierte Dimension der Kapitalanlage weiter gefestigt

27 Großanleger sind weiter auf Nachhaltigkeitskurs: 85 Prozent der institutionellen Anleger investieren nachhaltig

29 Anlegerstudie: Gen Z setzt auf sichere und nachhaltige Geldanlagen

30 Der nachhaltige Fondsmarkt im 1.Quartal 2024: Fast 1 Billion Euro

31 FNG-Siegel: Differenzierung gefragt beim nichts-sagenden Artikel 8-Sammelbecken

32 ESG: Jetzt wird auch das soziale für Anleger interessant

33 Triodos Impact Check: Klare Haltung gegen die Rüstungsindustrie

34 Proxy-Voting: Ab sofort kämpft Ökoworld auch auf Hauptversammlungen für mehr Nachhaltigkeit

35 Wasserfonds: Renditepotenzial mit Impact

36 Die Kraft des wirkungsorientierten Investierens

37 ESG-Investments 2024: Chancen durch Fortschritt und Klarheit

39 FNG-Siegel: Advisory Board nimmt Tätigkeit auf

41 Triodos Impact Check – Nachhaltiges Investieren auf dem Weg zum Normalzustand

SACHWERTANLAGEN

42 Güterwagen als Vorreiter der Kreislaufwirtschaft in der Logistikbranche
Interview mit **André Wreth**, Geschäftsführer, Solvium Capital Vertriebs GmbH

43 Bei Erneuerbaren Energien stehen alle Zeichen auf kräftiges Wachstum

44 Commerz Real: Private Investitionen müssen bei Energiewende tragende Rolle spielen

45 HEP erhält ESG Transformation Award 2024

46 Impact Investing mit reconcept: Hamburger Energieexperte legt neuen Green Bond auf

46 ÖKORENTA Gruppe meldet Unternehmensrekord

47 BVT startet Fonds mit Investitionsfokus auf erneuerbare Energien und nachhaltige Energieprojekte

48 EURAMCO: BREEAM Zertifizierung für mehrere Fondsimmobilien in Wien

IMMOBILIEN

49 Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen wird künftig für Renditen von Wohnimmobilieninvestitionen genauso wichtig wie das Zinsniveau

50 Studie Wohnen in Deutschland 2024: Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele liegt bei den Bestandsimmobilien

52 Immobilienwirtschaft sieht große Fortschritte beim Klimaschutz

52 Welche Kriterien müssen unbedingt erfüllt sein, damit Immobilien taxonomiekonform sind und zu den Top 15 % des Gebäudebestandes gehören?

53 Bis zu 25 Prozent Preisaufschlag für beste Energiebilanz – so stark beeinflusst die Energieklasse den Immobilienmarkt

54 Fast zwei Drittel aller 2023 fertiggestellten Wohngebäude werden mittlerweile mit Wärmepumpen geheizt

55 Datensprache für ökologische Analyse von Immobilien: Ein digitales Ökosystem schaffen

56 Taxonomiekonformität steigert Verkehrswerte und senkt Finanzierungskosten von Immobilien

57 Zukunftsweisende Hochhäuser aus Holz

BANKING

58 Green Banking: Nachhaltigkeit wird das neue Normal

59 Berenberg-Studie zeigt Optimierungsbedarf bei ESG-Ratings

61 ESG: 67 Prozent der Banken kritisieren unklare Vorgaben

62 Trendbarometer Sustainable Finance: Bankkunden fischen beim Thema Nachhaltigkeit weiterhin im Trüben

63 Anforderungen von Kunden und Finanzierungspartnern gehen mit stärkerem Klimaschutzbeitrag von Unternehmen einher

64 Kampf gegen den Klimawandel: Bis Ende des Jahrzehnts droht eine Finanzierungslücke von 27 Billionen US-Dollar

65 LBBW startet ESG-Dashboard für Unternehmenskunden

66 Jährliche ESG-Umfrage von Fidelity International: Unternehmen sind weiterhin für ESG-Engagement offen

67 Green Asset Ratio – Ist der Crashtest wirklich ein Fehlschlag?

69 Preis für das nachhaltigste Finanzinstitut geht an die GLS Bank

70 100 Tage Heizungsförderung: KfW zieht positive erste Zwischenbilanz

VERSICHERUNGEN

71 Gesamtschäden aus Naturkatastrophen 2023: 250 Mrd. US$; rund 74.000 Todesopfer

73 Deutschland: 4,9 Milliarden Euro Schäden durch Wetterextreme 2023

74 Versicherungskammer ergänzt ihre Natur-Katastrophen-Rückversicherung erstmals über Cat Bond Markt

74 Nachhaltige Fondspolicen und Fondsanlagen in Deutschland

76 Konsumentenstudie: Nachhaltigkeit wird zum Trend bei Versicherungsprodukten

77 Umfrage: Nachhaltigkeitsmüdigkeit bei deutschen Versicherungskunden – Versicherungsunternehmen brauchen neue Strategien

79 Versicherer: Risikobericht der EU-Umweltagentur zeigt Handlungsbedarf

80 „Nachhaltigkeitsampel" für Finanzprodukte: Zielke Rating verleiht „Blue Invest" der Bayerischen Bestnote

UNTERNEHMEN

81 Große Mehrheit der Unternehmen rückt Nachhaltigkeit ins Zentrum

82 CSRD: Neue Ära der Nachhaltigkeitsberichterstattung

84 Bürokratielasten vermeiden: Unternehmen sollen neue Nachhaltigkeitsstandards einfacher umsetzen können

86 Mittelstand profitiert von grüner Transformation

87 Mittelständler überraschend stark von deutschem Lieferkettengesetz betroffen

89 Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit: Endgültige Billigung durch den Rat

90 Kellner: „Wir werden den Mittelstand bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung entlasten"

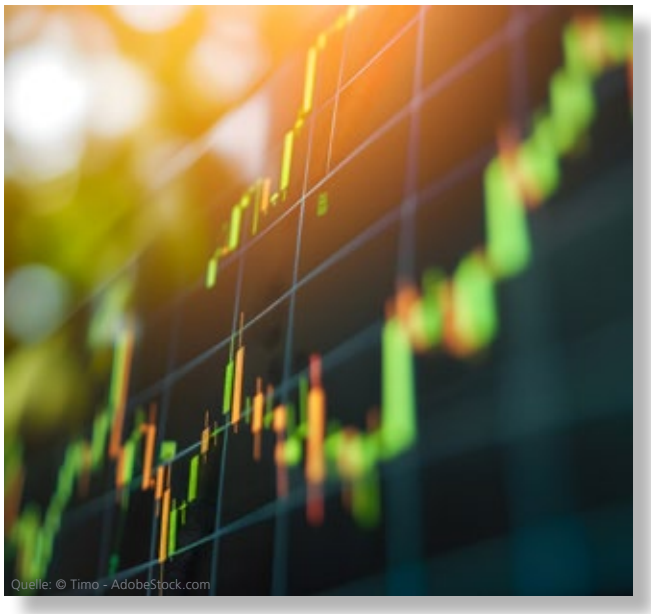
IMPRESSUM

17 Impressum

Studie: Nachhaltigkeit und Green Finance trotzen allen Krisen

Eine aktuelle Studie hat Unternehmens- und Finanzentscheider zu den Themen Nachhaltigkeit und Green Finance befragt: Nachhaltigkeit bleibt ein Top-Thema in der Wirtschaft. Angesichts der aktuellen Herausforderungen ordnen jedoch viele Unternehmen ihre Prioritäten neu. Nachhaltige Finanzierungsinstrumente bleiben eine Nische, allerdings wächst die Zahl derer, die damit bereits Erfahrungen gesammelt haben.

Die geo- und wirtschaftspolitischen Verwerfungen zwingen viele Unternehmen zur strategischen Kurskorrektur. Dennoch behalten sie die Nachhaltigkeit fest im Blick. Dies geht aus einer aktuellen Studie von F.A.Z. Business Media | research im Auftrag der LBBW und FINANCE hervor. Für die Mehrheit der Befragten steht der ökologische Nachhaltigkeitsaspekt im Mittelpunkt. In den Bereichen Soziales und Integration von Nachhaltigkeit in die Unternehmensführung werden stellenweise Investitionen gedrosselt.



Quelle: © Timo - AdobeStock.com

„Das Gros der Unternehmen beschäftigt sich bislang vorrangig mit den ökologischen Themen, dem E in ESG. Social und Governance stehen eher weniger im Fokus. Das wird sich jedoch zukünftig ändern, denn die drei Bereiche sind gleich wichtig", sagt Joachim Erdle, Vorstand Unternehmenskunden der Landesbank Baden-Württemberg.

Der Markt für Sustainable Finance wächst stetig: 67 Prozent der befragten Finanzentscheider haben sich bereits damit auseinandergesetzt. Vor vier Jahren waren es erst 52 Prozent. Einen echten Sprung im Vergleich zu den Vorjahren haben die ESG-linked Loans hingelegt: 17 Prozent der befragten Finanzentscheider haben dieses Instrument eingesetzt (2022: 5 Prozent). Green Loans und Green Bonds haben jeweils 10 Prozent der Befragten umgesetzt.

Dass Nachhaltigkeit und nachhaltige Finanzierungen auf der Agenda bleiben, dafür sorgt der Gesetzgeber. Unternehmen werden künftig noch stärker zur Offenlegung von Nachhaltigkeitskennzahlen verpflichtet. 82 Prozent der Finanzentscheider sagen daher, die systematische Datenerfassung und -verarbeitung ist für die nicht-finanzielle Berichterstattung hochrelevant. Allerdings sehen sich erst 40 Prozent der befragten Finanzentscheider an diesem Punkt angekommen.

Häufig fordert dabei bereits der Umgang mit nachhaltigkeitsrelevanten Rohdaten heraus: Für 62 Prozent der befragten Finanzentscheider ist der Datenerfassungsaufwand problematisch. Die Hälfte klagt zudem über mangelnde Datenqualität, und für weitere 42 Prozent ist die Datenbeschaffung aus unterschiedlichen Quellen schwierig.

„Viele Unternehmen ohne direkten regulatorischen Druck unterschätzen im Vorfeld den Aufwand der ESG-Datenerfassung. Perspektivisch darf sich die Qualität von Nachhaltigkeits- und Finanzkennzahlen aber nicht mehr wesentlich unterscheiden. Eine unsichere Datenbasis führt schnell zu einer Verletzung regulatorischer Vorgaben", warnt Jacqueline Preußer, Head of research bei F.A.Z. Business Media.

Da die Erhebung und Messung von Nachhaltigkeitskennzahlen an Bedeutung gewinnen, werden diese auch immer häufiger als Messgröße für nachhaltige Finanzierungen eingesetzt. 53 Prozent der befragten Finanzentscheider sprechen sich für die Koppelung der Zinshöhe an individuell festgelegte Kennzahlen aus. Lediglich 22 Prozent bevorzugen ESG-Ratings und ein weiteres Fünftel will sich nicht festlegen.
Autor: research.faz-bm.de

ESG-Skala für Finanzprodukte verspricht mehr Klarheit zu Nachhaltigkeit in der Geldanlage

Nachhaltigkeit in der Geldanlage spielt für viele private Anlegerinnen und Anleger eine immer größere Rolle. Entsprechende Anlageentscheidungen werden ihnen aber oftmals durch einen komplexen und wenig nutzerfreundlichen Zugang erschwert. Die vom Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung konzeptionierte ESG-Skala für Finanzprodukte schafft hier Abhilfe durch eine leicht verständliche Information von Privatanlegerinnen und Privatanlegern zu Nachhaltigkeitseigenschaften von Finanzprodukten und macht so die Welt der nachhaltigen Geldanlage leichter zugänglich.

„Der Sustainable Finance-Beirat schlägt mit seiner ESG-Skala eine konkrete Maßnahme zur Steigerung der Transparenz von Finanzprodukten und damit zur Umsetzung der Sustainable Finance-Strategie der Bundesregierung vor. Durch die vorgeschlagene ESG-Skala wird Anlegerinnen und Anlegern auf einfachem Weg Orientierung bezüglich der ESG-Ausprägung von Finanzprodukten gegeben und so die Anlageentscheidung vereinfacht. Hierbei ist es dem Beirat wichtig, dass die ESG-Skala auf bestehender europäischer Regulierung aufbaut und nicht zu mehr Aufwand bei Marktakteuren führt," erklärt Georg Schürmann, Leiter der Arbeitsgruppe ESG-Skala im SFB.

Die ESG-Skala veranschaulicht Nachhaltigkeitseigenschaften von Finanzprodukten entsprechend der Stufen A bis F. Produkte in der Stufe A zeichnen sich durch eine hohe Quote an nachhaltigen Investitionen aus. Produkte in der Stufe F berücksichtigen keine Nachhaltigkeitskriterien.

Nach aktueller Rechtslage müssen Anlegerinnen und Anleger zwar bereits heute über die Nachhaltigkeitsmerkmale von Finanzprodukten aufgeklärt werden, diese Informationen sind aber oft nicht adressatengerecht aufbereitet. Mit der ESG-Skala zeigt der SFB einen konkreten Weg auf, die für Private oft schwer verständlichen Nachhaltigkeitskennzahlen in Form einer leicht verständlichen Skala zu veranschaulichen.

Ein erster Praxis-Check in Kooperation mit dem Fachbereich Sustainable Finance der Universität Kassel und dem Lehrstuhl für Finanz- und Bankwirtschaft der Universität Augsburg zeigte, dass die ESG-Skala sowohl von Anlegerinnen und Anleger, als auch von Personen im Vertrieb und im Produktmanagement grundsätzlich positiv wahrgenommen wird. Auch die Bundesregierung begrüßt diese Initiative für eine einfachere und praxistauglichere Information der Privatanleger.
Silke Stremlau, Vorsitzende des SFB, macht deutlich: „Wir brauchen einfache und verständliche Instrumente, um privates Kapital für die Transformationsfinanzierung zu mobilisieren. Die ESG-Skala gehört in diesen Werkzeugkasten."
Der SFB hofft nun auf eine Verankerung der ESG-Skala im Rahmen der EU-Gesetzgebung.
Autor: sustainable-finance-beirat.de



Quelle: © Daniela - AdobeStock.com

Zukunftsbild eines nachhaltigen Finanzsystems 2034 – Ein Kompass für die nächsten zehn Jahre

Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung veröffentlicht jetzt sein Zukunftsbild eines nachhaltigen Finanzsystems im Jahr 2034 unter der Überschrift: „Wirkungsvoll, integriert, wertschaffend." In einem intensiven Diskussionsprozess hat der Beirat ein Bild eines effizienten, digitalen und resilienten Finanzsektors der Zukunft gezeichnet, der die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Realwirtschaft fördert und einen positiven Beitrag zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen leistet.

Silke Stremlau, Vorsitzende des Beirats, erläutert: „Immer mehr Akteure im Finanzsektor schauen nicht nur mit der Regulierungsbrille auf das Thema Sustainable Finance, sie sehen auch die Chancen und das enorme Potential. Wir wollen hier ein positives Bild davon zeichnen, wie der Finanzsektor die Realwirtschaft in diesem grundlegenden Veränderungsprozess Richtung Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung ambitioniert und verantwortungsvoll begleiten kann."
Das Papier beleuchtet in drei kurzen und prägnanten Abschnitten, wie sich die Zukunft darstellen könnte. Der erste Teil beschreibt ein nachhaltiges Finanzsystem mit seinen verschiedenen Funktionen, der zweite Teil eine moderne, zukunfts- und konkurrenzfähige Wirtschaft, die ein lebenswertes


Quelle: © Miha Creative - AdobeStock.com

Miteinander aller Menschen ermöglicht. Der dritte Teil schließlich skizziert die Leitplanken, mit denen Parlament und Regierung, die Finanz- und Realwirtschaft auf ihrem Transformationsweg bis 2034 unterstützen können.

Christian Heller, Co-Vorsitzender des Beirats, erklärt dazu: „Zukunftsbilder geben Orientierung - wie ein Kompass. Gerade in Anbetracht der heutigen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft ist es von herausragender Bedeutung, eine längerfristige Vision zu entwickeln, die über Wahlperioden hinausgeht."


Quelle: © Miha Creative - AdobeStock.com

Gerald Podobnik, SFB Mitglied und CFO Investment und Corporate Bank der Deutschen Bank, führt weiter aus: „Ein klares Zukunftsbild ist gerade für den Finanzsektor wichtig. Denn so bedeutend unsere Arbeit für eine funktionierende Wirtschaft ist, so vielschichtig sind die einzelnen Produkte. Ein Zukunftsbild macht unsere Arbeit daher greifbarer und zeigt eine konkrete Richtung auf, wie unser Finanzsystem in Zukunft noch wettbewerbsfähiger werden kann. Insbesondere Sustainable Finance bietet hier eine enorme Chance, unsere Kunden in ihrer Transformation zu begleiten und als Finanzplatz im globalen Wettbewerb Marktanteile zu gewinnen. Eine Chance, die wir gemeinsam als Sektor unbedingt nutzen sollten."
Wichtig ist es dem Beirat, dass das Zukunftsbild keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern zum Dialog einlädt.

Der Sustainable Finance-Beirat

Der Sustainable Finance-Beirat berät die Bundesregierung zu Nachhaltigkeitsaspekten im Finanzsystem. Bestehend aus 34 Expertinnen und Experten aus Finanzwirtschaft, Realwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie unterstützt von 19 beobachtenden Organisationen agiert er dabei unabhängig. Er unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Sustainable Finance-Strategie und berät relevante Akteure hinsichtlich ihrer Positionierung zu sowie der Umsetzung und Weiterentwicklung von Vorgaben im Bereich Sustainable Finance.
Autor: www.sustainable-finance-beirat.de

Zentrale Immobilien-Datenbank als Voraussetzung zum Erreichen von Klimazielen im Gebäudesektor

Das im Februar veröffentlichte Diskussionspapier des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung (SFB) präsentiert Empfehlungen zur Bewältigung aktueller Herausforderungen im deutschen Gebäudesektor.

Mangelnde Transparenz bezüglich energetischer Daten von Gebäuden erschwert laut SFB nicht nur das Erreichen der deutschen Klimaziele, sondern birgt auch Risiken für die Finanzstabilität.

Deutschlands Immobilienvermögen beläuft sich auf 16,9 Billionen Euro, zirka das Vierfache der deutschen Wirtschaftsleistung, und spielt eine entscheidende Rolle bei der Vermögensbildung. Gleichzeitig ist der Gebäudebereich ein Schlüsselsektor für den Klimaschutz, da er für ca. 40% der CO2 Emissionen verantwortlich ist. Bisherige Bemühungen zur Reduktion dieser Emissionen verfehlen jedoch die selbstgesteckten deutschen Klimaziele. Dazu trägt das Fehlen von validen energetischen Gebäudedaten bei. Es gibt in Deutschland – ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern - keinen Überblick zur Energieeffizienz von Immobilien, was auch deren Steuerbarkeit erschwert.

Darüber hinaus bleiben durch einen Mangel an verlässlichen Daten Risiken für Finanzinstitute und deren Portfolios unangemessen adressiert, z.B. durch eine unzutreffende Bewertung von Immobilienanlagen.

„Die deutschen Klimaziele hängen von der Wärmewende ab – das Finanzsystem braucht Daten als Entscheidungsgrundlagen für Finanzierungsentscheidungen. Ohne eine performante Datenbasis, die aktuell in Europa und Deutschland fehlt, können die Potenziale nicht zum Tragen kommen“ bemerkt Matthias Kopp vom WWF der die Arbeitsgruppe leitete.

Der SFB betont daher die Notwendigkeit der möglichst schnellen Einrichtung einer Gebäudedatenbank auf Bundesebene. Nur durch das Einrichten einer zentralen Datenbank können der Klimaschutz im Gebäudesektor planvoll vorangetrieben und gleichzeitig Risiken für Finanzinstitute und die Finanzstabilität insgesamt minimiert werden.



Quelle: © Mdv Edwards - AdobeStock.com

Von großer Bedeutung für deren Umsetzung sind laut Papier vor allem:

- Zusammenführung der bereits geplanten Vorhaben zum Gebäudebestand zu einer modular aufgebauten Datenbank
- Beschleunigung der Prozesse zur Umsetzung laufender Vorhaben und das Schließen technisch infrastruktureller Leerstellen für die Datenbereitstellung
- Klären rechtlicher Grundlagen, wie etwa datenschutzrechtliche Anforderungen

Dazu erklärt Silke Stremlau, Vorsitzende des SFB: „Transparente Daten zum energetischen Zustand unserer Immobilien sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass der Finanzmarkt seinen Beitrag zur zügigen Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland leisten kann. Eine modular aufgebaute und leicht zugängliche Datenbank kann hier zu einer Win-win-Situation für Banken, Hausbesitzer und den Staat werden.“
Autor: www.sustainable-finance-beirat.de

Das Momentum nutzen: Prioritäten für das zukünftige Europa-Parlament für die Sustainable Finance Branche

Zur Europa-Wahl hat das Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) eine Prioritätenliste für die kommende Legislaturperiode der Europäischen Union verfasst. Das neue EU-Parlament und die neue EU-Kommission werden in einer für die Sustainable Finance entscheidenden Phase ihre Arbeit aufnehmen. Es gilt nun die Kohärenz der EU-Regulatorik zu gewährleisten und den Rechtsrahmen für nachhaltige Finanzen gewinnbringend zu modifizieren.

Seit dem Aktionsplan für Sustainable Finance wurde viel erreicht

In den vergangenen sechs Jahren ist seit dem Aktionsplan für Sustainable Finance ein umfassender regulatorischer Rahmen erschaffen worden: unter anderem wurde eine Taxonomie inklusive detaillierter technischer Kriterien entwickelt, die überarbeitete CSRD wird gegenwärtig in nationales Recht umgesetzt und die Entwicklung der Offenlegungsverordnung (SFDR) hat dazu geführt, dass Finanzmarktteilnehmer von „Art. 8-" und „Art. 9-Produkten" sprechen. Bei der Fülle und Geschwindigkeit dieser Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, dass nicht alles perfekt ist.

6 Eckpunkte für eine erfolgreiche Anpassung der bestehenden EU-Regulatorik

In Anerkennung der Leistung des scheidenden EU-Parlaments und EU-Kommission haben FNG und ÖGUT 6 Eckpunkte für eine erfolgreiche Anpassung der EU-Regulatorik zusammengetragen:

1. Die Überprüfung der SFDR nutzen, um bestehende Frustrationen zu beheben

Die aktuell laufende Überprüfung der Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) muss genutzt werden, um die Regulierung nachhaltiger Finanzen von den Problemen und Belastungen, mit denen die SFDR derzeit verbunden wird, zu lösen. Der zusätzliche Nutzen der Verordnung muss verbessert werden, um die Unterstützung nachhaltiger Finanzmarktteilnehmer für die Regulierung wieder zurückzugewinnen.

2. Den Impact von Investitionen berücksichtigen

Wirkungsorientiertes Investieren bietet ein enormes Potenzial innerhalb nachhaltiger Geldanlagen. Wenn wir Kapitalströme wirklich umlenken wollen, müssen wir auf diesem Konzept aufbauen. Impact Investing sollte daher im Rechtsrahmen für nachhaltige Finanzierungen und insbesondere in der SFDR stärker berücksichtigt werden.

3. Die Abfrage der Nachhaltigkeitspräferenzen von Kleinanleger:innen in der Finanzberatung vereinfachen

Die derzeitige verpflichtende Abfrage der Nachhaltigkeitspräferenzen von Kleinanlger:innen (Mifid II) ist zu komplex gestaltet und verfehlt daher ihren Zweck private Kapitalströme zur Finanzierung der Transformation umzulenken. Sie entsteht, weil das derzeitige System mit seinen drei Kategorien, die an die SFDR und die Taxonomieverordnung gebunden sind, Privatanleger:innen aufwendig erklärt werden muss. Die Komplexität der Abfrage muss daher stark reduziert werden.

4. Rechtssicherheit schaffen, um Greenwashing-Vorwürfen vorzubeugen und damit die Transition zu fördern

Finanzmarktteilnehmer brauchen Rechtssicherheit, um Risiken im Zusammenhang mit Greenwashing-(Behauptungen) zu minimieren. Die EU Kommission muss sich im Klaren darüber sein, dass eine (zu) weit gefasste regulatorische Definition von Greenwashing die Haftungsrisiken erhöhen wird und daher zu einer Abnahme von ESG-Produkten führen kann, da Marktteilnehmer in diesem Zusammenhang versuchen werden, Reputations- und Haftungsrisiken zu mindern.

5. Die Digitalisierung der Sustainable Finance in der EU vorantreiben

Die Finanzierung der Transition der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und die Digitalisierung - das sind die beiden großen Prozesse der kommenden Jahre. Die Nachhaltigkeit der (Finanz-) Wirtschaft kann durch digitale Prozesse erheblich


Quelle: © Lapasrada - AdobeStock.com

gesteigert werden. Für beide Bereiche gibt es bereits zahlreiche EU-Regelungen, jedoch sind diese Agenden noch nicht eng miteinander verknüpft. Wir fordern die Kommission daher auf, eine Strategie für nachhaltige digitale Finanzen zu erarbeiten.

6. Den Fokus auf Biologische Vielfalt und einen Rahmen für soziale Investitionen legen

Der Erhalt der Artenvielfalt und die Entwicklung eines Rahmenwerks für soziale Investitionen sind aus unserer Sicht zwei wichtige Themen, die die neue Kommission ganz oben auf ihre Agenda setzen sollte. In beiden Bereichen gibt es bereits einige Regelungen an denen gearbeitet wird. Die Kommission und das Parlament sollten darauf aufbauen, einen Dialog mit den Finanzmarktteilnehmern führen, die über Erfahrungen in diesen Bereichen verfügen, und dabei auch die Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigen.

Verena Menne, Geschäftsführerin des FNG, fasst zusammen: „Das scheidende Parlament und die Kommission haben den Grundstein für die Gesetzgebung im Bereich nachhaltiger Finanzen gelegt. Ich bin überzeugt davon, dass wir die bestehenden Probleme der Regulatorik überwinden können. Die Aufgabe des künftigen Parlaments und der Kommission wird es sein, angesichts der aufkommenden Frustration jetzt nicht aufzugeben, sondern die Umsetzung weiter voranzutreiben und Kohärenz innerhalb der Regulierung zu schaffen."

Monika Auer, Generalsekretärin und Geschäftsführerin von ÖGUT, ergänzt: „Wir müssen das Rahmenwerk für nachhaltige Finanzen vorantreiben, damit wir mehr Kapital in die Transformation unserer Wirtschaft lenken können, um den Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt und soziale Fragen anzugehen. Hierfür müssen wir die Dynamik der nachhaltigen Finanzwirtschaft aufrechterhalten!"

Das FNG und ÖGUT sind Forumspartner, um sich gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor einzusetzen.

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (FNG), ist der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz, und repräsentiert rund 200 Mitglieder, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen.

Die Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) ist eine unabhängige Non-Profit-Organisation, die sich seit fast 40 Jahren für eine nachhaltige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt. Als Plattform für diese Entwicklung vernetzt die ÖGUT mehr als 130 Organisationen und Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung und Umwelt.
Autor: www.forum-ng.org

Transformation in der Logistik – die Rolle der Kapitalanlagen





Interview mit **Jürgen Kestler und André Wreth**,

Geschäftsführer,
Solvium Capital Vertriebs GmbH

Die Solvium-Gruppe ist voll integrierter Asset-Manager und führender Anbieter für Investments aus dem Bereich der Transportlogistik/Infrastruktur. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt in den Bereichen Standardcontainer, Wechselkoffer und Güterwagen. Solvium ermöglicht Anlegern attraktive Renditen und fördert gleichzeitig den klimafreundlichen Gütertransport auf der Schiene. Durch die Verknüpfung ökonomischer und ökologischer Ziele gestaltet das Unternehmen die Transformation der Logistikbranche aktiv mit. Erfahren Sie im Interview mit den Solvium Geschäftsführern, wie Solvium Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in Einklang bringt.

FBM: Herr Kestler, welche Rolle spielt Nachhaltigkeit in ihrem Unternehmen?

Jürgen Kestler: Nachhaltigkeit spielt eine zentrale Rolle in unserem Unternehmen und ist fest in unserer Strategie und Unternehmenskultur verankert. Als Anbieter von Sachwertanlagen sehen wir es als unsere Verantwortung, nicht nur ökonomischen Erfolg zu erzielen, sondern auch ökologischen und sozialen Mehrwert zu schaffen.
Bereits 2022 haben wir einen umfassenden Nachhaltigkeitsprozess initiiert, der sich am Pariser Klimaabkommen, dem Green Deal der EU und den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientiert. Wir sind Mitglied im Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) und haben 2023 unseren ersten Nachhaltigkeitsbericht nach den Kriterien des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) veröffentlicht. Darin legen wir transparent dar, wie wir Nachhaltigkeit in unserer Geschäftstätigkeit umsetzen und welche Ziele wir uns gesetzt haben. Dieses Reporting führen wir jährlich fort, um unsere Fortschritte zu dokumentieren.
Unser Ziel ist es, unsere Geschäftsprozesse und Produkte immer nachhaltiger zu gestalten und so unserer ökologischen und sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

FBM: Wie nachhaltig können Logistikunternehmen sein?

Jürgen Kestler: Die Logistikbranche steht vor großen Herausforderungen, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Schließlich ist der Transport- und Logistiksektor aktuell noch für einen erheblichen Teil der globalen CO_2-Emissionen verantwortlich. Doch ich bin überzeugt, dass Logistikunternehmen durch Innovation und Engagement einen wichtigen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten können.
Als inhabergeführtes Unternehmen denken wir in Generationen. Nachhaltigkeit ist für uns keine Frage von Marketingtrends, sondern eine Frage der Haltung und Überzeugung. Unser Ziel ist es, mit unseren Kapitalanlageprodukten ökologische und soziale Aspekte in Einklang mit ökonomischer Rendite zu bringen. Durch den Ausbau unserer

Investmentmöglichkeiten im Bereich der Güterwagen, bei deren Verwendung rund 80 % weniger Treibhausgase entstehen im Vergleich zu Straßentransporten, möchten wir einen Beitrag zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit leisten. Wir setzen damit auf Investitionen in langlebige, reparaturfähige Logistik-Assets. Durch eine effiziente Bewirtschaftung und die Verlängerung der Nutzungsdauer reduzieren wir Ressourcenverbrauch und Emissionen. Am Ende des Lebenszyklus führen wir die Assets einer fachgerechten Verwertung und einem Recycling zu.
Nachhaltigkeit bedeutet für uns aber auch soziale Verantwortung und gute Unternehmensführung. Wir legen großen Wert auf faire und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die Förderung von Vielfalt und die kontinuierliche Weiterbildung unserer Mitarbeitenden. Hierbei sind wir bereits seit vielen Jahren engagiert, noch bevor die heutigen ESG-Themen aktuell wurden.

FBM: Herr Wreth, Kunden verlangen laut aktuellen Studien immer häufiger, dass Produktanbieter ihre Nachhaltigkeit nachweisen. Verlangen Ihre Anleger auch schon nach diesbezüglichen Informationen?

André Wreth: Insgesamt stellen wir fest, dass das Thema Nachhaltigkeit für immer mehr Anleger einen hohen Stellenwert einnimmt. Als Anbieter von Sachwertanlagen sehen wir es daher als unsere Aufgabe, die Nachhaltigkeitsaspekte unserer Produkte transparent zu kommunizieren und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Nur so können wir den unterschiedlichen Ansprüchen unserer Investoren gerecht werden und langfristig deren Vertrauen gewinnen.
Die Nachfrage nach Nachhaltigkeitsinformationen variiert je nach Anlegergruppe. Bei semiprofessionellen und institutionellen Investoren beobachten wir ein sehr konkretes Interesse an der Nachhaltigkeit unserer Kapitalanlageprodukte. Sie haben klare Vorstellungen, welche Nachhaltigkeitsmerkmale erwünscht sind und welche nicht. Hier geht es nicht nur um die Beschreibung nachhaltiger Anlageziele, sondern auch um detaillierte Erläuterungen und eine fundierte Nachhaltigkeitsberichterstattung.
Im Privatkundenbereich sind die Nachhaltigkeitsfragen derzeit noch weniger spezifisch. Hier steht vor allem der Wunsch im Vordergrund, dass die Investitionen keinen Schaden im Sinne der Nachhaltigkeit anrichten. Positive Effekte wie die Einsparung von Treibhausgasen werden natürlich ebenfalls begrüßt.

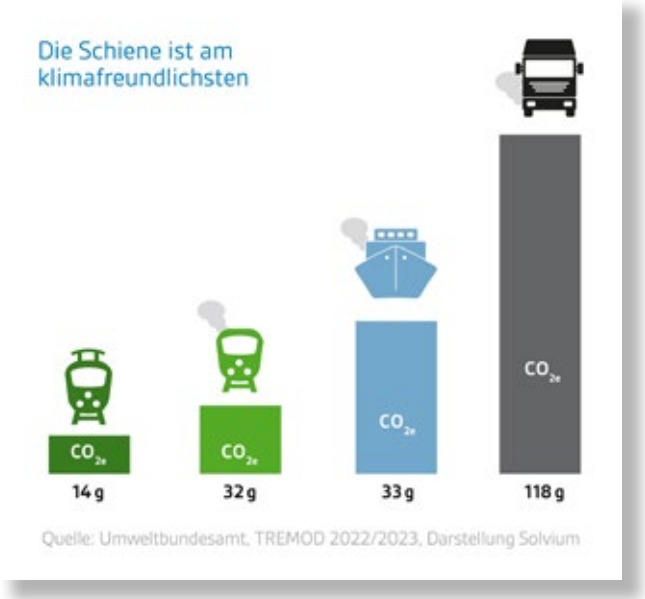
FBM: Haben Sie auch Produkte im Angebot, die nachhaltige Investitionen bzw. Ziele bewerben?

André Wreth: Ja, wir planen verschiedene Produkte, die gezielt nachhaltige Investitionen bewerben. Als Anbieter von Sachwertanlagen im Bereich Transportlogistik sehen wir es als unsere Aufgabe, dem Investorenwunsch entsprechend Investitionsmöglichkeiten zu schaffen, die ökologischen Mehrwert bieten und gleichzeitig attraktive Renditen ermöglichen.
Ein Beispiel dafür sind Investitionen im Bereich der Güterwagen. Durch die Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene lassen sich erhebliche Mengen an Treibhausgasen einsparen. Mit unseren Investments können Anleger direkt dazu beitragen, den CO_2-Ausstoß in der Logistikbranche zu reduzieren und so einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.
Konkret werden noch im Jahr 2024 entsprechende Anlagekonzepte im Rahmen von geschlossenen Publikumsfonds sowie Investitionsmöglichkeiten für Pensionskassen, Versorgungswerke und Versicherungen im Bereich Transportlogistik/Infrastruktur zur Verfügung stehen.

FBM: Welche Nachhaltigkeitsziele verfolgen Sie mit Ihren Investments?

André Wreth: Wir bewerben insbesondere Nachhaltigkeitsziele, die sich an den SDGs 12 "Nachhal-

tiger Konsum und Produktion" und 13 "Maßnahmen zum Klimaschutz" orientieren. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir gezielt auf Investitionen im Bereich des Schienengüterverkehrs.
Der Transport von Gütern auf der Schiene ist deutlich klimafreundlicher als der Transport auf der Straße. Im Durchschnitt entstehen beim Schienentransport 80 % weniger Treibhausgase. Durch die Förderung und den Ausbau des Schienengüterverkehrs wollen wir aktiv dazu beitragen, den CO_2-Ausstoß im Logistiksektor zu reduzieren und so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
Gleichzeitig setzen wir auf langlebige und robuste Ausrüstungsgegenstände, die teilweise über mehrere Jahrzehnte hinweg eingesetzt werden können. Das schont wertvolle Ressourcen und trägt zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bei. Am Ende ihrer Nutzungsdauer werden viele Komponenten zudem weiter- oder wiederverwendet, beispielsweise als Ersatzteile. Andere Bauteile dienen als wertvolle Sekundärrohstoffe für Neuproduktionen.
Mit solchen Fonds ermöglichen wir Investoren, Teil dieser nachhaltigen Transformation in der Logistik zu werden und gleichzeitig attraktive Renditechancen zu nutzen.



FBM: Herr Kestler, werden dann zunächst nur neue Ausrüstungsgegenstände im Fonds erworben?

Jürgen Kestler: Wir verfolgen eine zweigleisige Anlagestrategie, um sowohl kurzfristig als auch langfristig positive Effekte zu erzielen. In der ersten Investitionsphase liegt unser Fokus auf dem Erwerb von gebrauchtem Equipment. Dadurch können wir schnell in eine breite Basis an Transportkapazitäten investieren und die Nutzungsdauer bestehender Assets verlängern. Das schont Ressourcen und trägt zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bei. Parallel dazu planen wir für die zweite Investitionsphase, verfügbare Liquidität zunehmend in neue, hochmoderne Güterwagen und Lokomotiven zu investieren. Aufgrund der langen Lieferzeiten von bis zu zwei Jahren für Neuanschaffungen ist dies jedoch ein längerfristiger Prozess. Durch die schrittweise Erweiterung unseres Portfolios um energieeffiziente Neufahrzeuge wollen wir zusätzliche Kapazitäten im Schienengüterverkehr schaffen und so die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene weiter vorantreiben.
Unser Ziel ist ein Mix aus gebrauchten und neuen Assets, der sowohl kurz- als auch langfristige Renditechancen bietet und gleichzeitig einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in der Logistikbranche leistet. Durch die Kombination beider Ansätze können wir flexibler auf Marktentwicklungen reagieren und unseren Investoren attraktive Erträge ermöglichen, ohne unsere ökologischen Ziele aus den Augen zu verlieren.

FBM: Haben die ESG-Regularien Auswirkungen auf die Rendite von Investments im Logistikbereich?

Jürgen Kestler: Ja, das ist der Fall – Hintergrund sind u.a. die Informations- und Reportingauflagen, die mit der Regulierung einhergehen. Auch die Genehmigungsprozesse der Kapitalanlagen verlängern und verteuern sich. Trotzdem ist es das Ziel Solviums, eine für den Anleger attraktive Rendite zu erwirtschaften.
Mit unseren nachhaltigen Sachwertanlagen möchten wir nicht nur die Renditeerwartungen unserer Anleger erfüllen, sondern auch einen Beitrag zur Transformation in der Logistik leisten. Denn wir glauben: Nur wenn wir ökologische, soziale und ökonomische Ziele in Einklang bringen, können wir langfristig erfolgreich sein – und unserer Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden.


Quelle: © Hendrik Lüders

Mehr Optimismus wagen…!



Beitrag von **Hans Peter Wolter**,
Certified Financial Planner, Inhaber, Wolter-Finanz

Zum Jahresanfang 2024 gibt es recht unterschiedliche Aussagen zur deutschen Emissionsbilanz.

Die Ausgangssituation
Nach Prognosen des Umweltbundesamtes und von Agora Energiewende sind die CO_2-Äq Emissionen in Deutschland im Jahre 2023 auf den niedrigsten Stand seit 70 Jahren gefallen.
Die Emissionen gingen von 746 Millionen (CO_2-Äq) im Jahre 2022 auf 673 Millionen Tonnen (CO_2-Äq) zurück. Damit liegen sie 46 % unter den Emissionen des Referenzjahres 1990 und rund 49 Millionen Tonnen CO_2-Äq unter dem vom Klimaschutzgesetz abgeleiteten Jahresziel von 722 Millionen Tonnen. Treibhausgase wie CO_2, Lachgas oder Methan sowie andere Gase wirken sich verschieden stark auf die Klimaerwärmung aus. Um sie trotz dieser Unterschiedlichkeit in eine Gesamtbetrachtung einzubinden, werden sie in sogenannte CO_2-Äquivalente (CO_2-Äq) umgerechnet.
So wird zum Beispiel Lachgas in dieser Normierung mit der 300-fachen und Methan mit der 25-fachen Wirkung von CO_2 berücksichtigt.

Die Ziele der Bundesregierung
Das Ziel der Bundesregierung bis 2030 ist eine Reduzierung der Treibhausemissionen auf 438 Millionen Tonnen (CO_2-Äq). Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Ab 2050 sollen sogar negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Also ist der überraschend hohe Rückgang des Ausstoßes für 2023 doch eine sehr positive Nachricht… Oder sollte man noch einmal genauer hinsehen? Nach Agora Energiewende geht ein Großteil des Emissionsminderung auf einen unerwartet starken Rückgang des Kohleverbrauchs zurück. Gleichzeitig sanken die Emissionen der energieintensiven Industrie durch konjunktur- und krisenbedingte Produktionsrückgänge.

Kauft man also diese verbesserte Jahresbilanz durch Verlagerung der Entstehung von Treibhausgasen ins Ausland oder auch Produktionsverlagerungen ein?
Das wäre einerseits keine Verbesserung der weltweiten Emissionsbilanz und andererseits keine gute Nachricht für die deutsche Volkswirtschaft.

Die weltweite Treibhausgas-Kurve flacht zwar etwas ab, zeigt aber immer noch nach oben. Laut dem „Emissions Gap Report 2023" des UN-Umweltprogramms UNEP nahmen die Emissionen von 2021 bis 2022 um 1,2 Prozent zu.
Experten gehen von einem neuen Rekord von bis zu 57,4 Milliarden Tonnen (CO_2-Äq) aus. Die USA und die EU, also die Länder mit dem historisch höchsten Ausstoß, senken zwar ihre Emissionen allmählich, Länder wie Indien und China treiben die Kurve allerdings deutlich nach oben.

Die volkswirtschaftliche Leistung sank in Deutschland um 0,3 %, die energieintensive Produktion ging in 2023 allerdings um 11 Prozent zurück. Produktionsverlagerungen ins Ausland oder mangelnde Wachstumskräfte als Begründung für eine gute Klimabilanz? Aspekte, die nicht von der Hand zu weisen sind. Agora schätzt die Nachhaltigkeit der Reduktion von 2023 auf 2022 denn auch entsprechend gering ein. Doch wäre hier nicht ein wenig mehr Optimismus angebracht?

Die Bereiche Gebäude und Verkehr
In der Vergangenheit hatte das Klimaschutzgesetz Zielverfehlungen in jedem einzelnen vom Klimaschutzgesetz definierten Bereich im Blick. Nach einer letztjährigen Gesetzesänderung steht nun die Reduktion der Gesamtmenge an Treibhausgasen im Fokus - unabhängig davon, in welchem Bereich die Treibhausgase entstehen. Insoweit können die

Emissionen dann gerade dort gemindert werden, wo die größten Einsparpotentiale vorhanden und volkswirtschaftlich effizient erreichbar sind. Dennoch bleibt weiterhin transparent, wo die Emissionen entstehen und welcher Sektor unter besonderer Beobachtung steht.

Es fällt auf, dass die Bereiche Verkehr und Gebäude die Bereichsjahresziele des Klimaschutzgesetzes seit Jahren nicht erreichen. Die Emissionen dieser beiden Sektoren blieben im Jahr 2023 nahezu unverändert.

Damit wurden die Sektorziele zum vierten beziehungsweise dritten Mal in Folge gerissen. Statt der gesetzlich vorgeschriebenen Maximalmenge von 101 Millionen Tonnen CO_2 verursachten Gebäude 109 Millionen Tonnen (CO_2-Äq).
Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Emissionen dennoch um 3 Millionen Tonnen CO_2-Äq. Der Verkehrssektor verfehlte das im Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel von 133 Millionen Tonnen (CO_2-Äq) um 12 Millionen Tonnen. Auch hier sanken die Emissionen zwar um 2 % gegenüber 2022, dennoch stieß der Verkehrssektor laut Agora-Berechnungen 145 Millionen Tonnen CO_2-Äq aus. In der Summe lagen die beiden Sektoren also um insgesamt 20 Millionen Tonnen CO_2-Äq. über ihren Zielen.

Im Umkehrschluss muss das natürlich bedeuten, dass die anderen Bereiche insgesamt gesehen 93 Millionen CO_2-Äq eingespart haben – eine bemerkenswerte Zahl. Und ein deutlicher Beweis dafür, dass für die nationalen Klimaziele der Fokus auf den effizientesten Einsatz von Finanzmitteln gerichtet werden muss.Dem Klima sollte es egal sein, in welchem Bereich gespart worden ist.

Wie nimmt man die Bevölkerung mit?
In der Bevölkerung scheint sich eine Art von Müdigkeit im Hinblick auf die Themenstellung Klimawandel einzuschleichen - vermeintlich wichtigere Dinge stehen im Mittelpunkt der Betrachtung.
Umso notwendiger ist es, die Menschen für das Thema neu zu interessieren und auf dem Weg mitzunehmen. Dazu gehört auch von Erfolgen und nicht ausschließlich von den Misserfolgen zu sprechen - Kommunikation und verständliche Information sollten das Mittel der Wahl sein und nicht Gebote und neue Verbote. Die Diskussion um das sogenannte Heizungsgesetz und die möglichen Kosten einer energetischen Sanierung sind gute Beispiele dafür, wie man viele auch gutmeinende Personen aus dem Diskurs vertreiben kann.

Im Finanzbereich hat die Komplexität bei der Abfrage von Nachhaltigkeitspräferenzen dazu geführt, dass diese Themenstellung (wie man hinter vorgehaltener Hand hört) großflächig vermieden wird.

Eine wirklich gute Idee wurde durch eine überbordende, an einer idealisierten Wirklichkeit orientierten Regulierung ad absurdum geführt.

Ohne eine sachliche Information und einen ideologiefreien Umgang mit der Themenstellung wird man den Menschen auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht mitnehmen.

Hierzu gehört zum Beispiel auch, dass in den meisten Artikeln in Deutschland der Ausstoß der deutschen Treibhausemissionen (CO_2-Äq) in Relation gesetzt wird zum Ausstoß von weltweiten Emissionen, die nur den Co_2-Anteil berücksichtigen. Sehr einfach gelangt man zu der Menge der weltweiten Co_2 Emissionen. Dieser dürfte im Jahre 2023 bei knapp unter 37 Milliarden t gelegen haben.

Sehr viel aufwändiger ist die Suche nach dem weltweiten Ausstoß an CO_2-Äq. Laut dem erwähnten „Emissions Gap Report 2023" des UNEP steht hier ein Rekordwert von 57,4 Mrd. Tonnen CO_2-Äq zu Buche. Setzt man nun die deutschen 673 Millionen Tonnen CO_2-Äq. ins Verhältnis zu den Co2 Emissionen in der Welt, so verursacht Deutschland 1,8 % des gesamten Ausstoßes an Treibhausgasen. Vergleicht man allerdings nicht Äpfel mit Birnen und setzt die 673 Millionen Tonnen CO_2-Äq zu den genannten 57,4 Milliarden an weltweiten CO_2-Äq Emissionen ins Verhältnis, so produziert Deutschland weniger als 1,2 % der globalen Treibhausemissionen. Wer mit einer solchen Zahl dann gleich eine Aussage wie: "Dann müssen wir ja nichts mehr tun…" verbindet oder sie in den Bereich der Verschwörungstheorien verweist, hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Oder ist diese Zahl einigen interessierten Kreisen nicht dramatisch genug? Und, nachdem jahrelang mit der Zahl 2 % operiert wurde, auch kaum erklärbar.

Der Ausblick
Aber eines zeigt sie mit Sicherheit auf: Die Richtung in Deutschland stimmt. Zur Verdeutlichung sollte einmal die Reduktion von Treibhausgasen seit 1990 in Deutschland ins Verhältnis gesetzt werden zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der gesamten Welt und insbesondere zu einzelnen Staaten. Dann wird aus einer häufig beschriebenen bescheidenen Bilanz in Deutschland eine weltweit sehr ansehnliche Bilanz.
Die Menschen wollen auch im Bereich des Klimaschutzes einmal positive Nachrichten hören.



Quelle: © Tamara - AdobeStock.com

Impressum

Herausgeber / Verlag:
RedaktionMedien Verlag
Astrid Klee
Schwaighofstraße 19 A
83684 Tegernsee

Tel: +49 (0)8022 50 70 436

klee@redaktionmedien-verlag.de
www.redaktionmedien-verlag.de
www.FinanzBusinessMagazin.de

Steuernummer: 139 / 236 / 60261
USt-IdNr.: DE292943593

Geschäftsführung:
Astrid Klee

Chefredaktion:
Friedrich A. Wanschka

Redaktionsanschrift:
Redaktionsbüro
Friedrich A. Wanschka

info@wmd-brokerchannel.de
www.wmd-brokerchannel.de

Telefon: +49 (0)174 3983901

Technische Umsetzung / Layout:
RedaktionMedien Verlag
Astrid Klee
Schwaighofstraße 19 A
83684 Tegernsee

Tel: +49 (0)8022 50 70 436

klee@redaktionmedien-verlag.de
www.redaktionmedien-verlag.de

Titelmotiv: © tanit - AdobeStock.com

Der Verleger übernimmt keine Haftung für unverlangt eingereichte Manuskripte und Fotos. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verleger das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Dieses Recht bezieht sich insbesondere auch auf das Recht, das Werk zu gewerblichen Zwecken per Kopie zu vervielfältigen und/oder in elektronische oder andere Datenbanken aufzunehmen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist eine Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes unzulässig. Aufsätze und Berichte geben die Meinung des Verfassers wieder. Für den Inhalt ist der Verlag nicht verantwortlich.

Gute Gründe für die Nachhaltigkeitsberichterstattung



Beitrag von **Freddy Dutz**,
Sustainability Advisor

Während manche Unternehmer noch murren und knurren und andere jammern und heulen, handeln die schlauen Unternehmerinnen und Unternehmer schon längst und werden nachhaltiger. Angestoßen hat das zwar der Druck des Gesetzgebers, aber viele Unternehmen haben erkannt, dass sie selbst profitieren, wenn sie schon jetzt Daten für den nicht-finanziellen Bericht, die dann für die Bilanz bzw. den Lagebericht abgeliefert werden müssen, erheben. Die Vorteile sind neben Imagegewinn auch finanziell!

Spätestens 2027 müssen Unternehmen gemäß der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) über ihre Bemühungen in Sache Nachhaltigkeit berichten. Große Unternehmen sind zuerst dran, später auch die kleineren. Dieser Bericht soll zeigen, was Unternehmen tun, um ihren CO_2-Fussabdruck zu verringern, ob sie ihre Pflichten gegenüber den eigenen Mitarbeitenden und denjenigen Personen erfüllen, die entlang der Lieferkette Produkte liefern, und Dienstleistungen erbringen, wie sie es mit dem Risikomanagement halten und ob sie sich an alle Gesetze halten.

Zukunftsfähig, oder nicht?

Was auf den ersten Blick als „schon wieder eine Schikane für mich" aussieht, kann für weitsichtige Firmenchefs Anlass sein, das Geschäft im Ganzen auf den Prüfstand zu stellen. Denn wer ehrlich mit sich selbst und den Mitarbeitenden auf allen Ebenen ist, kann Arbeitsprozesse effektiver gestalten, Stress beherrschbarer machen und viel Geld sparen.

Damit der Schock bei der Analyse über den Ist-Stand nicht zu groß ist, können kleine „Reparaturen" im System quasi auf dem Weg erledigt werden.

Denn schon wenige Entscheidungen bringen das Unternehmen auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit: Auf Öko-Strom umstellen, FSC-Papier für die Geschäftspapier ordern, und digitale Arbeitsabläufe gemeinsam mit den Mitarbeitenden effektiver und sicherer organisieren. Andere Bereiche brauchen mehr Hirnschmalz und Geld, aber das Nachhaltig-Werden – und das ist ja ein Ziel der EU-Direktiven – ist kein Hexenwerk.

Wer will was?

Für mittelgroße und besonders für kleinere Unternehmen kann eine Nachhaltigkeitsberaterin diesen Prozess effizient unterstützen. Entlang eines Fragenkatalogs, der auf den ESG-Kriterien basiert, werden die Bereiche Umwelt, Soziales und Gute Unternehmensführung betrachtet. An den Ergebnissen der Berichterstattung sind neben den Behörden und Wirtschaftsprüfer auch andere Stakeholder – also betroffene Gruppen – interessiert, deren unterschiedliche Interessen bewertet werden müssen:

Stakeholder „Belegschaft" möchte in jeder Hinsicht sichere Arbeitsplätze; Stakeholder „Kundschaft" will Produkte und Dienstleistungen, die ihnen bei der Problemlösung helfen und die sich in deren Lieferkette gut darstellen lassen, und Stakeholder

„Anlegerinnen und Anleger“ wollen eine Rendite. Auf die letztgenannte Anspruchsgruppe schaut der Gesetzgeber besonders genau: Ihnen sollen die Ergebnisse der Berichte auch helfen, Finanzmarktprodukte miteinander zu vergleichen.

Diese Erkenntnisse werden in der Wesentlichkeitsanalyse aufgeführt und sind Teil des Risikomanagement:

Wenn z.B. das Provisionsverbot kommt – erwirkt durch den Stakeholder „Gesetzgeber“ – wie soll das Einkommen für die Stakeholder „Mitarbeitende“ erwirtschaftet werden? Oder: Wenn das Personal, oder der Stakeholder „Chefetage“ unwillig ist, sich mit notwendigen Fortbildungen, Computerschulungen oder der Anschaffung von Hard- und Software zu beschäftigen, kann die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens in Frage stehen.

Natürlich könnten, ja müssten, dieses, und viele anderen Risiken, unabhängig von der Berichterstattungspflicht bewertet werden. Aber das laufende Geschäft lässt dies oft nicht zu. Deshalb ist eine kompetente externe Beratung mehr als eine Helferin in Sachen Berichtschreiben: Im Rahmen des CSRD ergibt sich die Möglichkeit, die Risiken, Chancen und Herausforderungen, die von außen wirken, aber auch, diejenigen, die das Unternehmen nach außen trägt, zu betrachten und für die internen Planungen zu verwenden.

Doch so gut externe Beraterinnen und Berater auch sein können, ersetzen sie doch nicht das Datensammeln und -zusammenstellen im eigenen Haus: Am einfachsten ist es, quantitative Daten für die Energie-Verbräuche für die Geschäftsräume, für Dienstreisen und Firmenveranstaltungen zu erheben, um den CO_2-Fussabdruck für Scope 1 und 2 (direkte Energie-Verbräuche) zu ermitteln, aus dem sich dann das Handlungsfeld „Energie-sparen im Unternehmen“ ergibt. Entsprechende CO_2-Rechner gibt es bereits kostenlos. Scope 3, die Bemessung indirekter Verbräuche entlang der Lieferkette, die sich durch die Herstellung, Nutzung und Entsorgung z.B. der Assets ergeben, sind eine echte Herausforderung. Aber deren Ergebnisse werden entscheidend sein bei der Bewertung von Finanzprodukten im Portfolio des Unternehmens und bei emittierten Wertenpapieren.

Wer braucht das denn?

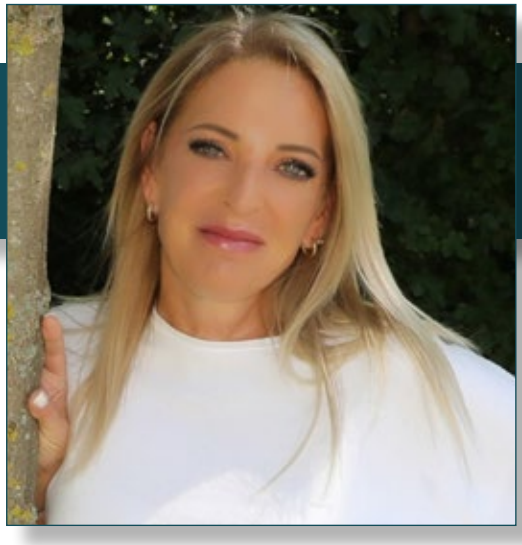
Denn einerseits wollen die finanzstarken institutionellen Anlegerinnen und Anleger an erster Stelle, aber auch die Privat-Anlegerinnen und -Anleger, „nachhaltige“ Geldanlagen zeichnen, auch wenn letztere vielleicht gar nicht so genau wissen, was Begriffe wie „Artikel 8“ oder „Impact-Anlagen“ bedeuten. Auf der anderen Seite wollen Banken jetzt schon wissen, ob ihre Kreditnehmer ihre Kosten für Energie, oder ihre Due-Diligenz-Prozesse im Griff haben. Und als Teil einer Lieferkette müssen auch sehr kleine Firmen ihre Bemühungen ums Energie-sparen und Einhaltung von Gesetzen gegenüber ihren berichtspflichtigen Kunden nachweisen.

Selbstverständlich sind diese Themen schon immer in die Unternehmensbewertung eingeflossen und sollten in jeder belastbaren Jahresplanung berücksichtigt werden. Verantwortungsbewusste Unternehmerin oder Unternehmer erledigen dies nun zusammen mit dem anstehenden Nachhaltigkeitsbericht quasi auf einen Rutsch.

Und wenn das Unternehmen zeigt, dass die eigenen Nachhaltigkeitsbemühungen erfolgreich zu niedrigeren Verbräuchen, transparenteren Abläufen und einem besseren Risikomanagement geführt haben, darf das dann auch für die Eigenwerbung benutzt werden.

Freddy Dutz ist Sustainability Advisor und unterstützt Unternehmen der Finanzdienstleistung in ihrem Nachhaltigkeitsprozess bis zur Berichterstattung. Sie ist Teil der Unternehmensberatung Ratingwissen in Hamburg.

Gen Z und das liebe Geld



Beitrag von **Susanne Görner**,
Geschäftsführerin,
Marketing & More

Liebe LeserInnen: Vorab – ich schreibe diesen Artikel als Mutter einer Vollblut Gen Z Tochter.
Keine Angst, ich werde jetzt nicht zur Schreiberin einer Erziehungs- und Anekdoten-Kolumne, sondern möchte mit ein paar Vorurteilen und so manch selektiver Sichtweise (teilweise auch meiner) aufräumen, denn über kaum eine Generation gibt es so viele ambivalente Meinungen wie über die Gen Z.

Die Gen Z tickt komplett anders. Und das ist gut so.

Ist die Gen Z wirklich so faul?
Eine aktuelle Studie der Stepstone Group widerlegt dies sofort. Im Gegenteil, unsere jüngste Generation startet mit Motivation und hohem Leistungsanspruch an sich selbst. Die vielzitierte Work-Life-Balance liegt bei der Jobwahl an 14. Stelle, Arbeitgeber punkten mit dem Angebot von vielfältigen und herausfordernden Jobs. Allerdings ist die Anerkennung für erbrachte Leistungen ein absolutes Muss. Fühlen sich Gen Z VertreterInnen hier ungerecht behandelt, ziehen sie zum nächsten Arbeitgeber.

Ja – Gerechtigkeit – dafür steht diese Generation.
Und zwar voll und ganz. Und wird Gerechtigkeit in Ihren Augen nicht gelebt, dann sorgen sie selbst dafür, Stichwort Fridays for Future, #Metoo, etc

Nicht nur reden – sondern tun
Durch den leidenschaftlichen Einsatz für den Klimaschutz, die Gleichberechtigung, Vielfalt und Inklusion redet die Gen Z nicht nur, sondern treibt den Wandel aktiv voran.
Durch die bewusste Konsumwahl, Unterstützung von umweltfreundlichen Produkten und Unternehmen bleiben diese Themen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion stetig präsent.

Individualität, Diversität und nochmals Individualität
Bunte Haare. Tatoos. Nun ja, nicht in jeder Firma gerne gesehen, aber wahrscheinlich bald der neue Alltag?
Ich bin, wie ich bin, Du bist so, wie Du bist. Und das ist gut so und wird anstandslos und vorurteilsfrei akzeptiert. Zumindest von der Gen Z, als die Generation „davor" muss ich immer wieder daran erinnert werden.

Über Geld wird gesprochen.
Die alte Weisheit: „Über Geld spricht man nicht", ist für die Gen Z überhaupt nicht mehr zutreffend. 61 % - also weit mehr als die Mehrheit – spricht über ihre persönlichen Finanzen und fühlt sich wohl dabei. Bei den Babyboomern liegt der Anteil gerade mal bei 33 Prozent.
Rund 72 % der jungen Erwachsenen zeigen ein ausgeprägtes Interesse an persönlichen Finanzthemen.
Allerdings hat diese Generation noch Aufholbedarf wenn es um das Wissen um komplexere Bereiche wie Investitionen und Altersvorsorge geht, ihr Interesse ist oft gepaart mit einem Mangel an fundiertem Fachwissen. Was Tür und Tor für Risiken und Fehlentscheidungen öffnet.

Ein paar wesentliche Zahlen über diese interessante Zielgruppe:

In den westlichen Industrienationen gehören mittlerweile knapp 250 Millionen Menschen zur Gen Z. In Deutschland sind sie die viertstärkste Altersgruppe mit knapp zwölf Millionen Menschen. Rund die Hälfte davon hat mittlerweile einen Job - bald besetzen sie mehr Arbeitsplätze als die Boomer.
Sie übernehmen zum Teil auch schon Spitzenpositionen: In den USA gäbe es laut Daten der HR-Plattform Glassdoor bereits über 6.000 Gen Z CEOs und über 1.000 Gen Z Politiker.
Aufgrund der massiv gestiegenen Immobilienpreise ist die Schaffung von Eigenheim für die Gen Z sehr schwierig geworden. Während die Generationen davor einen großen Teil ihres Geldes in Immobilien – meistens in das Eigenheim – investiert haben, sind in dieser Zielgruppe verstärkt Aktien, ETFs und vor Allem nachhaltige Produkte gefragt.

Was heißt das jetzt alles für Marketing und Vertrieb?

Das Wichtigste zuerst: **Egal, was Sie tun. Seien Sie authentisch und transparent.** Unternehmen, die nicht ehrlich kommunizieren und nicht klar ihre Werte darstellen, werden von der Gen Z abgestraft. Und zwar gnadenlos.

Unternehmen müssen ihre sozialen und ökologischen Verantwortlichkeiten ernster nehmen denn je. Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit dürfen nie nur ein Teil der Marketingstrategie sein, sondern müssen fest in der Unternehmenskultur verankert sein. **Gen Z unterstützt Marken und Unternehmen, die sich aktiv für Veränderungen einsetzen.**

Soziale Medien – DER Touchpoint
Die Gen Z ist bereits „always-on" auf die Welt gekommen. Gleich, welchen Statistiken und Veröffentlichungen man glaubt - Instagram und YouTube liegen als Informationskanal vorne. Mittlerweile dicht gefolgt von TikTok – das sich immer mehr zur Suchmaschine für Informationen mausert.

Influencer sind die klassische Zeitungswerbung von damals
Ja, ich weiß. Sehr, sehr umstritten die Herren und Damen Influencer. Nun, Fakt ist: 52 % der Gen Z haben sich bereits von YouTubern zu Kaufentscheidungen verleiten lassen, 49 % von Instagrammern, 38 % von Bloggern und 47 % von Influencern auf anderen Social-Media-Kanälen.

Angesichts dessen haben Sie zwei Möglichkeiten: Sie können eine gute Wahl treffen oder Sie können eine schlechte Wahl treffen. Um die Gen Z anzusprechen, wird Ihnen kurz oder lang nichts anderes übrig bleiben, als mit Ínfluencern zusammen zu arbeiten. Wenn nicht Sie, dann spätestens Ihr Nachfolger.

… und was ist mit der persönlichen Beratung?

Laut einer Umfrage des Zahlungsanbieters Klarna interessieren sich 72 % der Gen Z für das Thema persönliche Finanzen, laut Swiss Life seien 70 % der Gen Z davon überzeugt, sich mit privater Vorsorge ein Vermögen aufbauen zu können.

Die Akquisition in dieser Zielgruppe erfolgt in den meisten Fällen durch einen entsprechenden Social Media Auftritt, die digitale Präsenz ist heutzutage unabdingbar um die potentiellen Gen Z Kunden zu erreichen. Dort passiert auch die Vertrauensbildung und die vorab-Entscheidung für einen Berater bzw. für ein Produkt - mehr als ein Drittel der Interessenten hat Social Media im vergangenen Jahr stärker für seine Kaufentscheidungen genutzt als im Jahr zuvor.
Doch gerade wenn es um spezielle Themen, wie zum Beispiel Altersvorsorge geht, gibt es angesichts der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen keine Einheitsberatung mehr.
Umso wichtiger ist dann das persönliche Gespräch, die persönliche (Individualität!) Beratung und Betreuung.

Auch wenn man es aufgrund des hohen Social Media Konsums nicht glauben möchte, die „jungen Erwachsenen" bevorzugen die menschliche Interaktion und schätzen persönliche Empfehlungen mehr als die besten digitalen Tools.

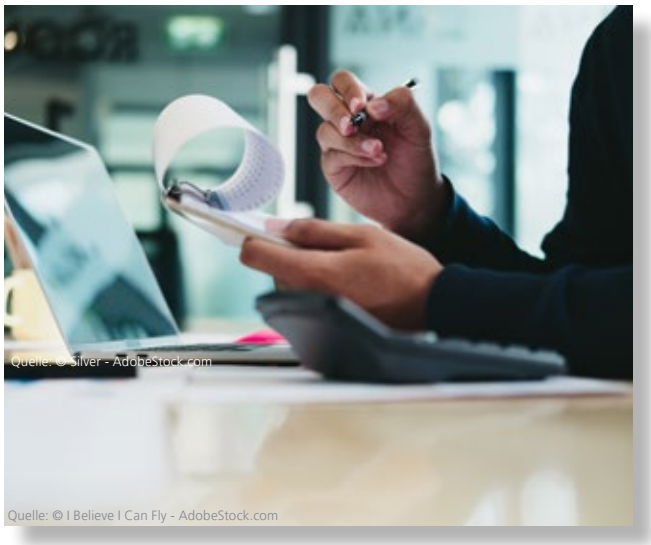
Ja, Gen-Z Eltern verstehen mich wahrscheinlich, wenn ich der Meinung bin, dass unsere Kinder manchmal eine große Herausforderung sind und erleben in den Gesprächen häufig, dass Weltanschauungen so richtig aneinander krachen. Aber in Wirklichkeit bekommen wir damit perfekt den Spiegel unserer eigenen Werte und Ansichten vorgehalten (@Oliva Görner - dafür liebe ich dich!).
Wie schon Eingangs geschrieben – die Gen Z tickt anders, und das ist gut so – bzw. in der stimmigen Zusammenfassung meiner Tochter: - It is, what it is.

FNG-Marktbericht 2024: Branche sieht weiterhin Wachstumspotenzial für nachhaltige Geldanlagen

Biodiversität gewinnt in der Finanzbranche zunehmend an Bedeutung. Das ist ein zentrales Ergebnis aus dem diesjährigen Marktbericht, den das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) veröffentlicht hat. Die Erhebung umfasst für Deutschland ein Volumen Nachhaltiger Geldanlagen von 542,6 Mrd. Euro und 89,2 Mrd. Euro für Österreich. Der alljährlich erscheinende Marktbericht analysiert seit 2005 umfassend die Trends nachhaltigkeitsbezogener Investitionen in Deutschland und Österreich.

Biodiversität gewinnt an Bedeutung

Erstmalig wurde in diesem Jahr die Berücksichtigung von Biodiversität erfasst. Dabei zeigte sich, dass ein Drittel der befragten Finanzunternehmen derzeit Biodiversitätsrisiken in ihre Investmentprozesse integriert. Zahlreiche Studien, unter anderem der OECD warnen, dass sich der Rückgang von Biodiversität und der damit verbundenen Ökosystemleistungen negativ auf die Wertentwicklung von Finanzprodukten auswirken kann. Unter Biodiversität wird nicht nur die Vielfalt von Arten und Genen, sondern auch die Vielfalt von Ökosystemen verstanden.



Quelle: © Silver - Adobestock.com

Quelle: © I Believe I Can Fly - AdobeStock.com

16 Prozent der Befragten haben bisher erste Risikoanalysen durchgeführt, 13 Prozent haben für sie relevante Risikotreiber identifiziert. Dabei ist die Anwendung von Daten-Tools entscheidend für eine adäquate Biodiversitätsanalyse des Portfolios und wurde bereits von 43 Prozent der Befragten getestet. Des Weiteren haben 31 Prozent der Teilnehmenden Richtlinien implementiert, um negative Auswirkungen ihrer Investitionen auf die Biodiversität zu minimieren.

FNG-Geschäftsführerin Verena Menne kommentiert: „Es ist erfreulich, dass rund ein Drittel der Befragten Biodiversität im Investmentprozess berücksichtigt. Es ist aber auch klar, dass das nicht ausreicht. Die gesamte Branche muss sich mit den Auswirkungen des drohenden Biodiversitätsverlusts auseinandersetzen. Als FNG setzen wir uns dafür ein dies in der gesamten Finanzbranche auf die Agenda zu setzen."

Soziale Themen rücken vermehrt in den Fokus

Auch soziale Themen rücken vermehrt in den Fokus bei Finanzunternehmen. Bisher wird vor allem in der EU-Regulierung vorrangig das „E" in ESG adressiert. Der diesjährige Marktbericht zeigt, dass Finanzmarktteilnehmende sich zum Teil bereits mit Sozialthemen auseinandergesetzt haben. Sie geben an, bei der nachhaltigen Kreditvergabe soziale Schwerpunkte zu setzen, wobei 54 Prozent der Befragten die Datenlage im Bereich Soziales als unzureichend bis völlig unzureichend empfinden. Dies spricht für die Entwicklung eines Social Investment Frameworks.

Sorgen vor Rechtsruck und Anti-ESG-Bewegungen

Eine Vielzahl der Befragten gab in der aktuellen Umfrage mit Blick auf die Entwicklung Nachhaltiger Geldanlagen auch politische Sorgen an. Eine der Hauptsorgen der Befragten sind ein möglicher Rechtsruck und Anti-ESG-Bewegungen, die eine Abkehr von nachhaltigen Geldanlagen zur Folge haben könnten. Die im Frühjahr befragten Teilnehmenden der Erhebung äußerten die Sorge, dass die Wahlen in der EU im Juni und den USA im November in diesem Jahr die politischen Mehrheiten zugunsten rechter Parteien verschieben könnten. Vor allem sind es diese Parteien, die sich als politische Anti-ESG-Bewegungen verstehen und den menschengemachten Klimawandel verleugnen.

FNG-Vorstandsvorsitzender Marian Klemm erklärt: „Diese politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen stellen eine Herausforderung für die nach-



haltige Investmentbranche dar. Dem gilt es einen aufklärenden, auf Augenhöhe angesiedelten Diskurs entgegenzusetzen, um wissenschaftliche Fakten angemessen zu vermitteln und populistischen Bewegungen sowie Desinformationskampagnen den Wind aus den Segeln zu nehmen."

Wachstumsprognose für nachhaltige Geldanlagen

Trotz regulatorischer und politisch-gesellschaftlicher Unsicherheit blicken die Befragten positiv auf das Jahr 2024: 82 Prozent der Befragten erwarten ein Wachstum nachhaltiger Geldanlagen für das Jahr 2024. Diese positive Prognose verdeutlicht das anhaltende Vertrauen in die Bedeutung und Rentabilität nachhaltiger Investments.

„Wir sehen in den Ergebnissen der Umfrage einen klaren Auftrag: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien zu fördern und die Branche auf ihrem Weg in eine nachhaltigere Zukunft zu unterstützen", erklärt Verena Menne.

Weitere Trends sind der Ausschluss von Rüstungsunternehmen und ein Fokus auf Europa

Ein weiteres Ergebnis des diesjährigen FNG-Marktberichts: Rüstungsunternehmen stehen auf der Liste der Ausschlusskriterien an vorderster Stelle, gefolgt von Verstößen gegen Menschen- und Arbeitsrechte sowie fossiler Energie. Damit hat sich ein Wandel in den letzten Jahren vollzogen: vor fünf Jahren lag der Fokus bei den Ausschlusskriterien noch auf Governance-Aspekten. Der Ausschluss von fossilen Energien rangierte im vergangenen Jahr noch auf Platz 9.

Es zeigt sich zudem in der Erhebung, dass deutsche Investor:innen einen starken Fokus auf eine europäische Titelauswahl legen. Mehr als zwei Drittel (72 Prozent) machten europäische Assets in den Finanzprodukten bei den Befragten in Deutschland im Jahr 2023 aus. Dies spiegelt die geographischen Präferenzen, das Vertrauen in die europäischen Märkte, aber auch die eventuell noch unzureichende Datenabdeckung in den Emerging Markets wider.

Neue Methodik zum ersten Mal ergänzend angewendet

Außerdem wurde dieses Jahr zum ersten Mal die neue Eurosif-Methodik, die der europäische Dachverband gemeinsam mit Prof. Dr. Timo Busch (Universität Hamburg) entwickelt hat, für nachhaltigkeitsbezogene Investitionen angewendet. Die vier neuen Kategorien wurden zusätzlich zu den gewohnten Daten erhoben und erfassen verschiedene Ambitionsniveaus bei nachhaltigen Geldanlagen. Die Anwendung der Eurosif-Methodik bestätigt, dass die Einordnung nach der EU-Offenlegungsverordnung noch keine Aussage über den Nachhaltigkeitsanspruch der Produkte trifft: In drei der vier Ambitionskategorien, von niedrig bis hoch, dominieren Artikel-8-Fonds. Die Eurosif-Methodik ergänzt den Marktbericht damit um eine weitere Perspektive auf nachhaltige Geldanlagen.
Autor: www.forum-ng.org

Fünf Themen die aktuell nachhaltige Investments bestimmen

Die Transformation der Wirtschaft hin zu stärkerer Nachhaltigkeit steht nicht nur rund um den Weltumwelttag am 5. Juni im Fokus. Ein wichtiger Eckpfeiler ist dabei, saubere Energietechnologien voranzutreiben, um die Weltwirtschaft stärker dekarbonisieren zu können. In diesem Prozess nimmt auch die Vielfalt und Komplexität der nachhaltigen Investmentmöglichkeiten immer weiter zu. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten für Klimainvestitionen stark von politischen Entscheidungen sowie strengeren Regulierungen beeinflusst. Was gilt es für Anlegerinnen und Anleger im Bereich Nachhaltigkeit zu beachten? Expertinnen und Experten von J.P. Morgan Asset Management haben die aktuelle Situation in verschiedenen Anlageklassen sowie in unterschiedlichen Regionen weltweit analysiert.

Fünf Themen bestimmen die Evolution der nachhaltigen Investmentlandschaft

So hat Jennifer Wu, Global Head of Sustainable Investing bei J.P. Morgan Asset Management, fünf Themen identifiziert, die nachhaltige Investments derzeit vor allem bestimmen. Erstens schafft aus ihrer Sicht das globale politische und regulatorische Umfeld mehr Möglichkeiten für Investments. Der Inflation Reduction Act in den USA und der Green Deal Industrial Plan der Europäischen Union dürften den grünen Übergang beschleunigen. Auch wird die bisherige regulatorische Fragmentierung in verschiedenen Ländern durch Standards etwa zur Nachhaltigkeits- und Klimaberichterstattung des International Sustainability Standards Board (ISSB) oder die EU-Offenlegungserklärung (SFDR) verringert.

Zweitens geht Jennifer Wu davon aus, dass sich Marktstandards weiterentwickeln und angleichen werden. So nimmt vor allem im Bereich der Kohlenstoffmärkte die Standardisierung zu. Diese sind ein wichtiges Instrument für Investoren, die eine weitere Dekarbonisierung der Wirtschaft fördern wollen. Auch Anbieter von Emissionszertifikaten setzen auf mehr Transparenz.

Drittens werden sich Anleger, die sich klimaneutrale Ziele für ihre Investments gesetzt haben, stärker mit der Umsetzung der Investments befassen. Der politisch unterstützte Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft werde viel Kapital in innovative Klimatechnologien und -lösungen fließen lassen – und damit sowohl Renditechancen als auch Herausforderungen mit sich bringen, die es in einem zukunftsorientierten Portfolio zu berücksichtigen gilt.

So müssen viertens aus Sicht von Jennifer Wu Klima- und Naturrisiken genauer bepreist werden. Beispielsweise gelte es, den wirtschaftlichen Beitrag der Natur und die langfristigen Risiken für Anlageportfolios durch Naturzerstörung besser zu verstehen und zu quantifizieren.

Und fünftens entwickelt sich nach Einschätzung von Jennifer Wu die Definition von nachhaltigem Investieren stetig weiter. „Anlageziele reichen von der reinen Maximierung der finanziellen Rendite über die Abwägung finanzieller Ziele mit verbesserten ökologischen oder sozialen Ergebnissen bis hin zur aktiven Priorisierung nachhaltiger Resultate“, sagt Jennifer Wu. So könnten Investoren mit nachhaltigen Zielen auch in Unternehmen mit hohen Emissionen investieren und aktiv an den Chancen teilhaben, die sich aus der Transformation dieser Unternehmen ergeben, anstatt diese aus ihren Portfolios auszuschließen. Die Expertin führt aus, dass selbst Anleger ohne nachhaltiges Ziel sich mit dem Thema Nachhaltigkeit aus Gründen des Risikomanagements befassen müssen, etwa weil sich Verbraucherpräferenzen ändern oder technologische Innovationen vor allem in Bereich Nachhaltigkeit stattfinden.

Aktien: Chancen vor allem in Europa, Inflation Reduction Act treibt Energiewende in USA

Aufgrund der Tatsache, dass große Schwellenländer wie China, Indien, Südafrika und Brasilien bei den COP28-Verhandlungen im vergangenen Jahr besonders präsent waren, dürften nach Ansicht von Amit Mehta, Portfolio-Manager des JPMorgan Funds – Emerging Markets Sustainable Equity Fund im Emerging Markets und Asia Pacific (EMAP) Equities Team bei J.P. Morgan Asset Management, die Investitionen in die Energiewende in diesen Ländern zunehmen. „Wir beobachten, dass das Thema Klimaschutz in Indien auf der Agenda höherrückt, während es in China aufgrund aktueller innenpolitischer Bedenken weiter nach unten gerutscht ist“, sagt Mehta. Indien plant demnach verstärkte Inve-

stitionen in erneuerbare Energien – insbesondere Wind- und Solarenergie, gleiches gilt für den Nahen Osten, der sich von der starken Abhängigkeit von Öl lösen möchte. In China erwartet Mehta den Ausbau erneuerbarer Energien und eine steigende Produktion bei Elektrofahrzeugen, um das von der Regierung für 2025 gesetzte Ziel von 20 Prozent zu erreichen.

Mit Blick auf Europa sieht Joanna Crompton, Portfolio-Managerin des JPMorgan Funds – Europe Sustainable Equity Fund in der International Equity Group von J.P. Morgan Asset Management, viele Unternehmen bei der Reduzierung der Kohlenstoffemissionen als Vorreiter. „Im Januar 2024 waren rund 70 Prozent aller Unternehmen, die ein wissenschaftlich fundiertes Ziel zur Reduzierung der CO2-Emissionen festgelegt oder sich dazu verpflichtet hatten, in den G20-Ländern ansässig – mehr als die Hälfte davon in Europa", sagt Crompton. Auch im Stromsektor seien europäische Unternehmen in der gesamten Wertschöpfungskette, von der Hochspannung über die Übertragung bis hin zu intelligenten Zählern, weltweit führend. Hinzu kommt die gute Datentransparenz rund um ökologische und soziale Fragen in der Region. „Die Bewertungen in Europa sind attraktiv, die Gewinnwachstumsprognosen für das laufende Jahr sind positiv und europäische Firmen nehmen bei bestimmten Nachhaltigkeitsthemen eine führende Rolle ein", fasst Crompton die Argumente für Nachhaltigkeisinvestitionen in Europa zusammen.

In den USA fokussiert sich das Portfolio-Management von J.P. Morgan Asset Management darauf Unternehmen zu identifizieren, die im Bereich Nachhaltigkeit bereits führend oder auf dem Weg dorthin sind, und die gleichzeitig attraktive risikobereinigte Renditen erzielen können. Im Fokus stehen dabei langfristige, branchenübergreifende Nachhaltigkeitstrends wie Dekarbonisierung, innovative Medizin, ‚grüne' Gebäude oder etwa Präzisionslandwirtschaft. Danielle Hines, Portfolio-Managerin des JPMorgan Funds – US Sustainable Equity Funds in der US Equity Group bei J.P. Morgan Asset Management, sieht vor allem den Inflation Reduction Act als Treiber der Energiewende in den USA. „Der Inflation Reduction Act ist eine wichtige finanzpolitische Maßnahme, die die Investitionsausgaben im Bereich der Energiewende in den nächsten zehn Jahren beschleunigen und vielen Unternehmen in unserem Anlageuniversum erheblichen Rückenwind verleihen wird", sagt Hines. Diese Politik komme den Anbietern von sauberer Energie direkt zugute und biete außerdem Anreize für Elektrofahrzeuge.

Anleihen: steigendes Interesse bei Green Bonds, Anlagevielfalt wird größer

Im Bereich Fixed Income sieht Stephanie Dontas, Portfolio-Managerin innerhalb der Global Fixed Income, Currency & Commodities (GFICC) Group bei J.P. Morgan Asset Management, eine weiterhin steigende Nachfrage nach nachhaltigen Anleihen. „Nachhaltige Versionen von Kernanleihen – Global Aggregate Bonds und auf Euro lautende Unternehmensanleihen – haben in jüngster Zeit das Interesse an nachhaltigen Anleihen angekurbelt, während grüne Anleihenfonds weiterhin Gelder anziehen", sagt Dontas. Die Anlagemöglichkeiten würden vielfältiger durch neue Produkte, etwa das Erweitern von Green-Bond-Strategien um soziale und nachhaltige Elemente, sowie das Lancieren von Net-Zero-Lösungen.

Das Emissionsvolumen von Green Bonds belief sich 2017 auf 163 Mrd. US-Dollar. Im vergangenen Jahr wurden am Markt mehr als 500 Mrd. US-Dollar emittiert, womit sich der Gesamtbetrag der ausstehenden Green Bonds auf 2,4 Bio. US-Dollar belief. Auch Social Bonds, mit deren Erlösen sozial nützliche Projekte finanziert werden, und Sustainability Bonds, mit deren Erlösen eine Mischung aus grünen und sozialen Projekten finanziert wird, haben in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Das Gesamtvolumen all dieser Papiere beträgt mittlerweile rund 3,9 Bio. US-Dollar. „Damit ist dieser Markt groß genug, um eine Kernallokation in einem Portfolio zu ermöglichen", erläutert Dontas. Anleger sollten bei der Anlage in nachhaltige Anleihen jedoch genau hinschauen, die Green Bond und die Social Bond Principles der International Capital Markets Association (ICMA) sowie der Green Bond Standard der Europäischen Union könnten den Emittenten Orientierung für hohe Standards bieten.
Autor: www.jpmam.de

ESG im Fokus: Mehr als jeder zweite Fonds mit Nachhaltigkeitsausrichtung

Die Dynamik bei Artikel-8-Fonds lässt nach, doch das Wachstum ist noch immer signifikant. Bei Artikel-9-Fonds ist das Vermögen im Vergleich zum Vorjahr jedoch kaum gestiegen. Scope gibt einen Überblick über das nachhaltige Fondsuniversum gemäß SFDR.

Scope hat untersucht, wie nachhaltig das deutsche Fondsuniversum im Sinne der EU-Offenlegungsverordnung (SFDR) aufgestellt ist. Die Verordnung unterteilt Fonds in drei Kategorien: Produkte ohne Nachhaltigkeitsfokus fallen unter Artikel 6 SFDR. Fonds, die ökologische und soziale Kriterien sowie eine verantwortungsvolle Geschäftsführung bei ihrer Titelauswahl berücksichtigen, werden als Artikel 8 klassifiziert. Produkte, die ausdrücklich das Ziel haben, mehr Nachhaltigkeit erreichen zu wollen, werden als Artikel 9 SFDR eingestuft.

Mehr als die Hälfte aller in Deutschland zugelassenen Fonds gilt mittlerweile als nachhaltig im Sinne der SFDR, ist also gemäß Artikel 8 oder 9 klassifiziert. Gemessen an der Anzahl liegt die Quote bei 55%, gemessen am verwalteten Vermögen sogar bei 60%.

Rund 6200 Fonds sind nach Artikel 8 eingruppiert. Sie verwalten insgesamt 4,4 Bio. Euro. Sowohl die Zahl als auch das Volumen dieser „hellgrünen" Fonds sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (Stand jeweils Ende Februar). Die Zahl der Produkte wuchs um 12%, das verwaltete Vermögen um 22%. Der Anstieg des Volumens lässt sich durch Marktwachstum, insbesondere aber durch Zuflüsse bzw. neue Einstufungen nach Artikel 8 erklären.

Die Gruppe der Artikel-9-Fonds („dunkelgrün") ist deutlich kleiner. Sie besteht aus 613 Produkten mit einem Gesamtvolumen von 224 Mrd. Euro. Auch dieses Fondssegment hat sich gegenüber Ende Februar 2023 vergrößert, aber nicht so stark wie die Gruppe der Artikel-8-Fonds. Zahlenmäßig ging es für Artikel-9-Fonds um 9% nach oben, das Volumen nahm um 5% zu. Der Zuwachs des verwalteten Vermögens dürfte größtenteils dem Aufschwung der Finanzmärkte in diesem Zeitraum geschuldet sein.

Der im Februar 2023 erkennbare Trend eines Rückgangs des Vermögens von Artikel-9-Fonds hat sich damit nicht fortgesetzt. Damals hatte die Erwartung einer strengeren Regulierung im vierten Quartal 2022 zu einer Welle an Rückstufungen von Artikel 9 auf 8 geführt. Die moderaten aktuellen Zuwachsraten zeigen allerdings, dass die Anbieter vorsichtig mit der Auszeichnung von Fonds als Artikel-9-Produkt umgehen bzw. sich Mittelzuflüsse und -abflüsse die Waage halten.

In allen drei Klassen – Artikel 6, 8 und 9 – haben Aktienfonds das höchste Gewicht. In der Gruppe der Artikel-6-Fonds kommen sie gemessen am Vermögen auf einen Anteil von 47%, in der Gruppe der Artikel-8-Fonds auf einen Anteil von 41%. Besonders dominant sind sie in der Gruppe der Artikel-9-Fonds. Hier machen sie 69% des Gesamtvolumens aus. Rentenfonds erreichen in allen drei Klassen ein Gewicht von rund einem Viertel. Der Rest entfällt jeweils auf sonstige Fonds.

ESG-Strategien werden nicht nur in aktiv gemanagten Fonds umgesetzt, sondern auch in ETFs. Das Gewicht von ETFs unterscheidet sich je nach SFDR-Klassifizierung. Den größten Anteil haben diese in der Gruppe der Artikel-6-Fonds. Dort sind 1086 ETFs zu finden, das entspricht 19% aller Artikel-6-Fonds. Gemessen am Vermögen ist der Anteil noch einmal deutlich höher. ETFs dieser Klasse verwalten rund 1,2 Billionen Euro und repräsentieren damit 39% aller Vermögenswerte nach Artikel 6.

In den Gruppen der Fonds nach Artikel 8 und 9 haben ETFs eine weitaus geringere Bedeutung. Hier kommen ETFs lediglich auf einen einstelligen Anteil in Bezug auf Anzahl und Vermögen. Nachhaltiges Investieren bleibt also eine Domäne aktiver Fondsmanager. Hinzu kommt, dass ETFs von Anlegern häufig genutzt werden, um sich breit am Markt zu engagieren. Da viele der gängigen Indizes nicht explizit auf nachhaltige Ziele ausgerichtet sind, ist nachvollziehbar, dass ETFs nur einen geringen Anteil der hell- und dunkelgrünen Fonds ausmachen.
Autor: www.scopeanalysis.com

Studie „Nachhaltige Kapitalanlagen 2024“ zeigt Nachhaltigkeit als vierte Dimension der Kapitalanlage weiter gefestigt

Zusammen mit dem renommierten Marktforschungsinstitut Toluna untersucht die FNZ Bank jährlich die Relevanz des Themas Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage in Deutschland. Die repräsentative Studie „Nachhaltige Kapitalanlagen 2024“ wurde 2024 bereits zum 6. Mal mit 1.000 Befragten in Deutschland durchgeführt.

„Neben den Dimensionen Rendite, Risiko und Liquidität spielt Nachhaltigkeit vor allem bei der jüngeren Generation eine große Rolle.“, so Peter Karst, CEO der FNZ Bank. „Grundsätzlich hat sich die Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Geldanlage in den letzten Jahren immer weiter gefestigt und hat sich nun auf einem stabilen Niveau eingependelt.“

So gehen laut der aktuellen Studie „Nachhaltige Kapitalanlagen 2024“ der FNZ Bank fast 90 Prozent der Deutschen davon aus, dass die Bedeutung nachhaltiger Kapitalanlagen in den nächsten 12 Monaten zumindest gleichbleiben oder sogar steigen wird.

Wie auch schon in Vorjahren sind die Befragten dabei nicht nur insgesamt der Meinung, dass Nachhaltigkeit in der Geldanlage grundsätzlich ein wichtiges Thema darstellt, sondern wollen konkret selbst entsprechende Faktoren bei der eigenen Anlage berücksichtigen. 57 Prozent der Befragten nehmen sich deshalb vor, in der Zukunft zumindest teilweise in Anlagen anzulegen, die den eigenen Nachhaltigkeitsanforderungen entsprechen. Bei den 18 bis 29-jährigen ist der Anteil mit etwa 84 Prozent sogar noch höher. Auch mit zunehmendem Nettoeinkommen und höheren Bildungsabschlüssen steigt die subjektive Wichtigkeit von Nachhaltigkeit bei der eigenen Geldanlage an.
Autor: www.fnz.de

Großanleger sind weiter auf Nachhaltigkeitskurs: 85 Prozent der institutionellen Anleger investieren nachhaltig

Institutionelle Investoren in Deutschland setzen in einem herausfordernden Umfeld weiter auf Nachhaltigkeit. Aktuell berücksichtigen 85 Prozent von ihnen Nachhaltigkeitskriterien. Zudem sehen sie nachhaltige Kapitalanlagen nach wie vor auf Wachstumskurs: Zwei Drittel erwarten, dass das Volumen nachhaltiger Investments in den kommenden zwölf Monaten steigt. Dies geht aus der diesjährigen Nachhaltigkeitsstudie von Union Investment hervor, für die knapp 200 institutionelle Investoren in Deutschland mit einem verwalteten Vermögen von rund sechs Billionen Euro befragt worden sind.

Der Anteil der Befragten, die bei ihren Anlagenentscheidungen Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, hat mit 85 Prozent den zweithöchsten Wert seit Beginn der jährlichen Investorenbefragung im Jahr 2010 erreicht. Allerdings ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um sechs Prozentpunkte zu verzeichnen. Derzeit macht der Anteil der Assets, bei denen die Investoren Nachhaltigkeitskriterien anwenden, 67 Prozent des verwalteten Gesamtvermögens aus und ist damit im Vorjahresvergleich um fünf Prozentpunkte gesteigert worden. Bei Stiftungen und Kirchen beträgt der Anteil sogar 93 Prozent.

Hoch ist auch die Zufriedenheit mit den eigenen nachhaltigen Investments: Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Investoren sind mit den nachhaltigen Kapitalanlagen in ihrem Verantwortungsbereich zufrieden oder außerordentlich zufrieden.

„Die Umfrageergebnisse zeigen eine erfreuliche und sehr robuste Entwicklung angesichts einer zunehmenden Polarisierung der Debatte zum Thema Nachhaltigkeit. Für die meisten institutionellen Anleger sind nachhaltige Investments inzwischen fester Bestandteil ihrer Kapitalanlage. Sie haben über Jahre praktische Erfahrungen damit gesammelt und lassen sich durch Gegenwind nicht beirren“, sagt André Haagmann, Vorstandsmitglied von Union Investment mit Zuständigkeit für institutionelle Kunden.

Von den befragten Investoren stellen 64 Prozent beim Vergleich konventioneller und nachhaltiger Portfolios keine Unterschiede in Bezug auf die Rendite fest. Fünf Prozent zufolge haben nachhaltige Investments bei der Rendite Vorteile, zwölf Prozent sehen Renditenachteile. 19 Prozent gaben an, diesbezüglich nicht über Informationen zu verfügen – im Vorjahr sahen sich dagegen noch 29 Prozent der Befragten nicht zu einem Renditevergleich ihrer nachhaltigen und konventionellen Anlagen in der Lage. In Bezug auf das Risiko sehen 60 Prozent beim Vergleich konventioneller und nachhaltiger Produkte keinen Unterschied.

Klimaaspekte in Anlagerichtlinien berücksichtigt

In ihren Anlagerichtlinien berücksichtigen bereits 78 Prozent der Befragten Klimaaspekte, zum Beispiel durch Ausschlüsse einzelner Sektoren oder einen Fokus auf erneuerbare Energien. 24 Prozent haben sich sogar das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 die Klimaneutralität ihres Portfolios zu erreichen.

Fast alle Befragten (97 Prozent) finden die Klimastrategie der Bundesregierung ambitioniert. Allerdings halten nur 38 Prozent die Ziele, z.B. Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045, für realisierbar. „Viele Investoren fragen sich offenbar, ob ein nachhaltiger Umbau der gesamten Wirtschaft wirklich gelingen kann. Auf Ebene der einzelnen Unternehmen beobachten wir jedoch, dass viele bereits eine Transformationsstrategie haben und umsetzen. Als Investor begleiten wir nicht nur Unternehmen, die bereits zu 100 Prozent nachhaltig sind, sondern investieren auch in solche, die sich glaubwürdig transformieren“, erläutert Haagmann.
Künstliche Intelligenz als Chance für das Thema Nachhaltigkeit

Chancen im Bereich Nachhaltigkeit bietet nach Einschätzung der Investoren perspektivisch auch die Künstliche Intelligenz. Die meisten Befragten (83 Prozent) sind überzeugt, dass diese das Thema Nachhaltigkeit beeinflussen wird. Von ihnen rechnen wiederum 85 Prozent mit einem positiven Einfluss der Künstlichen Intelligenz und nur 15 Prozent befürchten einen negativen Einfluss aufgrund des hohen Ressourcenbedarfs.

Nur eine Minderheit (41 Prozent) erwartet, dass die aktuellen geopolitischen Krisen sich auf die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei ihren Kapitalanlagen auswirken werden. Im Vorjahr waren es noch 51 Prozent. Von denen, die mit geopolitisch bedingten Veränderungen bei ihren nachhaltigen Investments rechnen, erwarten 59 Prozent dadurch einen Anstieg des Anteils ihrer nachhaltigen Kapitalanlagen.

„Nachhaltigkeit ist für Investoren kein Schönwetter-Thema. Zumal die nachhaltige Transformation einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, Deutschland und Europa krisenfester und wettbewerbsfähiger zu machen“, sagt Haagmann.
Autor: www.union-investment.de



Quelle: © 994yellow - AdobeStock.com

Anlegerstudie: Gen Z setzt auf sichere und nachhaltige Geldanlagen

Die Generation Z legt bei der Geldanlage großen Wert auf Nachhaltigkeit, aber tendenziell auch auf Sicherheit. Das zeigt eine aktuelle Studie der Gothaer, die der Versicherer gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut forsa durchführte.

Für 49 Prozent der rund 1.000 befragten Deutschen ist Sicherheit der wichtigste Aspekt bei der Geldanlage. Betrachtet man im Vergleich dazu die Generation Z, also die zwischen Mitte der 1990 und Anfang der 2010er Jahre Geborenen, liegt der Wert bei tendenziell 55 Prozent. Das Sicherheitsbedürfnis der Gen Z spiegelt sich auch in der Wahl der Anlageformen wider: 56 Prozent legen ihr Geld auf dem Sparbuch an. Das entspricht einem Unterschied von 12 Prozentpunkten zur gesamten Bevölkerung, denn im Durchschnitt legen nur 44 Prozent der Deutschen ihr Geld auf einem Sparbuch an.

„Wir sehen die Tendenz der Gen Z, eher auf vermeintlich sichere Geldanlagen zu setzen. Das heißt aber auch, Verzicht auf Rendite", erklärt Alina vom Bruck, Vorständin bei der Gothaer Asset Management AG. „Doch gerade, wenn man jung ist, erst am Anfang des Vermögensaufbaus steht und noch über viele Jahre Geld ansparen kann, ist ein etwas höheres Risiko zugunsten der Rendite durchaus vertretbar. Wie so oft im Leben macht es hier die richtige Mischung, also ein Mix aus sicheren und renditestarken Anlageformen."

Angst vor steigenden Kosten durch Klimawandel

Insgesamt geben 83 Prozent aller Befragten an, die Folgen des Klimawandels und damit steigende Kosten am meisten zu fürchten. 76 Prozent befürchten zudem Preissteigerungen durch geopolitische Konflikte und damit eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Die Gen Z liegt hier mit 82 bzw. 78 Prozent im Durchschnitt aller Befragten.

Nachhaltigkeit ist für die Gen Z ein wichtiges Kriterium bei der Geldanlage. Für 55 Prozent der Befragten aus dieser Altersgruppe ist der Nachhaltigkeitsaspekt eher wichtig oder sehr wichtig. Bei der Gesamtheit der Befragten hingegen sind es nur 46 Prozent. „Die Gen Z hat ganz offensichtlich die enorme Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit erkannt", sagt Alina vom Bruck.


Quelle: © Simone - AdobeStock.com

„Auch der Gothaer ist Nachhaltigkeit ein großes Anliegen. Daher setzen wir in der Kaptalanlage und in der Produktgestaltung immer stärker auf dieses Thema".

Umwelt- und Klimaschutz stehen an erster Stelle

Danach gefragt, welcher Aspekt von Nachhaltigkeit ihnen am wichtigsten ist, nennen 37 Prozent der Deutschen soziale Gerechtigkeit und 22 Prozent eine verantwortungsvolle Unternehmensführung. Für 36 Prozent aller Befragten steht zudem der Umwelt- und Klimaschutz an erster Stelle, bei der Gen Z liegt der Wert in diesem Aspekt bei 41 Prozent.

Nachhaltigkeit vor Rendite

Angesichts wachsender globaler Herausforderungen und eines steigenden Bewusstseins für ökologische und soziale Themen setzen die Befragten verstärkt auf Geldanlagen, die sich positiv auf Gesellschaft und Umwelt auswirken. Für 45 Prozent aller Befragten rückt die Rendite laut Studie sogar in den Hintergrund. Sie würden eine geringere Rendite in Kauf nehmen, um nachhaltig zu investieren. Bei der Generation Z sind es mit 54 Prozent sogar etwas mehr als der Durchschnitt.
Autor: www.gothaer.de

Der nachhaltige Fondsmarkt im 1.Quartal 2024: Fast 1 Billion Euro

Trotz schwachem Neugeschäft verwalten Fonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen fast eine Billion Euro. Deutsche Anleger hatten zum 31. März 2024 fast eine Billion Euro in Fonds gemäß Artikel 8 und 9 der EU Offenlegungsverordnung investiert. Publikumsfonds verwalten mit 727 Milliarden Euro rund drei Viertel des Gesamtvolumens. Das Segment der Spezialfonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen ist mit 250 Milliarden Euro deutlich kleiner. Es wächst allerdings sehr viel schneller. Allein in den letzten zwölf Monaten betrug das Plus rund 45 Prozent. Bei Publikumsfonds waren es 12 Prozent.


Quelle: © pressmaster - AdobeStock.com

In beiden Segmenten sind vor allem Umklassifizierungen bestehender Produkte und Kursgewinne an den Aktien- und Rentenmärkten für die steigenden Volumina verantwortlich. Das Neugeschäft entwickelte sich im ersten Quartal 2024 dagegen schwach. Während Spezialfonds ein leicht positives Netto-Mittelaufkommen verbuchten, zogen Anleger aus Publikumsfonds per Saldo Gelder in Höhe von 3,3 Milliarden Euro ab. Besonders Misch- und Aktienfonds waren von Anteilscheinrückgaben betroffen. Damit lag das Neugeschäft von Publikumsfonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen seit Anfang 2023 in jedem Quartal deutlich unter dem Wert nicht nachhaltiger Produkte.
Insgesamt betrug der Netto-Mittelabfluss bei Artikel- 8-und -9-Fonds in diesem Zeitraum über 11 Milliarden Euro – gegenüber Zuflüssen von fast 28 Milliarden Euro in Artikel-6-Fonds.

Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die EU-Regulierung des Privatkundenvertriebs sein: Viele Kunden geben zum Beispiel ein „Nein" bei der obligatorischen Abfrage von Nachhaltigkeitspräferenzen an, um sich die volle Flexibilität in der Produktauswahl zu erhalten. Darüber hinaus scheitern selbst interessierte Anleger oft an der Komplexität der vorgegebenen Fragen, etwa zu Mindestquoten oder nachteiligen Auswirkungen, die sie berücksichtigen möchten. Weil Definitionen und Standards fehlen, sind verpflichtende Angaben zu den Nachhaltigkeitsmerkmalen außerdem regelmäßig nicht vergleichbar. Das führt zusätzlich zur Verunsicherung vieler Privatanleger. Aufgrund der Schwächen im EU-Regulierungskonzept hat die EU-Kommission im Jahr 2023 eine grundsätzliche Überprüfung der Offenlegungsverordnung gestartet. In diesem Zuge wird unter anderem ein neues Produktklassifizierungssystem in Sachen Nachhaltigkeit diskutiert, welches die bisherigen Transparenzpflichten weiterentwickeln oder ergänzen könnte. Klarere Nachhaltigkeitsstandards und leicht verständliche Produktkategorien könnten eine Grundlage dafür sein, das Vertrauen in nachhaltige Produkte wieder herzustellen.

Ein weiterer Aspekt könnte sein, dass Fonds mit und ohne Nachhaltigkeitsmerkmalen in ihrer Anlagestrategie natürlich unterschiedliche Branchen bevorzugen. Aktienfonds gemäß Artikel-8- und 9 investieren zum Beispiel stark in Industriegüterproduzenten – darunter Hersteller von Windkraftanlagen oder Eisenbahntechnik. Auch Konsumgüterproduzenten (u. a. Nahrungsmittel und Kosmetik) sowie Technologieaktien machen einen überdurchschnittlich großen Anteil in ihren Portfolios aus. Dagegen werden Unternehmen aus der Grundstoffindustrie oder dem Öl- und Gas-Sektor stark untergewichtet. Dasselbe gilt auch für den Bereich Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung. Aufgrund der geopolitischen Lage schätzen viele Beobachter aber gerade diese Branchen derzeit als besonders attraktiv ein.
Autor: www.bvi.de

FNG-Siegel: Differenzierung gefragt beim nichts-sagenden Artikel 8-Sammelbecken

Externe Zertifizierungen der Nachhaltigkeitsqualität als Greenwashing-Prophylaxe sind weiter gefragt. Auf der neunten Vergabe-Feier des FNG-Siegels, dem Qualitätsstandard Nachhaltiger Geldanlagen wurden 279 Finanzprodukte, die sich einer wissenschaftlich-orientierten umfassenden Prüfung unterzogen haben, mit dem unabhängigen Gütesiegel ausgezeichnet. Beworben hatten sich 283 Fonds, ETFs und zum wiederholten Male auch Vermögensverwaltungen. Acht neue Häuser aus insgesamt 14 Ländern haben sich für das Gütezeichen begeistert. Insgesamt lag die Zahl der sich bewerbenden Häuser bei 98. Vier der eingereichten Produkte konnten die Mindestanforderungen nicht erfüllen. Die ausgezeichneten Produkte verwalten ein Vermögen von rund EUR 90 Mrd.


Quelle: © metamorworks - AdobeStock.com

Es kristallisiert sich heraus, dass es vor allem für Artikel-8-Fonds wichtig erscheint, sich in dem großen Sammelbecken dieser EU-Offenlegungsverordnung mittels einer externen Due-Diligence als qualitativ wertvoll vom breiten Markt nachhaltiger Geldanlagen abzuheben. Denn die Zahl der Artikel-8-Produkte stieg überproportional an und machen mittlerweile rund 80% der gesamten eingereichten Finanzprodukte aus. Roland Kölsch, der die FNG-Siegel bei der Vergabe-Feier übergibt, erklärt, „dass es in Zeiten von Mogelpackungen wichtig ist, anhand eines einfachen Gütezeichens zu erkennen, was eine gut gemachte nachhaltige Geldanlage ist. Unser Qualitätsstandard leistet genau das."
Bei einer mittlerweile unübersichtlichen Anzahl von ca. 11.000 Nachhaltigkeitsfonds nach Artikel 8 der EU-Offenlegungsverordnung kommt dem FNG-Siegel eine wichtige Rolle als Glaubwürdigkeits-Faktor zu. Das Siegel erlaubt Differenzierung im Absatzmarkt und beugt Greenwashing-Vorwürfen vor. So, wie bekannte Bio-Gütesiegel aus dem Lebensmittelbereich für einfache Wiedererkennbarkeit nachhaltiger Produkte sorgen, ist das FNG-Siegel seit 2015 das führende Label für Finanzprodukte, die Mindestanforderungen und darüberhinausgehende Merkmale einer anspruchsvollen nachhaltigen Geldanlage erfüllen. Hochwertige Nachhaltigkeits-Fonds, die sich über das reine FNG-Siegel in den Bereichen „institutionelle Glaubwürdigkeit", „Produktstandards" und „Portfolio-Fokus" besonders hervorheben, erhalten bis zu drei Sterne.
„Produktklarheit und -wahrheit ist gerade in Zeiten einer für Nachhaltigkeit immer sensibilisierteren Anlegerschaft ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl glaubwürdiger Finanzprodukte. Wir unterstützen daher gerne die Prüf- und Bewertungsarbeiten mit unserem wissenschaftlichen Know-How", erläutert Prof. Dr. Timo Busch, der eigens auf Wunsch des FNG ein neues Prüf- & Research-Konstrukt zur Fortführung der qualitativ hochwertigen Zertifizierungsarbeiten gegründet hat. „Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die europäische Aufsichtsbehörde ESMA kürzlich bestätigt hat, dass Produktanbieter im Rahmen der EU-Verordnungen frei sind in der Art, Nachhaltigkeit in ihrem Produktangebot umzusetzen, ist das FNG-Siegel mit seinen Mindeststandards und darüber hinaus gehenden Qualitätsstufen eine wichtige Orientierungshilfe", so Busch weiter.
Um das FNG-Siegel zukunftsfest zu machen und vor allem weiterentwickeln zu können, ist geplant, dass das neue Prüf- und Research-Konstrukt zukünftig in Abstimmung mit dem FNG alleine die Gesamtverantwortung für das Label tragen wird. „Durch diese Re-Organisation weg von der FNG-Tochter QNG hin zu dem bereits unabhängigen Prüf- & Research-Konstrukt, bestehend aus dem gemeinnützigen Wissenschaftsverein F.I.R.S.T. und dem universitären Spin-Off Advanced Impact Research (AIR) wird gewährleistet, dass das etablierte deutschsprachige
Gütezeichen nachhaltiger Geldanlagen weiter für eine qualitätsorientierte Zertifizierung sorgen wird", kommentiert Roland Kölsch, Geschäftsführer der QNG, die bislang das FNG-Siegel verantwortet hat, das geplante Vorhaben. Kölsch selbst würde weiter als Hauptansprechpartner fürs FNG-Siegel fungieren, ab 2024 dann allerdings beim Wissenschaftsverein F.I.R.S.T.
Autor: www.fng-siegel.org

ESG:
Jetzt wird auch das soziale für Anleger interessant

Die auf europäischer Ebene eingeführten Nachhaltigkeitsstandards haben zu einer deutlichen Ausweitung vor allem grüner Investments geführt. In den Bereich „E" für Environmental fließen bei Weitem die meisten Mittel. „Doch wir sehen gerade im Markt ein langsames, aber sehr stetiges Aufkommen neuer Investments im Bereich ‚S' für Social", sagt Daniel Knoblach, Verwaltungsrat der Super Global Services SA.

Neben reinen grünen Anlagen wie Windkraft oder Photovoltaik werden so auch Investments interessant, die sozialen Standards folgen. „Es hat eine Weile gedauert, bis sich die Investoren in größerem Umfang an diese Themen herangewagt haben", sagt Knoblach. „Einen ethischen, moralischen Ansatz mit Rendite zu verknüpfen ist ebenso interessant, wie es lange Zeit auch ein Risiko bedeutete."

Schon bei grünen Projekten steht immer wieder mal das Thema Greenwashing im Raum. „Manch ein Investor hat zwar Produkte aufgelegt, die alle Kriterien erfüllen", sagt Knoblach. „Sie wurden allerdings nur sehr bedingt mit dem Label vermarktet." Das war für viele der beste Weg, mit dem Risiko umzugehen, Vorwürfe wegen Etikettenschwindels zu erhalten. Hier hat die Einführung klarer Standards für die Bewertung, vor allem für die unabhängige Prüfung („Second Party Opinion"), viel Druck herausgenommen und mit Green Bonds ein verlässliches Produkt geschaffen.

„Das Gleiche passiert nun bei den sozialen Investments", so Knoblach. Mittlerweile haben sich klare Standards herausgebildet, nach denen etwa die marktführende ISS Corporate Solutions ihre Bewertungen erstellt. „Das entspannt viele Investoren und sorgt dafür, dass auch für diesen Bereich mehr Kapital mobilisiert wird", sagt Knoblach. Denn neben der Erfüllung eigener oder vorgegebener Ansprüche im Rahmen von Anlagerichtlinien sorgen soziale Projekte durchaus für eine höhere Reputation und damit Vermarktbarkeit. Derzeit finden sich Beispiele für soziale Projekte, die über den Kapitalmarkt finanziert werden, vor allem im Bereich Immobilien. „Das können Studentenwohnheime oder Pflegeeinrichtungen sein", so Knoblach.

Die Kriterien und Anforderungen sind dabei durchaus unterschiedlich zwischen E und S. „Doch als Spezialist für ESG-Produkte haben wir uns auf die verschiedenen Anforderungen der Themen eingestellt und können den Bond je nach Projekt strukturieren und für die Anlagen ein depotfähiges Wertpapier mit SPO schaffen", sagt Knoblach.
Autor: www.super-global.de



Quelle: © Zaleman - AdobeStock.com

Triodos Impact Check: Klare Haltung gegen die Rüstungsindustrie

Während mehrere bewaffnete Konflikte vor den Toren Europas ausgetragen werden, gewinnt die Debatte über die Finanzierung der Verteidigungsindustrie an Fahrt. Der Druck, mehr für Waffen auszugeben, wächst. Und um die benötigten Milliarden zusammenzubekommen, schauen viele in Richtung (privater) Investoren.

Die Europäische Kommission hat schon 1,5 Mrd. EUR für die Finanzierung der Rüstungsindustrie bereitgestellt, und einige fordern sogar 100 Mrd. EUR für Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren, um Europa in einen "Kriegswirtschaftsmodus" zu versetzen. Darüber hinaus genehmigte die Europäische Investitionsbank (EIB) einen Plan zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 6 Mrd. EUR bis 2027 für die Unterstützung europäischer Sicherheits- und Verteidigungssysteme mit doppeltem Verwendungszweck. Dabei bezieht sich der doppelte Verwendungszweck auf das Potenzial für sowohl zivile als auch militärische Anwendungen. Nur eine Woche später sollen 14 nationale Regierungen die EIB in einem Schreiben dazu aufgefordert haben, ihre Finanzierung im Verteidigungsbereich zu verstärken und über Investitionen mit doppeltem Verwendungszweck hinauszugehen. Und das obwohl die EIB die Finanzierung von Waffen, Munition, Sprengstoffen sowie von Ausrüstungen oder Infrastrukturen für militärische und polizeiliche Zwecke ausschließt.

Nationale Regierungen geben im Rahmen ihrer Haushaltszuweisung und ihrer öffentlichen Finanzstrategie viel Geld für militärische Aktivitäten aus. Für das Jahr 2022 meldete das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), dass sich die staatlichen Militärausgaben auf über 2.240 Mrd. USD belaufen, der höchste Stand der je verzeichnet wurde. Auch wenn diese Zahlen die Investitionen von Finanzinstituten in die Verteidigungsindustrie in den Schatten stellen, sollten die Verbindungen nicht unterschätzt werden.

Von NRO gesammelte Daten zeigen, dass auch viele private Finanzinstitute und Investoren bereits stark in der Rüstungsindustrie engagiert sind. Nach Angaben der Armed Bank Campaign haben Banken, Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds, Staatsfonds, Pensionsfonds und öffentliche Einrichtungen die Verteidigungsindustrie im Zeitraum 2020-2022 mit mehr als 959 Mrd. USD unterstützt. Mehr als die Hälfte der Gesamtinvestitionen in den Sektor (660 Mrd. USD) entfiel auf Aktien, während Anleihen weniger als 1 % des Gesamtbetrags ausmachten.



Quelle: © beugdesign - AdobeStock.com

Regierungen verfügen über reichlich Möglichkeiten, Mittel für nationale Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen aufzubringen und können frei über die Zuweisung von Haushaltsmitteln für den Verteidigungssektor entscheiden. In Zeiten dringenden Kapitalbedarfs können sie ihre Haushalte sogar anpassen, indem sie staatliche Einstellungen einfrieren, Steuern erhöhen oder die Verschuldung steigern und zu einer Kriegswirtschaft übergehen. Darüber hinaus können Regierungen durch gesetzgeberische Maßnahmen den Finanzierungsbedarf auf Notfallbedarf umlenken. Wenn diese verzerrte nationale Haushaltsprioritäten jedoch fortbestehen, könnte eine permanente Kriegswirtschaft die Folge sein.

Darüber hinaus ist es wichtig zu betonen, dass Rüstungsunternehmen von bewaffneten Konflikten und Kriegen profitieren, da diese zu Einnahmen aus erhöhten Militärausgaben führen. Außerdem profitieren sie von privaten Investitionen, da die Nachfrage von Investoren die Aktienkurse der Unternehmen in die Höhe treibt und ihre eigenen Kapitalkosten senkt. Es überrascht daher nicht, dass die Verteidigungslobby Investitionen in ihre Unternehmen als Investitionen mit sozialer Wir-

kung bezeichnen möchte und bereits 2022 die EU dazu drängte, die Verteidigungsindustrie als positiven Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit im Rahmen der ESG-Taxonomie anzuerkennen. Während der Ausschluss von Waffen seit langem zu den weithin akzeptierten und praktizierten Ausschlusskriterien innerhalb der Investmentbranche gehört, droht nun die Gefahr einer Normverschiebung hin zu einer breiten Akzeptanz und Bereitschaft, in die Rüstungsindustrie zu investieren. Dies wird uns daran hindern wird, größere soziale und ökologische Ziele zu erreichen.
Als Impact-Investor hat sich Triodos IM zu strengen Mindeststandards verpflichtet, die alle Arten von Waffen sowie Schlüsselkomponenten oder Schlüsseldienstleistungen für Waffensysteme aus unseren Anlageportfolios ausschließen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kapital in Unternehmen und Projekte zu lenken, die dauerhafte positive soziale und ökologische Auswirkungen haben. Unternehmen, die Waffen zum Töten und Zerstören produzieren, gehören sicherlich nicht dazu. Da die Aktienkurse von Waffenunternehmen derzeit durch die anhaltenden geopolitischen Konflikte in die Höhe getrieben werden, bedeutet eine Investition in Waffen außerdem, dass man von Krieg und Zerstörung profitiert. Für uns ist das eine unethische Entscheidung.
Autor: www.triodos-im.com


Quelle: © Hanna - Fotolia.com

Proxy-Voting: Ab sofort kämpft Ökoworld auch auf Hauptversammlungen für mehr Nachhaltigkeit

Die Hildener ÖKOWORLD AG hat entschieden ab sofort ihre nachhaltigen Interessen und die ihrer Anleger:innen auch auf den Hauptversammlungen der investierten Unternehmen wahrzunehmen. "Die Stimmrechtsausübung bei Aktionärsversammlungen ist für uns ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Nachhaltigkeit in den Unternehmen", sagt Torsten Müller, Vorstand der ÖKOWORLD AG. "Wir werden unsere strengen Nachhaltigkeitspositionen nun auch in den Hauptversammlungs-Abstimmungen umsetzen. Um das zu erreichen, haben wir zusammen mit ISS-ESG eine Proxy Voting Policy definiert, die sich ganz eng an unserem Nachhaltigkeitsansatz anlehnt. Unser Ziel ist es, mehr Unternehmen zu einem ethisch, ökologisch und sozial verantwortungsbewussten Handeln zu bewegen."

Über 3 Milliarden Euro verwaltet die ÖKOWORLD aktuell in ihren fünf nachhaltigen Fonds. Dieses Volumen gibt dem Unternehmen in den Abstimmungen auf den Hauptversammlungen Einflussmöglichkeiten. Um sicherzustellen, dass die Stimmrechte bei möglichst allen Aktionärsversammlungen weltweit wahrgenommen werden können, nutzt ÖKOWORLD die Dienstleistungen des Anbieters ISS-ESG für die Stimmrechtsvertretung (Proxy Voting). Zusammen mit dem Dienstleister (ISS-ESG) wurde eine Proxy Voting Policy festgelegt, welche auf dem konsequenten Nachhaltigkeitsansatz der ÖKOWORLD basiert. Diese Policy gilt für alle ÖKOWORLD Fonds und wird ab sofort für alle Versammlungen sofern möglich umgesetzt.


Quelle: © Daniela - AdobeStock.com

Bei Nachhaltigkeitsthemen wie bspw. Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel, Berichterstattung, Menschenrechten oder geschlechtergerechter Repräsentation kann darüber hinaus die individuelle ÖKOWORLD-Investmentphilosophie zum Tragen kommen. So plant die ÖKOWORLD, in einzelnen Fällen und sofern es möglich ist, das Stimmrecht bei Abstimmungen zu diesen Nachhaltigkeitsthemen selbst auszuüben, an Versammlungen direkt teilzunehmen oder auch vom Rederecht Gebrauch zu machen.
Autor: www.oekoworld.com

Wasserfonds: Renditepotenzial mit Impact

Der Weltwassertag erinnert jährlich an unser wichtigstes Grundnahrungsmittel. Für Anleger stehen 20 Aktienfonds zur Verfügung, die ein Engagement in das Thema Wasser ermöglichen. Scope zieht eine Bilanz, was die Produkte geleistet haben. Am 22. März war Weltwassertag. Er steht dieses Jahr unter dem Motto „Wasser für den Frieden". Wasser ist für das Überleben der Menschen und für alle privaten und öffentlichen Bereiche essenziell. Der Klimawandel, das Bevölkerungswachstum und der globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel beeinflussen die Verfügbarkeit und die Qualität des Wassers immer stärker. Öffentliche Bemühungen und Finanzierungen allein reichen aber nicht aus, um sauberes Wasser und Sanitärversorgung – das 6. Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen – für die Weltbevölkerung zur Verfügung zu stellen.


Quelle: © Anastasia - AdobeStock.com

Scope erwartet vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung und der zunehmenden Verknappung von Süßwasser einen steigenden Bedarf im Bereich der Wasserversorgung. Für Anleger bieten sich Investitionsmöglichkeiten in Form spezieller Themenfonds.

Derzeit stehen in Deutschland 20 Investmentfonds für ein Investment in das Thema Wasser zur Verfügung. Diese investieren weltweit und breit diversifiziert in Aktien von Unternehmen, die Technologien, Produkte oder Dienstleistungen mit Bezug zur Wertschöpfungskette Wasser anbieten. Dazu zählen etwa die US-Konzerne Xylem und American Water Works oder der französische Umweltdienstleister Veolia Wasser.

Die Fonds der Scope Peergroup „Aktien Wasser" verwalten per Ende Februar 2024 rund 25,8 Mrd. Euro. Die Vergleichsgruppe wird von aktiv gemanagten Produkten dominiert: 84 Prozent (21,7 Mrd. Euro) des verwalteten Vermögens entfallen auf 15 aktiv gemanagte Fonds, während fünf ETFs einen Anteil von 16 Prozent (4,0 Mrd. Euro) ausmachen. Vor fünf Jahren lag das Vermögen der Wasserfonds bei 10,4 Mrd. Euro. In dieser Zeit hat das Volumen demnach um 15,4 Mrd. Euro bzw. etwa 150% zugenommen.

Mit einem verwalteten Vermögen von rund 8,4 Mrd. Euro ist der Pictet-Water der mit Abstand größte Wasserfonds. Das im Jahr 2000 aufgelegte Produkt ist gleichzeitig der älteste Fonds dieser Peergroup.

Die meisten Wasserfonds sind als nachhaltig eingestuft (Art. 8 oder 9 SFDR). Die Niveaus der Berücksichtigung von ESG-Kriterien sind jedoch unterschiedlich.

Wasseraktienfonds erzielten in der Vergangenheit solide Renditen. Die Performance-Aussichten in diesem Segment erachtet Scope langfristig weiterhin als positiv. Um dem steigenden Bedarf im Bereich der Wasserversorgung zu begegnen, wird auf die Expertise von Unternehmen aus dem Privatsektor nicht verzichtet werden können, um effektiv die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stellen zu können.

Ende Februar 2024 betrug die durchschnittliche Rendite auf Dreijahressicht der 16 Fonds mit ausreichender Historie 7,8% p.a. Das Spektrum reicht von -3,1% p.a. bis 11,7% p.a. Über eine Historie von mindestens fünf Jahren verfügen 13 der 20 Wasserfonds. Die Wertentwicklung über fünf Jahre liegt bei durchschnittlich 9,7% p.a. (Stand: Ende Februar). Die Bandbreite reicht hier von -3,5% p.a. bis 13,1% p.a.

Bei der Volatilität unterscheiden sich die meisten Wasserfonds weniger stark. Die Schwankungsbreiten für die vergangenen drei Jahre liegen fast komplett in einer Bandbreite von 15,6% bis 18,6%. Im Durchschnitt betrug die Volatilität der Peergroup 16,4% p.a.
Autor: www.scopeanalysis.com


Quelle: © MP Studio - AdobeStock.com

Die Kraft des wirkungsorientierten Investierens

Kommentar von **William de Vries**,
Direktor für Impact Aktien & Anleihen bei Triodos Investment Management

Während viele Investoren ihren Investitionsprozess mit einer Ausschlussliste beginnen und Unternehmen aus dem verbleibenden Universum auf Grundlage von Risiko und Rendite auswählen, konzentriert sich Triodos IM auf die Aspekte Wirkung, Ertrag und Risiko – wobei die Wirkung den Ausgangspunkt bildet. Den Ausgangspunkt einer jeden Triodos IM Investition bildet die Frage, wie diese zu einem der fünf von Triodos IM identifizierten Übergangsthemen beitragen wird. Daraus ergibt sich zwar eine kleinere Auswahl, jedoch mit großem Wirkungspotenzial. Die fünf von Triodos IM definierten Übergänge sind Ernährung, Ressourcen, Energie, Gesellschaft und Wohlbefinden. Diese Übergänge stehen im Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung.

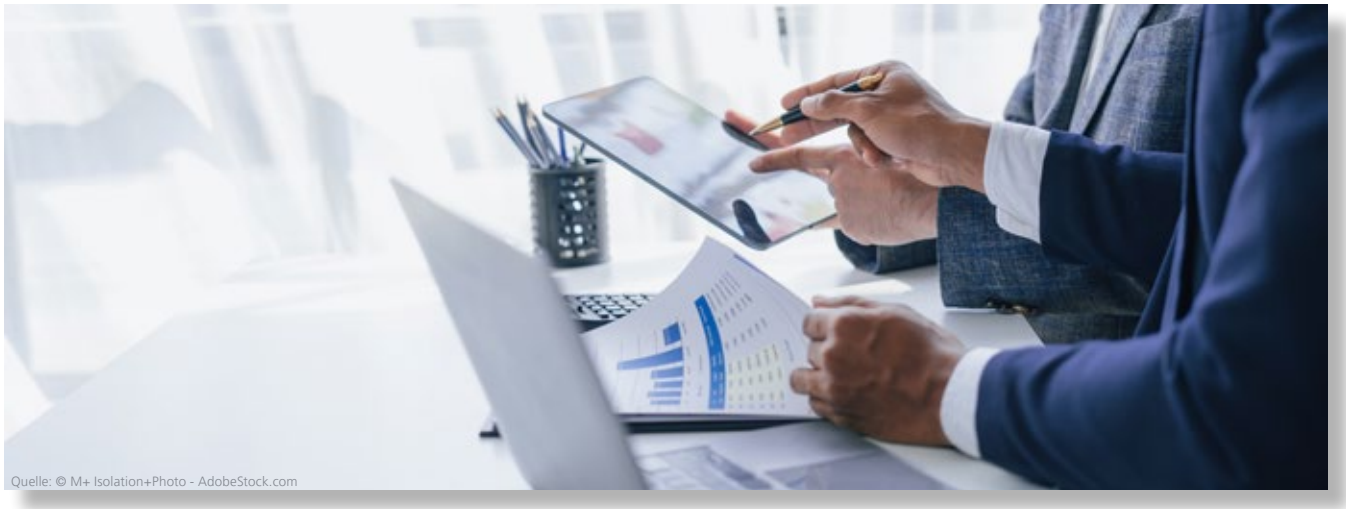
Finanzinvestitionen werden stärker mit der Wirkung verknüpft

Unternehmen, die sich positiv auf Mensch und Umwelt auswirken, werden auch von niedrigeren Zinskosten profitieren, da Kredite bevorzugt an nachhaltige Unternehmen vergeben werden. Auf der anderen Seite werden Unternehmen, die bereits grüne Investitionen getätigt haben, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber denen haben, die noch am Anfang des Prozesses stehen. Auch die Verbraucher werden vermehrt nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen nachfragen, was sich letztendlich in den Einnahmen der Unternehmen niederschlagen wird und wodurch 2024 ein insgesamt positives Jahr für nachhaltige Aktien werden könnte.

Ein Vorsprung für Impact-Investoren

Dass sich die Qualität von ESG-Daten insgesamt verbessert hat, führt dazu, dass noch mehr datengesteuerte Wirkung erzielt wird. Bessere Daten und tiefere Einblicke in Wirkung, Risiko und Ertrag führen zu besseren Investitionsentscheidungen. Dadurch wird ein besseres Verständnis gewonnen und die Erkenntnisse können in die Bewertung von Unternehmensanteilen miteinfließen. Mit Hilfe dieser Wirkungsdaten können Unternehmen, wie Triodos IM, eine bessere Bewertung vornehmen und verschaffen sich dadurch einen Vorteil gegenüber anderen Investoren. So investiert Triodos IM zum Beispiel in das große japanische Wohnungsbauunternehmen Sekisui House. Das Unternehmen baut Holzhäuser, bietet Immobiliendienstleistungen an und vertreibt Bau- und Heimwerkermaterialien. Dieses Unternehmen ist kaum auf dem Radar anderer Investoren. Sekisui House hat jedoch bereits mehr als 50.000 'Null-Energie-Häuser' verkauft, was ein enormes Wirkungspotenzial darstellt.

Wir erwarten einen enormen Effizienzschub bei den erneuerbaren Energien, der durch Netzverbesserungen und eine bessere Energiespeicherung erreicht werden soll. Zwar kommen, auch in einer nachhaltigen Welt, die Kosten vor dem Nutzen, doch dann folgen die Vorteile und zwar für Erzeuger, Verbraucher und Investoren.
Autor: www.triodos-im.com



Quelle: © M+ Isolation+Photo - AdobeStock.com



ESG-Investments 2024: Chancen durch Fortschritt und Klarheit

Kommentar von **Michelle Dunstan**, *Chief Responsibility Officer, Janus Henderson Investors*

Die Geschwindigkeit des Fortschritts bei der Bewältigung der Klimakrise und anderer Nachhaltigkeitsproblemen wird unweigerlich von den politischen Einflüssen abhängen. Im kommenden Jahr stehen Wahlen für den nächsten US-Präsidenten, den britischen Premierminister, die indische Regierung sowie das Parlament und die Mitglieder des Europäischen Parlaments an, die den Weg der ESG-Regulierung und die Umsetzung der Klimaziele beeinflussen werden.

Ein erfolgreicher Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft bietet Anlegern durch drei verschiedene Investmentmöglichkeiten die Chance, den Übergang zu erleichtern und zu beschleunigen:

Lösungsanbieter/Innovatoren
Unternehmen, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen den Übergang zu einer CO2-armen und Kreislaufwirtschaft beschleunigen, z. B. in den Bereichen saubere Energie, saubere Technologien, Energieeffizienz, Abfallwirtschaft, nachhaltiger Verkehr und Wärmepumpen.

Enablers
Unternehmen, die den Übergang durch ihre Produkte und Dienstleistungen beschleunigen und ermöglichen. Sie sind möglicherweise selbst nicht kohlenstoffarm, aber für die Dekarbonisierung unerlässlich. Dazu gehören Übergangsmetalle für die „Elektrifizierung von allem" und Pipelines zur Vorbereitung von Wasserstoff-, Wasser- und Abfallmanagement-Upgrades.

Verbesserer
Unternehmen in emissionsintensiven Sektoren, die die Wirtschaft von heute und morgen stützen und deren Wandel entscheidend ist. Dazu gehören fortschrittliche Ölkonzerne sowie Unternehmen aus der Zement- und Stahlindustrie, der Luftfahrt und der Landwirtschaft, die generell eine hohe Kohlenstoffintensität aufweisen, aber ihre Abläufe erheblich verbessern, um zu einem nachhaltigen Geschäftsmodell überzugehen.

Auch Investoren denken zunehmend über den Umgang mit Naturverlusten nach. Im September 2023 veröffentlichte die Taskforce on Nature-related Financial Disclosures (TNFD) ihr endgültiges Konzept, das es Unternehmen und Finanzinstituten ermöglichen wird, ihre Abhängigkeiten und Auswirkungen auf die Natur zu bewerten, so wie es die Taskforce on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) für den Klimawandel getan hat. Wir glauben, dass sich der Übergang zu einer naturfreundlichen Welt 2024 beschleunigen wird.

Soziale Faktoren rücken in den Vordergrund

Nachhaltigkeitsfragen können nur angegangen werden – und Lösungen können nur nachhaltig sein – wenn man sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen und Abhängigkeiten befasst. Ein gerechter Übergang sollte ausdrücklich die Menschen berücksichtigen, die den Übergang ermöglichen, sowie die Auswirkungen des Übergangs auf die Arbeitnehmer, insbesondere in emissionsintensiven Sektoren, und auf Schwellenländern, die am stärksten von den Klimaauswirkungen betroffen sind. Ein Übergang, bei dem diese sozialen Auswirkungen und Abhängigkeiten nicht berücksichtigt werden, kann Risiken für Menschen, Unternehmen und sogar ganze Regionen mit sich bringen und sich möglicherweise negativ auf Cashflows und Bewertungen auswirken. Einen gerechten Übergang zu ermöglichen, ist also nicht nur „das Richtige", sondern langfristig auch ein finanziell kluger Schachzug. Die Regierungen sollten den gerechten Übergang vorantreiben. Sowohl der Green Deal der EU als auch der Inflation Reduction Act der USA räumen dem gerechten Übergang Priorität ein. Aber auch der Privatsektor muss eine Schlüsselrolle spielen, indem er nicht nur das notwendige Kapital und die Investitionen bereitstellt, sondern auch proaktiv soziale Aspekte in seine Strategie, seinen Betrieb und seine Lieferkette einbezieht.

Eine kürzlich durchgeführte Studie ergab jedoch, dass die überwältigende Mehrheit der von Climate Action (CA) 100+ anvisierten Unternehmen die Erwartungen an den gerechten Übergang nicht erfüllt. Ziel ist es, dass sich 50 % der CA 100+-Unternehmen zu einem gerechten Übergang verpflichten, bevor die nächste Net Zero Company Benchmark veröffentlicht wird. Zu den wichtigsten Faktoren, die von CA100+ erfasst werden, gehören Humankapital, Menschenrechte, Gesundheit und Sicherheit, Ausbildung und sozialer Dialog. Unternehmen, die die Bedürfnisse aller Stakeholder berücksichtigen, vermindern Risiken und haben bessere Erfolgsaussichten, was die Aussicht auf eine langfristige wirtschaftliche Wertschöpfung erhöht.

Menschenrechte sind ein weiterer Schwerpunktbereich. Die geplante Richtlinie des Europäischen Parlaments über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit (CSDDD) wird große Unternehmen und möglicherweise auch Finanzinstitute dazu verpflichten, ihre eigenen Aktivitäten und die ihrer Zulieferer einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen (und nicht nur offenzulegen). Die Institutionen werden tatsächliche oder potenzielle negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt ermitteln und verhindern, beenden oder mindern müssen. Wir gehen davon aus, dass dies für viele Unternehmen eine große Herausforderung darstellen wird, insbesondere für solche mit komplexen oder langen Lieferketten.

Bei der Bewertung naturrelevanter Auswirkungen und Abhängigkeiten werden Arbeits- und Menschenrechte für Unternehmen und Investoren ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Laut dem neuen TNFD-Rahmenwerk ist „eine sinnvolle Einbeziehung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften ein entscheidender Teil der Identifizierung und Bewertung naturrelevanter Themen durch jede Organisation". Denn obwohl sie weniger als 5 % der Weltbevölkerung ausmachen, schützen die indigenen Völker 80 % der Artenvielfalt der Erde.

Das Ende von Greenwashing?

Die Zusagen der Unternehmen und Investoren zu den wichtigsten ESG-Themen müssen echt und glaubwürdig sein. Dessen sind sich Regulierungsbehörden und Marktteilnehmer sehr wohl bewusst. In den letzten Jahren haben Unternehmen und Finanzinstitutionen zahlreiche gewagte „grüne" Aussagen getroffen. Der Fokus der Regulierungsbehörden auf „Greenwashing" ist daher zu begrüßen und wird 2024 verstärkt werden.
Um ihr Netto-Null-Emissionsziel bis 2050 zu erreichen, hat die Europäische Union eine Taxonomie eingeführt, in der Kriterien für „nachhaltige" Aktivitäten definiert sind. Diese werden auch von Unternehmen bei der Berichterstattung im Rahmen der Verordnung über die Offenlegung nachhaltiger Finanzen (SFDR) verwendet. 2024 wird die EU die von der Taxonomie erfassten Sektoren und Aktivitäten ausweiten, was sich auf die Offenlegung von Unternehmen und Investmentmanagement auswirken wird. Die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD), die am 1. Januar 2024 in Europa in Kraft tritt, wird Unternehmen dazu verpflichten, umfassend über ihre ESG-Auswirkungen zu berichten.

In der Zwischenzeit könnten Asset Manager den Richtlinien der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) unterliegen. Dort sind strenge Kriterien für die Verwendung des Begriffs „nachhaltig" in Fondsnamen geplant, die einen Mindestprozentsatz an „ESG"- und „nachhaltigen" Investments festlegen.

Neben der Regulierung haben das CFA Institute, die Global Sustainable Investment Alliance (GSIA) und die Principles for Responsible Investment (PRI) auch einheitliche Definitionen für fünf weit verbreitete Begriffe des verantwortungsvollen Investments festgelegt, um die Vermittlung zu verbessern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer klaren Unterscheidung der Ziele von Ansätzen, einschließlich ESG-Integration, Impact Investing und Screening.

Wir gehen davon aus, dass Unternehmen, die in Sachen ESG eine echte Vorreiterrolle einnehmen, sich zunehmend von der Konkurrenz abheben und einen Mehrwert haben werden, da die Regularien strenger werden und das Management von ESG-Aspekten zu einem Schlüsselkriterium für finanzielle Entscheidungsträger wird.

Im Gegensatz dazu könnten Institute, die nur Lippenbekenntnisse zu wesentlichen ESG-Faktoren abgeben, zunehmend mit Reputationsrisiken, sinkender Verbrauchernachfrage oder sogar Rechtsstreitigkeiten konfrontiert werden. Dies geschieht bereits jetzt. Im September 2023 stimmte die Investmentfirma DWS zu, eine Geldstrafe in Höhe von 19 Millionen US-Dollar an die US-Börsenaufsichtsbehörde zu zahlen, u. a. wegen „wesentlich irreführender Aussagen" über ihren ESG-Investmentprozess.

Die Zukunft

Unsere drei Investmentthemen werden den ESG-Investoren 2024 mehr Klarheit verschaffen. Sie bieten auch spannende Möglichkeiten für Anleger, die von der Integration wesentlicher ESG-Faktoren in ihren Investmentprozess ebenso profitieren wollen wie von Investitionen in spezifische Themen, die auf den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ausgerichtet sind.
Autor: www.janushenderson.com


Quelle: © everythingpossible - AdobeStock.com

FNG-Siegel: Advisory Board nimmt Tätigkeit auf

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen, der gemeinnützige Wissenschaftsverein F.I.R.S.T. und das universitäre Spin-Off AIR geben bekannt, dass das Advisory Board des FNG-Siegels – der etablierte Qualitätsstandard für nachhaltige Geldanlagen auf den deutschsprachigen Märkten – im Juli seine Tätigkeit als beratendes Gremium aufgenommen hat.

Dieses Advisory Board wurde im Rahmen der Reorganisation des FNG-Siegels Anfang 2024 eingerichtet. Die Bewerbungsphase für das FNG-Siegel läuft wie gewohnt und auch die Rolle des Komitees bleibt unverändert.
Von Seiten des FNG gehören Marian Klemm (Vorstandsvorsitzender), Verena Menne (Geschäftsführerin) sowie Axel Wilhelm und Christoph Klein (beide Beisitzer des Vorstands) dem Board an. F.I.R.S.T. wird von Prof. Dr. Timo Busch (Vorstand) und Roland Kölsch (Verantwortlicher für Standards & Labels) vertreten. Dr. Simone Wagner (Head of Certifications) und Eric Prüßner (Head of Research) von AIR komplettieren das Gremium.

Funktion des Advisory Boards

Die Aufgaben des Advisory Boards umfassen die Positionierung des Siegels zu aktuellen Rahmenbedingungen, wie den regulatorischen Anforderungen, sowie die Identifikation von Verbesserungspotenzial und damit einhergehenden Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Gütezei-

chens. Auch die Konsultation zur Anpassung der Verfahrensbedingungen, bevor diese vom Komitee des FNG-Siegels freigegeben werden, gehört zu den Themenkomplexen, mit denen sich das Board beschäftigen wird.

Im Rahmen der schon gestarteten Überlegungen, das FNG-Siegel zukunftsfester zu machen, beginnt in Kürze auch ein umfassenderer Stakeholder-Dialog, der anfänglich Rückmeldungen zu verschiedenen Aspekten des Qualitätsstandards einholen wird. Dieser soll zusätzliche Erkenntnisse darüber liefern, wie das FNG-Siegel vor dem Hintergrund der neuerlichen Regulatorik-Dynamik auch in 2025 und darüber hinaus eine relevante Orientierungshilfe bleibt.

Marian Klemm erklärt: „Das FNG-Siegel ist nicht nur ein wichtiges Produkt für das FNG, sondern für den gesamten Markt. Es braucht einen Wegweiser durch den Dschungel der nachhaltigen Finanzprodukte. Ich freue mich, gemeinsam mit F.I.R.S.T. und AIR diese Marke weiterzuentwickeln".

Timo Busch betont insbesondere für die Zeit ab 2025: „Sicherlich erleben wir gerade, dass viele Vorschläge aus Brüssel auf den Tisch gelegt werden. Den Vorstoß der ESAs zu den Produktkategorien erachte ich als sehr zielführend. Allerdings wird es noch einige Zeit dauern, bis die Revision der SFDR abgeschlossen sein wird. Hier sehe ich zwei zentrale Aufgaben für das FNG-Siegel: Einerseits diese Lücke durch eine gute Orientierungshilfe schließen; andererseits, gegeben die neue Regulatorik ist in Kraft, Label bereitzustellen, die auf die neuen regulatorischen Anforderungen abgestimmt sind.

Roland Kölsch kommentiert: „Das FNG-Siegel, das Orientierung über die Qualität der vielen verschiedenen, aus dem Markt entwickelten Anlagestile nachhaltiger Geldanlagen liefert, tut gut daran, sich verstärkt mit den Herausforderungen aufgrund der Regulatorik auseinanderzusetzen. Wir spüren die Notwendigkeit einer entschlackenden Frischzellenkur im jetzigen Siegel und eruieren darüber hinaus weitere, sich im Zusammenspiel mit der Regulatorik ergebende Marktbedürfnisse. Deshalb befragen wir die Stakeholder des Gütezeichens".

Eine Vielzahl an Akteuren machen das FNG-Siegel aus

Eine Vielzahl an Akteuren machen das FNG-Siegel und dessen Glaubwürdigkeit aus: Die wissenschaftliche Leitung liegt bei Prof. Dr. Timo Busch vom gemeinnützigen Wissenschaftsverein F.I.R.S.T. Die Advanced Impact Research GmbH führt als universitäres Spin-Off die Prüf- und Bewertungsarbeiten durch und ist für die Weiterentwicklung der Methodik mitverantwortlich. Neben dem Advisory Board nimmt das FNG-Siegel-Komitee eine beratende und zusätzlich überwachende Funktion ein. Das Komitee repräsentiert verschiedene Anspruchsgruppen wie z.B. Verbraucherschutz, Wissenschaft und NGOs aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.


Quelle: © M+ Isolation+Photo - AdobeStock.com

Das FNG-Siegel ist der SRI-Qualitätsstandard im deutschsprachigen Raum

Das FNG-Siegel ist der SRI-Qualitätsstandard und eines der bekanntesten und am weitesten verbreiteten Qualitätssiegel im deutschsprachigen Raum. Es sorgt seit 2015 für eine inzwischen etablierte Auswahlhilfe für Anlegende, die nach soliden, professionell verwalteten und glaubwürdigen Nachhaltigen Geldanlagen suchen.

Die ganzheitliche Methodik des Gütezeichens basiert auf einem Mindeststandard. Dazu zählen Transparenzkriterien und die Berücksichtigung von Arbeits- & Menschenrechten, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Auch müssen alle Unternehmen des jeweiligen Fonds komplett auf Nachhaltigkeits-Kriterien hin analysiert werden. Tabu (in der Regel mit einer 5 Prozent Umsatztoleranz) sind Investitionen in Atomkraft, Kohlebergbau, Kohleverstromung, Fracking, Ölsande, Tabak, sowie Waffen & Rüstung. Fonds, die eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen, können sich darüber hinaus mit bis zu drei Sternen auszeichnen lassen. Die damit einhergehende, externe und unabhängige Zertifizierung muss jährlich erneuert werden.

Das FNG-Siegel hat das FNG gemeinsam mit Finanzfachleuten und Akteuren der Zivilgesellschaft in einem dreijährigen Austausch erarbeitet. Der Qualitätsstandard für nachhaltige Anlageprodukte wird stetig an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst.
Autor: www.forum-ng.org

Triodos Impact Check – Nachhaltiges Investieren auf dem Weg zum Normalzustand

Kommentar von **Joeri de Wilde**,
Investmentstratege bei Triodos Investment Management

Nachhaltiges Investieren entwickelt sich immer mehr vom Hype zum Mainstream. Dazu gehört auch eine Normalisierung der Aktienmarktbewertungen und Fondsströme. Diese Tatsache ist kein besorgniserregender Rückschritt, sondern vielmehr die nächste Stufe auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

Ende 2021 war Nachhaltigkeit noch der Hype auf dem Börsenparkett, was sich in den enormen Zuflüssen in nachhaltige Investmentfonds und den stark überhöhten Aktienkursen – von z. B. nachhaltigen Energie-Unternehmen – widerspiegelte. Doch die Begeisterung der Anleger verflog, es folgten erhebliche Abflüsse in 2023 und ähnliches galt für die Entwicklung an der Börse. So schnitten zwei von der Société Générale zusammengestellte Indizes, die von der globalen Energiewende und dem europäischen Green Deal profitieren sollten, seit Anfang 2023 schlechter ab als ihre jeweiligen Benchmarks.

Was passiert nach dem Hype? Von der Kindheit zum Erwachsensein

Diese Veränderung begann, mit dem Aufkommen von ChatGPT, das den KI-Hype unter den Anlegern einleitete und das Thema Nachhaltigkeit in den Hintergrund rückte. Auch der politische „Rechtsruck" schürte bei den Anlegern Verunsicherung. Tatsächlich ist der Green New Deal Index der Société Générale nach dem Sieg der radikalen Rechten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament stark gefallen. Auch zogen Anleger im aktuellen Superwahljahr erstmals über einen längeren Zeitraum Geld aus ESG-Aktienfonds ab – was die Gerüchte über den Niedergang dieser befeuerte. Wir denken, dass dies die falsche Interpretation der jüngsten Entwicklungen ist:

Versiegen die Zuflüsse vollständig, oder kommt es einfach zu einer Normalisierung der Bewertungen und Geldströme, nach der das Wachstum weitergehen kann? Betrachtet man die Fakten, so scheint das Zweite zuzutreffen: Die jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten spiegeln die Entwicklung wider, die viele nachhaltige Branchen durchliefen. Vor fünf Jahren beispielsweise, steckte die globale grüne Energiebranche noch in den Kinderschuhen. Infolgedessen waren die Wachstumserwartungen enorm und rechtfertigten höhere Kurs-Gewinn-Verhältnisse.

Auch sind die Gesetze und Vorschriften in den letzten Jahren erheblich verschärft worden. Die EU-Berichtspflichten im Rahmen der Verordnung über die Offenlegung nachhaltiger Finanzprodukte (SFDR) haben das Greenwashing erheblich erschwert, und die jüngsten Vorschriften über die Benennung von Fonds werden dies weiter tun. Diese Entwicklungen haben zwar dazu geführt, dass die Gesamtsumme der „nachhaltigen" Fonds zurückgegangen ist, doch sollte dies eher als ein Schritt nach vorne betrachtet werden. Die Zeit des Wildwuchses an Fonds mit zweifelhaftem Nachhaltigkeitsanspruch neigt sich dem Ende zu.


Quelle: © Minerva Studio - Foltolia.com

Trotz des Aussterbens des Börsenhypes wächst das gesellschaftliche Bewusstsein, dass der nachhaltige Wandel unausweichlich ist. Dies zeigt sich am zunehmenden Interesse institutioneller Anleger – wie Pensionsfonds und Universitäten – an nachhaltigen Investitionen. Die damit verbundenen Mandate sind in den Daten zu den Fondsströmen nicht enthalten, aber sie deuten darauf hin, dass sich in der Gesellschaft ein Strukturwandel vollzieht.

Die Normalisierung des nachhaltigen Investierens geht schrittweise voran. Die derzeitige Phase rückläufiger Cashflows und niedrigerer Börsenbewertungen wird von einem breiteren gesellschaftlichen Bewusstsein begleitet, dass Nachhaltigkeitsrisiken wesentlich sind und der Übergang wirklich unvermeidbar ist. Die Tatsache, dass wir über den Hype hinaus sind und die nächste Phase erreicht haben, ist keine schlechte Nachricht und bedeutet vielmehr, dass nachhaltiges Investieren dem neuen Normalzustand einen Schritt näher gekommen ist.
Autor: www.triodos-im.com

Güterwagen als Vorreiter der Kreislaufwirtschaft in der Logistikbranche


Quelle: © Hendrik Lüders

Interview mit **André Wreth**,
Geschäftsführer, Solvium Capital Vertriebs GmbH

FBM: Herr Wreth, welche Bedeutung hat der Schienengüterverkehr für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele?

André Wreth: Der Schienengüterverkehr spielt eine zentrale Rolle für die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen, insbesondere im Bereich Klimaschutz und Reduktion von Treibhausgasemissionen. Im Vergleich zum Transport auf der Straße entstehen beim Schienentransport durchschnittlich 80 % weniger CO_2-Emissionen. Durch eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene lässt sich somit ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, den Marktanteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf 25 % zu steigern, um die nationalen und europäischen Klimaschutzziele zu erreichen.
Neben der direkten Emissionsreduktion trägt der Schienengüterverkehr auch durch die Entlastung der Straßeninfrastruktur und die Verringerung von Staus und Unfällen zu mehr Nachhaltigkeit bei. Zudem ermöglicht er den effizienten Transport großer Gütermengen über weite Strecken und stärkt somit die Wettbewerbsfähigkeit einer klimafreundlichen Logistik.
Insgesamt ist der Ausbau des Schienengüterverkehrs ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Transformation des Transportsektors. Durch die Verlagerung von Gütertransporten auf die energieeffiziente und emissionsarme Schiene können die Klimaziele erreicht und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden.

FBM: Warum sind Güterwagen ein anschauliches Beispiel für die Kreislaufwirtschaft?

André Wreth: Güterwagen zeigen, wie durch langlebige Konstruktion, Reparaturfähigkeit und Wiederverwertung von Komponenten ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen gelingen kann. Ein entscheidender Faktor ist die robuste und langlebige Bauweise von Güterwagen. Viele Waggons sind für eine Nutzungsdauer von mehreren Jahrzehnten ausgelegt. Durch regelmäßige Wartung und Instandhaltung können sie über einen langen Zeitraum zuverlässig im Einsatz bleiben, ohne dass eine Neuanschaffung nötig wird. Das spart wertvolle Ressourcen und reduziert den ökologischen Fußabdruck. Zudem sind Güterwagen so konzipiert, dass sie repariert und einzelne Komponenten bei Bedarf ausgetauscht werden können. Verschleißteile wie Bremsen, Räder oder Kupplungen lassen sich bei Abnutzung erneuern, ohne gleich den ganzen Waggon ersetzen zu müssen. Diese Reparaturfähigkeit trägt ebenfalls zu einer längeren Nutzungsdauer und einem schonenden Umgang mit Materialien bei.
Am Ende ihrer Einsatzzeit können ausgediente Güterwagen dank ihrer hochwertigen Stahlbauweise effektiv recycelt werden. Viele Bauteile lassen sich als Ersatzteile für andere Waggons weiterverwenden oder dienen als wertvoller Sekundärrohstoff für die Produktion neuer Güter. So schließt sich der Kreislauf, und die eingesetzten Ressourcen bleiben erhalten.
Güterwagen veranschaulichen somit perfekt die Grundprinzipien der Circular Economy: Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit. Sie zeigen, dass Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg in der Logistik keinen Widerspruch darstellen müssen, sondern Hand in Hand gehen können. Investitionen in hochwertige, kreislauffähige Transportmittel zahlen sich langfristig aus – ökonomisch wie ökologisch.

Bei Erneuerbaren Energien stehen alle Zeichen auf kräftiges Wachstum

Der Staat fördert neue Anlagen, die Kosten sinken, die Bedingungen für Investitionen verbessern sich. „Für die Politik bleibt im neuen Jahr aber noch viel zu tun“, erklärt Markus W. Voigt, CEO der aream Group. Das Solarpaket müsse kommen und der dringend notwendige Speicherausbau brauche klare Regeln.


Quelle: © adrian_ilie825 - AdobeStock.com

Der Ausbau der Windenergie in Deutschland hinkt hinter den gesetzten Zielen deutlich hinterher, bei der Photovoltaik hingegen werden die Plangrößen um mehr als 40 Prozent übertroffen. „Der Ausbau wird sich im neuen Jahr nochmals beschleunigen, gerade in Deutschland ist mit positiven Schritten zu rechnen“, prognostiziert Voigt. Allerdings müssten die staatlichen Ausbaupakete vollständig kommen, fordert er, auch bei der Photovoltaik. Das Gesetz, das weitere Marktbarrieren für den Ausbau von Solarstromanlagen beseitigt, soll erst 2024 abschließend vom Bundestag beschlossen werden.

Günstig für die Energiewende: Die Kosten für Komponenten wie Module, Wechselrichter und Batterien sinken voraussichtlich weiter. „Zudem wird erwartet, dass die Zinsen am langen Ende etwas zurückgehen und Fremdkapital wieder günstiger wird“, so Voigt. Dies werde Leverage erneut attraktiver machen und den Eigenkapitaleinsatz vermindern. Der Personalengpass, der bislang den Ausbau noch hemme, scheine sich etwas zu entspannen. „Durch die Baukrise ist am Bau wenig los, wodurch mehr Personal beispielsweise für die Errichtung von PV-Anlagen zur Verfügung steht“, erklärt Voigt. Dies nutze bei der Photovoltaik allerdings mehr als bei der Windkraft.

Eine deutliche Verbesserung des Marktumfelds bringt 2024 auch die Übertragung der EU-Strommarktreform auf Deutschland. Ein wesentliches Element der Reform sind Contracts for Difference, bei denen Regierungen den Stromerzeugern langfristige Mindestpreise garantieren im Gegenzug für neue Investitionen in Erneuerbare Energien. Fällt der Marktpreis unter den vereinbarten Mindestpreis, zahlt der Staat die Differenz. „Damit wird eine entscheidende Grundlage für zusätzliche Investitionstätigkeit gesetzt“, so Voigt. „Nicht nur in Deutschland, sondern grundsätzlich in allen Ländern der EU.“

Damit die Erneuerbaren ihr volles Potenzial entfalten können, müssen allerdings die Übertragungsnetze ertüchtigt und vor allem die Speicherkapazitäten erweitert werden. „Was hier bislang noch fehlt“, kritisiert Voigt, „ist die Integration der Speicher in die Ausbaustrategie mit klaren Regeln und gesetzlichen Grundlagen.“ Hier müsse stärker priorisiert werden. Als saisonaler Speicher spiele Wasserstoff mittel- bis langfristig eine sehr wichtige Rolle, so Voigt. „Die Entwicklung bei grünem Wasserstoff dürfte mit erhöhter Geschwindigkeit weitergehen.“ Mehr Aufmerksamkeit – das zeigte bereits die vergangene UN-Klimakonferenz – erhalten auch Dekarbonisierungstechnologien wie CO2-Abscheidung. „Ein Nebeneffekt der Dekarbonisierungsstrategie ist, dass die Atomkraft wieder vermehrt Zuspruch erhält“, sagt Voigt. Dies könne sehr schnell zu unerwünschten Effekten führen: Strompreiserhöhungen durch Verzögerungen, Kostenexplosionen, Streit um Subventionen, Kühlung und Wartung sind vorprogrammiert. „Als Strompreistreiber wird die Atomkraft damit für die Erzeuger Erneuerbarer Energien sogar eine Chance für erhöhten Umsatz und bessere Rentabilität bieten.“


Quelle: © teddyh - AdobeStock.com

Autor: www.aream.de

Commerz Real: Private Investitionen müssen bei Energiewende tragende Rolle spielen

CEO Henning Koch: „Investitionspotenzial deutscher Privatanleger ist gewaltig" – Sachwerte-Fonds als elementare Ergänzung zu staatlichen Investitionen in nachhaltige Infrastruktur.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur rechtlichen Grundlage des Klima- und Transformationsfonds steht die deutsche Energiewende vor einer Finanzierungslücke von 60 Milliarden Euro. Die Richter hatten geurteilt, dass ursprüngliche Corona-Hilfsgelder nicht wie von der Bundesregierung geplant für Klimaschutz und die Entwicklung einer CO_2-neutralen Wirtschaft eingesetzt werden dürfen.

Die haushaltspolitische Situation zeigt einmal mehr, dass für die Klimaziele des Europäischen Green Deal erhebliche Investitionen auch von privater Seite notwendig sind. Hier können Sachwerte-Fonds eine tragende Rolle spielen.

Henning Koch, Vorstandsvorsitzender bei der Commerz Real: „Mit Investments in Wind- und Solarparks können Anleger von den Chancen der Energiewende partizipieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Die Erträge erwirtschaften solche Fonds aus dem Verkauf des erzeugten Stroms. Neue Anlegergelder ermöglichen dem Fondsmanagement die Errichtung oder den Erwerb weiterer Parks."

Staatliche Subventionen spielen dabei heute in der Regel keine Rolle mehr: Der Ökostrom wird entweder zum Marktpreis über die Strombörse vertrieben oder über langfristige Abnahmeverträge mit großen Firmen. Die Nachfrage auf Anlegerseite ist da: Allein der „Klimavest" der Commerz Real hat seit Ende 2020 mehr als 1,3 Milliarden Euro von vermögenden Privatanlegern eingesammelt und ein Portfolio von mehr als 40 Wind- und Solarparks aufgebaut.

„Das Investitionspotenzial der deutschen Privatanleger ist gewaltig", sagt Koch. Sachwertefonds seien daher eine elementare Ergänzung zu staatlichen Investitionen in die Energiewende. Branchenverbände fordern schon lange, dass auch offene Immobilienfonds (OIF) in Erneuerbare-Energien-Anlagen investieren dürfen. Diese Forderung unterstreicht auch Henning Koch: „Als weit verbreitetes Sparprodukt mit einem Gesamtvolumen von mehr als 130 Milliarden Euro können die deutschen offenen Immobilienfonds substanziell zur Finanzierung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren beitragen."

Die dafür notwendigen Gesetzesänderungen waren ursprünglich für das im November verabschiedete Zukunftsfinanzierungsgesetz geplant gewesen, wurden aber zunächst verschoben. So sind diversifizierte Investitionen in Energieinfrastruktur für Privatanleger in Deutschland vorerst weiterhin nur über spezielle Anlagevehikel wie Europäische Langfristige Investmentfonds (ELTIF), zu denen auch der „Klimavest" zählt, oder das offene Infrastruktur-Sondervermögen möglich. Die Commerz Real verwaltet mit dem Hausinvest einen der größten offenen Immobilienfonds in Deutschland mit einem Volumen von mehr als 17 Milliarden Euro.
Autor: www.commerzreal.com



Quelle: © MP Studio - AdobeStock.com

HEP erhält ESG Transformation Award 2024

Die hep global GmbH, der baden-württembergische Spezialist für Solarparks und Solarinvestments, wurde mit dem ESG Transformation Award 2024 ausgezeichnet. In der Kategorie „Impact Investing" belegte hep den 2. Platz und wurde damit für den Fonds „HEP – Solar Green Energy Impact Fund 1 GmbH & Co. geschlossene Investment KG" sowie für ihr ESG-Konzept geehrt.

Mit dem „HEP – Solar Green Energy Impact Fund 1" – dem ersten offiziellen Klimaschutzfonds – will hep den nachhaltigen Wandel in der Finanzbranche maßgeblich mitgestalten. Der Fonds hat zum Ziel, Produktionskapazitäten zur Erzeugung regenerativer Energie aufzubauen und strebt eine Verringerung der CO2-Emissionen an. „Er dient als Leitfaden für das Ambitionsniveau all unserer Folgeprodukte", sagt Heiko Szczodrowski, CEO der HEP Kapitalverwaltung AG. „So bieten wir nun auch mit unserem exklusiven „HEP – Solar Club Deal 1" (HEP Solar Club Deal 1 GmbH & Co. geschlossene Investment KG) vermögenden Privatpersonen, die sich als semiprofessionelle Anleger qualifizieren, Beteiligungsmöglichkeiten ähnlich wie für institutionelle Investoren. Wir freuen uns, dass unser Engagement durch den unabhängigen ESG Transformation Award gewürdigt wird."

Breites Portfolio an nachhaltigen Lösungen

Als Projektentwickler und Finanzierer von Solarparks bildet hep die gesamte Wertschöpfungskette ab – von der Flächenauswahl und -entwicklung über die Auswahl der Komponenten bis zur Überprüfung der Langlebigkeit und der Recyclingfähigkeit am Ende ihrer Lebensdauer bezieht hep alle Nachhaltigkeitsaspekte der EU-Taxonomie-Verordnung mit ein. Dank dieses einzigartigen Geschäftsmodell schafft hep Wirkung auf zwei Ebenen: Einerseits durch die Errichtung von Solarparks als regenerative Energiequelle und andererseits durch die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten entlang der Lieferkette seiner Solarparkkomponenten. „Durch unsere sorgfältigen Lieferanten-Auswahlprozesse berücksichtigen wir Umwelt- und Menschenrechtsstandards bei unseren unmittelbaren Zulieferern, und setzen uns dafür ein, diese auch in weiter davor liegende Wertschöpfungsstufen zu integrieren", sagt Dr. Julian Hochscherf, ESG-Manager bei hep.

Darüber hinaus entwickelt hep Konzepte, um für einen zusätzlichen Nutzen der Solarparks zu sorgen. Der Biodiversitätsansatz zielt beispielsweise darauf ab, Eingriffe in Ökosysteme so zu gestalten, dass neben dem Hauptzweck – dem Bau einer Photovoltaikanlage zur Erzeugung grüner Energie – auch die ursprüngliche Funktion der Fläche unterstützt und ihr Erhalt bei der Entwicklungstätigkeit berücksichtigt wird. Darüber hinaus hilft die hep-Gruppe mit ihren Solarprodukten anderen Unternehmen dabei, energiebezogene Emissionen zu reduzieren, und bietet individuelle Ansätze, die zielgenau auf die Anforderungen des Energieverbrauchs des Kunden zugeschnitten sind. Diese maßgeschneiderten Lösungen tragen dazu bei, die Nachhaltigkeitsziele der Unternehmen kosteneffizient zu erreichen und gleichzeitig den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise zu beschleunigen.

ESG Transformation Award

Der ESG Transformation Award wurde 2024 zum zweiten Mal verliehen und zeichnet besondere Nachhaltigkeitsinitiativen in der Finanzindustrie aus. Eine vierköpfige, unabhängige Jury – unter anderem besetzt mit Silke Stremlau, Vorsitzende des Sustainable Finance Beirats der Bundesregierung, Lanna Idriss, Vorstandsmitglied der SOS-Kinderdörfer, und Prof. Christian Klein, Lehrstuhl für Nachhaltige Finanzwirtschaft, Universität Kassel, – würdigt Initiativen im Bereich Umwelt (Environmental), Soziales (Social) und guter Unternehmensführung (Governance) und bewertet diese auf Basis wissenschaftlicher Indikatoren. Weitere Preisträger 2024 waren die Landesbank Baden-Württemberg, der Finanzdienstleistungskonzern SEB und die Zurich Versicherung.

HEP – Solar Green Energy Impact Fund 1

hep bietet deutschen Investoren die Möglichkeit, direkt in Klimaschutzfonds zu investieren. Neben individuell zugeschnittenen Lösungen für Großinvestoren ermöglicht hep institutionellen und privaten Anlegern auch Investitionen in die größten Solarmärkte der Welt: USA, Japan, Deutschland, Kanada und Polen. Der aktuelle hep-Investmentfonds ist gemäß Artikel 9 der EU-Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (Sustainable Finance Disclosure Regulation) klassifiziert, und seine wirtschaftlichen Aktivitäten stehen im Einklang mit den Anforderungen der Taxonomie-Verordnung.
Autor: www.hep.global

Impact Investing mit reconcept: Hamburger Energieexperte legt neuen Green Bond auf

Die reconcept GmbH, Asset Manager und Projektentwickler Erneuerbarer Energien, begibt mit dem reconcept Green Bond III (ISIN: DE000A382897/ WKN: A38289) eine neue depotfähige Unternehmensanleihe. Das grüne Wertpapier mit einem Emissionsvolumen von bis zu 20 Mio. Euro bietet über die Laufzeit von sechs Jahren einen Zinssatz von 6,75 % p.a., der halbjährlich ausgezahlt wird.

Das Angebot richtet sich insbesondere an Anleger, die einen Impact-Investment-Ansatz verfolgen und vom anhaltenden Wachstum der Erneuerbaren Energien profitieren möchten. So soll der Emissionserlös des reconcept Green Bond III in die Finanzierung und Refinanzierung des Geschäftsbetriebs im Erneuerbare-Energien-Bereich sowie in den Ausbau der reconcept Gruppe fließen. Im Fokus stehen dabei vor allem der Ausbau der Photovoltaikprojekte (Solarparks in der Freifläche und gewerbliche Aufdachphotovoltaik) und Windenergieprojekte in Deutschland sowie „Greenfield"-Projekte im Photovoltaik- und Windenergiebereich in Nordamerika. Darüber hinaus soll auch die Projektpipeline in Finnland weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Karsten Reetz, geschäftsführender Gesellschafter der reconcept GmbH: „Erneuerbare Energien bleiben ein Wachstumsmarkt und der Trend zur Green Economy ist unaufhaltsam. Wir wollen als Unternehmen unser Wachstum fortsetzen und dazu unsere Projektentwicklung ausbauen – nachhaltig und zielgerichtet. Unsere Projektpipeline ist mit einer geplanten Leistung von rund 3.900 MW gut gefüllt. Gleichzeitig arbeiten wir derzeit an innovativen Hybrid-Lösungen. Bestehende Windparks können entweder durch zusätzliche Technologien wie Solar, Batterie oder Elektrolyseur nachträglich erweitert werden oder Hybridparks werden von Anfang an als eine Einheit geplant und gebaut."
Autor: www.reconcept.de

ÖKORENTA Gruppe meldet Unternehmensrekord

Zum Start in ihr Jubiläumsjahr kann die ÖKORENTA Gruppe einen Unternehmensrekord vermelden: Die Höhe der geleisteten Auszahlungen an die Anleger der ÖKORENTA Fonds stellt mit über 40 Mio. € eine neue Bestmarke dar. Das kumulierte Auszahlungsvolumen aller ÖKORENTA Fonds stieg damit zum Jahresende 2023 auf 178,1 Mio. € (weitere Auszahlungen folgen bereits nun im Januar). Mit mehr als 50 Mio. € platziertem Eigenkapital hat das Unternehmen 2023 zudem das zweitbeste Vertriebsjahr der Unternehmensgeschichte vorzuweisen.

Erzielt wurde das hervorragende Platzierungsergebnis mit den Publikums-AIF ÖKORENTA Erneuerbare Energien 14 und dem Spezial-AIF ÖKORENTA ÖKOstabil 15. Rund 41 Mio. € entfallen auf den Publikumsfonds, der zum 31.12.2023 deutlich überzeichnet mit einem Gesamtvolumen von rund 56 Mio. € geschlossen wurde.

Die Gründe für den Vertriebserfolg liegen in der hohen Akzeptanz, die das Thema Erneuerbare Energien inzwischen bei Anlegern genießt – in Verbindung mit der starken Performance der ÖKORENTA Bestandsfonds. „Die zuverlässigen und zum Teil wiederholt über Plan liegenden Auszahlungen unserer Fonds haben den Vertrieb als schlagkräftige Argumente enorm unterstützt. Das werten wir insbesondere vor dem Hintergrund der allgemein schwierigen und von zahlreichen Unsicherheiten geprägten Rahmenbedingungen als deutliche Bestätigung unserer Strategie und als Signal in den Markt", so Jörg Busboom, geschäftsführender Gesellschafter der ÖKORENTA Invest GmbH.

Auch investitionsseitig hat das Haus für 2023 eine gute Leistung vorzuweisen. In die Portfolios der Fonds konnten Wind- und Solarparks im Wert von insgesamt 105 Mio. € angekauft werden. Für 2024 und die im Jubiläumsjahr anstehenden neuen Fonds ist die Projektpipeline weiterhin gut gefüllt.
Autor: www.oekorenta.de

BVT startet Fonds mit Investitionsfokus auf erneuerbare Energien und nachhaltige Energieprojekte

Die BVT Unternehmensgruppe, München, erweitert ihr Beteiligungsangebot um den BVT Sustainable Energy Fund SCS SICAF-RAIF ("BVT Sustainable Energy Fund"), der von der VP Fund Solutions Luxembourg S.A. („VP") verwaltet wird. Die Anlageberatung erfolgt über die derigo GmbH & Co. KG ("derigo") als Kapitalverwaltungsgesellschaft der BVT. Der geschlossene EU-AIF investiert in Erneuerbare Energien und nachhaltige Energieprojekte und ermöglicht seinen Anlegern, Projekte zu finanzieren, die die Energiewende in Europa vorantreiben. Hierfür folgt der Fonds den Offenlegungsvorgaben des Artikel 9 der Sustainable Finance Disclosure Regulation ("SFDR" oder "Offenlegungsverordnung"). Der BVT Sustainable Energy Fund richtet sich an sogenannte sachkundige Anleger im Sinne des Luxemburger Rechts bzw. an professionelle und semiprofessionelle Anleger nach dem Kapitalanlagegesetzbuch ("KAGB"). Die Mindestbeteiligung beträgt 2 Millionen Euro. Angestrebt wird ein Fondseigenkapital von 200 Millionen Euro.

Innovative Technologien für regenerative Energien und Infrastruktur beinhalten erhebliches Wertschöpfungspotenzial – dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund eines umfassenden weltweiten ökologischen Wandels. Der BVT Sustainable Energy Fund investiert in Infrastruktur zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, zur Speicherung von Energie und zur Einsparung von Energie. Damit verfolgt der Fonds nachhaltige Investitionen, die zur Erreichung eines Umweltziels gemäß Artikel 2 Absatz 17 der Verordnung (EU) 2019/2088 („SFDR"


Quelle: © tippapatt - AdobeStock.com

oder „Offenlegungsverordnung") beitragen. Der Fonds folgt den Offenlegungsvorgaben des Artikel 9 der SFDR. Informationen zur ESG-Performance des Fondsportfolios werden den Anlegern regelmäßig im Rahmen der periodischen Berichterstattung gemäß SFDR offengelegt.


Quelle: © kittipoj - AdobeStock.com

Die Investitionsstrategie des BVT Sustainable Energy Fund strebt eine ausgewogene Allokation auf vielversprechende Sektoren im Energiebereich an. Hierzu zählen insbesondere Windenergie und Photovoltaik, ergänzt um Batteriespeicher sowie Effizienzprojekte in Gewerbe und Industrie mit etablierten Partnern. Der Investitionsfokus liegt auf Mehrheitsbeteiligungen an fertig entwickelten Projekten, ergänzt durch "late stage" Entwicklungsprojekte, in der EU, in Norwegen und im Vereinigten Königreich im Rahmen einer Buy-and-Hold-Strategie über die Fondslaufzeit (12 Jahre plus Verlängerungsoption). So hat sich der BVT Sustainable Energy Fund bereits eine Beteiligungsoption an einem deutschen Windpark und eine Pipeline an möglichen Investitionen in Energieeffizienzprojekte gesichert. Die Mindestbeteiligung beträgt 2 Millionen Euro. Angestrebt wird ein Fondseigenkapital von 200 Millionen Euro. Die Renditeprognose liegt bei 7 bis 9 Prozent IRR1 (nach Kosten und Steuern auf Fondsebene).
Autor: www.bvt.de

EURAMCO: BREEAM Zertifizierung für mehrere Fondsimmobilien in Wien

Der Asset- und Fondsmanager EURAMCO erhält für die Wiener Gebäude aus dem Portfolio des Beteiligungsangebotes „SachsenFonds Österreich 5“ eine Zertifizierung nach dem Qualitätsstandard „BREEAM AT Bestand“, nachdem bereits im Jahr 2022 Objekte aus den „SachsenFonds Österreich 3 und 4“ für ihre Nachhaltigkeit ausgezeichnet worden waren.

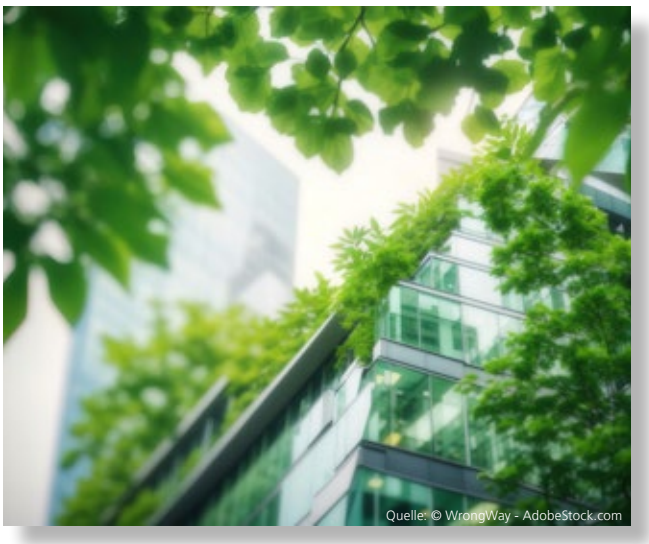
Die EURAMCO (damals noch SachsenFonds) hatte den Gebäudekomplex im Wiener Teilmarkt Hauptbahnhof / Belvedere für den „SachsenFonds Österreich 5“ erworben. In den knapp 20 Jahren seither haben die Immobilienspezialisten der EURAMCO kontinuierlich an der Erhaltung und Weiterentwicklung der Büro-Immobilien gearbeitet. Diese dauerhaften Anstrengungen tragen nun reiche Früchte:

Das Gebäude „Quellenstraße 51 – 55“ wurde mit dem Prädikat „Exzellent“ ausgezeichnet, besonders positiv wurden die Kriterien „Gesundheit und Wohlbefinden“, „Transport“, „Materialien“ und „Widerstandsfähigkeit“ bewertet.

Das Gebäude „Buchengasse 10 – 15“ erhielt das Prädikat „Sehr gut“. Hier stechen besonders die Kriterien „Energie“ sowie ebenfalls „Transport“, „Materialien“ und „Widerstandsfähigkeit“ hervor.



Quelle: © Sikov - AdobeStock.com



Quelle: © WrongWay - AdobeStock.com

Bereits ein Jahr zuvor waren die beiden Gebäudeteile des Objektes „BigBiz“ aus dem Portfolio der Beteiligungsangebote „SachsenFonds Österreich 3“ und „SachsenFonds Österreich 4“ ebenfalls nach „BREEAM AT Bestand“ zertifiziert worden. Beide Immobilien erhielten das Prädikat „Sehr gut“.

Das Bewertungssystem BREEAM kommt seit 1990 zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Immobilien zum Einsatz. Für die Anleger dieser drei Fonds sind die Auszeichnungen gute Perspektiven für den Werterhalt dieser Investments: Bereits seit einigen Jahren und ganz besonders in den aktuell unruhigeren Märkten konzentriert sich die Nachfrage von Mietern und Immobilienkäufern auf Gebäude mit guten Umwelteigenschaften, wie sie in dieser überdurchschnittlichen Zertifizierung zum Ausdruck kommen.

EURAMCO-Geschäftsführer Jürgen Göbel sieht durch die Auszeichnungen die Strategie seines Unternehmens bestätigt: „Wir schaffen für unsere Investoren eine langfristig stabile Basis und die Möglichkeit zusätzlicher Wertsteigerungen durch unser nachhaltiges und konsequentes Immobilienmanagement. Die kontinuierliche Ausrichtung von Bestandsimmobilien auf die Bedürfnisse der Marktteilnehmer ist kein Sprint, sondern ein Marathon, in dem das Team unserer Immobilienspezialisten seine Fach- und Marktkenntnisse immer wieder unter Beweis stellen kann.“
Autor: www.euramco-asset.de

Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen wird künftig für Renditen von Wohnimmobilieninvestitionen genauso wichtig wie das Zinsniveau

Die Beschleunigung des Klimawandels erhöht den Druck auf Wohnimmobilieninvestoren, grundlegende Strategien zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in ihre Portfolios zu integrieren, wenn sie das Risiko einer Wertstagnation und des Verlusts von Vermögenswerten vermeiden wollen. So lautet das Fazit des aktuellen Catella European Residential Vision Report 2024.

Wenn Immobilienportfolios im Zuge der Anpassung an den Klimawandel umstrukturiert werden, wird die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen ein ebenso bestimmender Faktor für die erzielbaren Renditen wie das Zinsniveau. Anders als die Finanzierungskosten können die Kosten für Nachhaltigkeitsmaßnahmen allerdings zielgenau gesteuert werden.

Die Bewertung von Wohnimmobilienportfolios wird zunehmend einer doppelten "Epsilon"-Struktur entsprechen. Diese folgt in einem ersten Schritt dem Dekarbonisierungspfad. Immobilien, die den höchsten Dekarbonisierungskriterien entsprechen, werden mit einem Nachhaltigkeitsaufschlag („Green Premium“) aufgewertet, Objekte, die in ihrem aktuellen Zustand nicht nachhaltig sind, werden mit einem Nachhaltigkeitsabschlag abgewertet („Brown Discount“). In einem zweiten Schritt erfolgt die Bewertung von Wohnimmobilien gemäß ihrer Anpassungsfähigkeit. Diese Anpassungsfähigkeit ergibt sich zum einen aus der Lage, denn einige Standorte sind aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten, ihrer politischen Systeme oder ihrer Energieverbrauchsmuster anpassungsfähiger als andere. Zum anderen ergibt sich die Anpassungsfähigkeit aus dem Asset selbst, da bestimmte Immobilien über ihre eigene aktuelle Nutzungsart hinaus anpassungsfähiger sind, weil sie zu sehr geringen Kosten und CO2-Verbräuchen wiederverwendet werden können. Für die Bewertung von Wohnimmobilien bedeutet dies, dass Immobilien mit geringem Anpassungsrisiko mit einem Wertaufschlag („Adaption Premium“) und Immobilien mit einem hohen Anpassungsrisiko mit einen Wertabschlag („Adaption Discount“) belegt werden. In Summe führt dieser doppelte Bewertungspfad zu einer neuen Hierarchie, die sich an der relativen Widerstandsfähigkeit der Vermögenswerte gegenüber den wachsenden physischen Risiken des Klimawandels orientiert

Xavier Jongen, Geschäftsführer von Catella European Residential Investment, sagt: "Wohnimmobilien verursachen rund ein Drittel der gesamten globalen Treibhausgasemissionen und stehen im Zentrum der beiden Herausforderungen Klimawandel und soziale Ungleichheit. Ein Großteil der Investoren hat jedoch noch nicht realisiert, dass die Integration der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen für Wohnimmobilien in ihren Anlagestrategien für die Erwirtschaftung künftiger Renditen ebenso wichtig ist wie das Zinsniveau. Eine Verzögerung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und der Einführung einer passenden Finanzierungsstrategie führt dazu, dass sich Fehlbewertungen in den Portfolios häufen, während sich die globale Erwärmung beschleunigt. Die gute Nachricht ist, dass die klimainduzierten Kosten nachvollziehbar kalkulierbar und somit auch kontrollierbar sind.

Eine Klimaschutzstrategie umfasst die Bepreisung der Dekarbonisierungskosten von Immobilien im Portfolio, um die immer strengeren Nachhaltigkeitsvorschriften und das Zwischenziel des Green Deal der EU zu erfüllen, bis 2030 eine Emissionsreduzierung von 55 % auf dem Weg zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft bis 2050 zu erreichen. Die Reduzierung von CO2, z. B. durch den Einsatz von Photovoltaikpanelen, ist die kostengünstigste Nachhaltigkeitsstrategie, da sie von einem Substitutionseffekt profitiert und keine zusätzlichen Kosten verursachen sollte. Die CO2-Reduzierung hat einen Multiplikatoreffekt auf alle anderen Klimakosten, denn je früher Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden und die Wirtschaft umweltfreundlicher gestaltet wird, umso weniger Kosten fallen für die Anpassung an den Klimawandel, für die Beseitigung von Schäden durch den Klimawandel und für die finalen Aufräumarbeiten an.

Bei der Klimaanpassung geht es um die Anpassung natürlicher oder menschlicher Systeme, um die Verwundbarkeit sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Güter gegenüber den Auswirkungen der globalen Erderwärmung zu verringern.

Dazu gehört zum Beispiel die Umgestaltung von Häusern, um sie weniger anfällig für Überschwemmungen und hohe Sommertemperaturen zu machen. Auch die Verlagerung von Unternehmen oder Wohnungen oder sogar ganzer Städte können Teil einer Klimaanpassungsstrategie sein. Bei einem globalen Temperaturanstieg von 2°C wird der Gesamtinvestitionsbedarf für die EU und das Vereinigte Königreich auf etwa 80 bis 120 Mrd. EUR pro Jahr geschätzt. Bei einem Anstieg zwischen 3°C bis 4°C liegen die prognostizierten Kosten bei 175 bis 200 Mrd. EUR jährlich.

Xavier Jongen sagt: "Emissionen durch Dekarbonisierungsmaßnahmen zu reduzieren, ist aus finanzieller Sicht das Vernünftigste, denn so können Einkommen erhöht, die Energiesicherheit gestärkt, die Zahlung von Kohlenstoffsteuern vermieden und – was am wichtigsten ist – die langfristigen Dekarbonisierungskosten gesenkt und eine künftige Wertvernichtung verhindert werden. Institutionelle Anleger sind neben dem Staat die Hauptakteure, um uns in die 'Welt des grünen Wachstums' zu führen. Um ihre Klimaschutzstrategien zu optimieren, könnten Pensionsfonds beispielsweise Zielvorgaben für Mindestbeträge pro Jahr festlegen, die sie für die Dekarbonisierung ihrer Vermögenswerte ausgeben. Ein etwas ambitionierterer Ansatz könnte vorsehen, dass man dies sogar mit den Erfolgsgebühren der Investmentmanager verknüpft."
Autor: www.catella.com/de

Studie Wohnen in Deutschland 2024: Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele liegt bei den Bestandsimmobilien

Enormes Potenzial zur CO2-Reduktion durch Sanierungen von Wohnimmobilien im Bestand. Politik muss Rahmenbedingungen für potenzielle Käufer von Bestandsimmobilien für Erreichung der Klimaziele und Lösung der Wohnungsnot verbessern.


Quelle: © Gefo - AdobeStock.com

"Um im Gebäudesektor signifikante CO2-Einsparungen zu erzielen und die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, kommt dem privaten Gebäudebestand eine Schlüsselrolle zu", erklärt der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Sparda-Banken, Florian RENTSCH, anlässlich der Veröffentlichung der Sparda-Studie "Wohnen in Deutschland 2024". Die diesjährige Ausgabe setzt sich schwerpunktmäßig mit der wohnungs- und klimapolitischen Potenzialen auseinander, die sich aus der energetischen Sanierung (Dekarbonisierung) von Bestandsimmobilien ergeben. Die Studie wurde im Auftrag des Verbandes der Sparda-Banken durch das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) und dem Institut für Demoskopie Allensbach erstellt.

Insgesamt entfallen in Deutschland 15 Prozent der direkten Emissionen auf Gebäude, 71 Prozent hiervon machen private Haushalte aus. Im Wohneigentumsmarkt sind derzeit 47 Prozent der zum Verkauf stehenden Gebäude Energieklasse E oder schlechter. Betrachtet man die Einfamilienhäuser, sind es sogar 66 Prozent. Würde man diese zum Verkauf stehenden Objekte mit Energieeffizienz E und schlechter auf Effizienzstandard A sanieren, läge allein das geschätzte Energieeinsparpotenzial im Heizbereich dadurch bei über 1,1 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr – fast ein Prozent des Gesamtausstoßes. "Der größte Hebel, den wir im Bereich der privaten Wohngebäude in Sachen CO2-Einsparungen haben, besteht im Zeitpunkt des Verkaufs. Die Bundesregierung muss hier deutlich mehr tun", so RENTSCH.

Der Handlungsbedarf ergibt sich nicht nur aus der Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele. Auch hinsichtlich der akuten Wohnungsnot sind Maßnahmen, unsanierte Wohnimmobilien zu vernünftigen Konditionen marktfähig, zukunftssicher und bezahlbar zu machen, dringend ge-

boten. Betrachtet man allein den Kaufpreis, ist in deutlich über der Hälfte der Regionen in Deutschland der Wohngebäudekauf noch erschwinglich. Rechnet man jedoch die durchschnittlichen Sanierungskosten für Objekte mit einer Energieeffizienz von E und schlechter auf die Energieeffizienzklasse A in Höhe von etwa 880 Euro je Quadratmeter Wohnfläche vor Förderung mit ein, sind es nur noch knapp 20 Prozent.

Pekka Sagner, Economist für Wohnungspolitik und Immobilienökonomik beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln: "Kaufen ist auf Grund der Normalisierung der Zinsen und weiter relativ stabilen hohen Preisniveaus ohnehin schon eine große Herausforderung für die Mittelschicht, insbesondere für Familien. Dreht es sich dann noch um ein sanierungsbedürftiges Objekt, ist es auch angesichts unzureichender staatlicher Unterstützung kaum noch leistbar. Durch diese schwierige Erschwinglichkeitssituation bleiben aktuell Immobilienkäufe und anschließende Sanierungen schlicht aus und es wird wichtige Zeit bei der Zielerreichung der ökologischen Transformation des Gebäudebereichs verspielt."

Dabei ist die Bereitschaft, sanierungsbedürftige Gebäude zu kaufen, groß – mehr als die Hälfte der Kaufwilligen können sich vorstellen, ein Sanierungsobjekt zu kaufen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Seit 2019 ist der Anteil der Mieter bis 50 Jahre, die konkret planen, Wohneigentum zu erwerben, rückläufig. Seit 2019, als etwa jeder dritte Mieter dies plante (31 Prozent), hat sich der Anteil bis 2024 auf jeden sechsten Mieter (16 Prozent) fast halbiert. Heute planen lediglich noch fünf Prozent der Befragten, eine Immobilie in den nächsten zwei bis drei Jahren zu bauen oder zu kaufen.

"Diese Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit zeigen auf dramatische Art und Weise, wie dringend der Handlungsbedarf seitens der Politik ist. Der Wunsch nach Wohneigentum ist ungebrochen groß und ebenso die grundsätzliche Bereitschaft, hierfür auch die Sanierung einer energieineffizienten Immobilie zu stemmen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Verunsicherung haben dazu geführt, dass die Kaufinteressenten den Glauben daran verlieren, dass sie es schaffen und leisten können", so RENTSCH.

"28 Prozent der "Sanierungsbedürftigen" wünschen sich Förderung vom Staat. Vor allem aber muss auch die Eigenkapitalhürde für jüngere Haushalte gesenkt werden, da diese häufiger Erwerbspläne haben. Eine Maßnahme wäre die Streichung der Grunderwerbssteuer, jedenfalls für das selbstbewohnte Wohneigentum. Die Menschen müssen ihr Eigenkapital für Kauf und Sanierung einsetzen können, nicht für Steuern und Abgaben."


Quelle: © Stefan - AdobeStock.com

Sagner ergänzt: "Die Förderung muss im Zeitpunkt des Verkaufs ansetzen. Hier ist die Chance am größten, ein energetisch schlechtes Gebäude auf einen vernünftigen Standard zu bringen. Das Wohneigentumsprogramm der Bundesregierung 2024 und 2025 ist mit etwa einer halben Mrd. Euro viel zu niedrig für diese Mammutaufgabe. Auch eine Halbierung der Grunderwerbsteuer würde das monatlich aufzuwendende Einkommen für die Finanzierung um 1,0 Prozentpunkt reduzieren, ein komplettes Aussetzen um 2,0 Prozentpunkte."

Rentsch: "Die Politik hat im letzten Jahrzehnt die Chance verschlafen, das gute Wirtschaftswachstum und das Niedrigzinsumfeld so nutzbar zu machen, dass im Wohnungsneubau und in der Sanierung entscheidende Schritte nach vorne gemacht werden. Wenn in Sachen Bezahlbarkeit jetzt nicht gezielt gegensteuert wird, besteht die Gefahr, dass Wohnen das soziale Sprengstoffthema der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts wird – wenn es das nicht bereits ist. Deutschland ist ohnehin nach wie vor Schlusslicht bei der Eigentumsquote in Europa. Wir brauchen jetzt die Trendumkehr."

"Auch das CO2-Einsparpotenzial bei staatlich geförderter Sanierung im Altbestand ist gigantisch. Zur Erreichung der Klimaziele ist es weder sinnvoll, Menschen unter Druck setzen, die mit Holz oder Gas heizen noch den Markt durch Eingriffe wie Mietpreisbremse, Mietendeckel, Enteignungsfantasien und dafür immer höhere Anforderungen an Baustandards zu verunsichern."
Autor: www.sparda-verband.de

Immobilienwirtschaft sieht große Fortschritte beim Klimaschutz

Die Immobilienwirtschaft blickt angesichts der heute vorgestellten Zahlen des Umweltbundesamtes zu den Treibhausgasemissionen recht optimistisch auf die Entwicklung beim Klimaschutz. „Die Zahlen von 2023 und die Projektion zeigen: Deutschland kommt voran bei diesem eminent wichtigen Thema, und daran hat auch die Immobilienwirtschaft, die sich enorm bewegen musste, großen Anteil", sagt ZIA-Geschäftsführer Joachim Lohse. „Im Gebäudesektor wurde eine Emissionsminderung um 7,5 Prozent geschafft – da geht noch mehr, da muss noch mehr gehen." Die Branche sei weiter entschlossen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, um den Klimawandel verstärkt abzubremsen. Dazu allerdings brauche es mehr Unterstützung durch die Bundesregierung. „Es ist bedauerlich, dass der zunächst vom Kanzler zugesagte Klima-Geschwindigkeitsbonus für den vorzeitigen Heizungstausch bei Wohnungs- und gewerblichen Vermietern dann wieder zurückgenommen wurde", erklärt Lohse. „Die Bundesregierung könnte beim Klimaschutz mehr in die Gänge bringen."

Der ZIA fordert, die Sanierung des Gebäudebestands und den Austausch alter Heizungen noch entschiedener in den Fokus zu nehmen. Verstärkte Hilfen wären ein Anstoß, große fossil betriebene Heizungen früher auszutauschen, Emissionen schneller zu senken und Mieterinnen und Mieter bei den Kosten bald zu entlasten, betont Lohse.

Mit dem Gebäudeenergiegesetz und der gerade verabschiedeten europäischen Gebäudeeffizienzrichtlinie werden energetische Anforderungen an Neubau und Bestand verschärft. „Damit diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden, wären eine dauerhafte Förderung von Heizungstausch und Gebäudesanierung vor allem für Wohnimmobilien ein wichtiger Push", sagt Lohse. Denn angesichts der begrenzten Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten auf Mieterinnen und Mieter könnten viele Unternehmen die verlangte Sanierung anderenfalls finanziell „schlicht nicht leisten".
Autor: www.zia-deutschland.de

Welche Kriterien müssen unbedingt erfüllt sein, damit Immobilien taxonomiekonform sind und zu den Top 15 % des Gebäudebestandes gehören?

Um die international tätigen Kreditinstitute bei der Erfüllung dieser Top 15 %-Kriterien und damit der EU-Taxonomiekonformität zu unterstützen, erstellte das auf Bau und Immobilien spezialisierte Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE im Auftrag von vdpResearch ein neues Benchmarking. Neben Kriterien für ausgewählte europäische Länder wurden dabei auch Indikatoren für Immobilien in den USA und Kanada erarbeitet. Die Ergebnisse des Top 15 %-Benchmarkings bieten eine Vielfalt an Nachweisen über verschiedenste Kriterien – vom Energiebedarf und -verbrauch über die Primärenergie bis hin zu CO2-Emissionen.

"Vielen in Europa und Nordamerika aktiven Kreditinstituten fällt es immer noch schwer, die Taxonomiekonformität ihrer finanzierten Immobilien zu überprüfen und zu ermitteln, ob sie zu den besten 15 % des Gebäudebestandes gehören. Ein entsprechendes Benchmarking war daher dringend geboten. Mit den Top 15 %-Kriterien für Frankreich, Niederlande, Polen, England, USA und Kanada bekommen Banken, die international Immobilien finanzieren, jetzt auch für diese Länder eine wertvolle Hilfestellung für die nachvollziehbare und transparente Analyse ihrer Immobilienkreditportfolios", erklärt Reiner Lux, Geschäftsführer von vdpResearch. Bereits seit April 2022 unterstützen der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp), Gesellschafter von vdpResearch, und Drees & Sommer mit dem Benchmarking Finanzmarktteilnehmer und die Immobi-

lienwirtschaft in Deutschland beim Nachweis der Taxonomiekonformität.

Als Fortführung dieser Arbeit entwickelte Drees & Sommer im Auftrag von vdpResearch für die genannten Länder Top 15 %-Kriterien sowie eine standardisierte Methodik zu ihrer Umsetzung. Die Benchmarks wurden dabei für die Assetklassen Wohnen, Büro, Handel, Logistik und Hotel erhoben. Neben grundsätzlichen Empfehlungen, die länderübergreifend gelten, enthält die Studie detaillierte

Kriterien für das jeweilige Land und die Assetklasse sowie einen ausführlichen Methodenbericht zur Ableitung der Benchmarks. "Bei der ESG- und Nachhaltigkeitsberichterstattung stellt die Erfüllung des Top 15%-Kriteriums einen essenziellen Baustein dar. Durch konkrete Empfehlungen und nachvollziehbare Kriterien wie diese, geben wir den Kreditinstituten die notwendige Orientierung zur EU-Taxonomie und schaffen Transparenz auch im internationalen Markt", sagt Claudio Tschätsch, Verantwortlicher für das Thema ESG und Sustainable Finance bei Drees & Sommer. Das Unternehmen zählt zu den Marktführern in Sachen ESG-Beratung und Sustainable Finance und unterstützt Kunden von der Strategie über Portfolioanalysen bis hin zur Umsetzung in Immobilien.

Das sogenannte Top 15 %-Kriterium geht aus der EU-Taxonomie-Verordnung hervor. Demnach wird ein bis Ende 2020 errichtetes Gebäude dann als taxonomiekonform eingestuft, wenn eine der zwei folgenden Voraussetzungen erfüllt ist: Entweder liegt ein Energieausweis mit der Energieeffizienzklasse A vor, oder es kann nachgewiesen werden, dass ein Gebäude in Bezug auf den nationalen oder regionalen Markt und hinsichtlich seines Primärenergiebedarfs zu den besten 15 % gehört.

Die Studie wurde exklusiv für die vdpResearch und die vdp-Mitgliedsinstitute erstellt und dient dem Nachweis der EU-Taxonomiekonformität beim Erwerb von und Eigentum an Immobilien in Europa, den USA und Kanada. Sie basiert auf repräsentativen, öffentlich zugänglichen Informationsquellen und wird jährlich aktualisiert.
Autor: www.dreso.com

Bis zu 25 Prozent Preisaufschlag für beste Energiebilanz – so stark beeinflusst die Energieklasse den Immobilienmarkt

Der Energieausweis wird für den Wert einer Immobilie immer wichtiger. Eine gute Energieeffizienzklasse führt zu teils deutlichen Aufschlägen beim Angebotspreis. So kosten Häuser mit der besten Energieklasse A+ in Deutschland durchschnittlich ein Viertel mehr als vergleichbare Häuser mit dem niedrigsten Energiestandard der Klasse H. Und auch im Vergleich zu Immobilien mit mittlerer Energiebilanz verzeichnen besonders energieeffiziente Eigenheime mitunter deutliche Aufpreise. Auf der anderen Seite führt eine schlechte Energieklasse zu spürbaren Preisabschlägen. Das zeigt eine aktuelle Analyse von immowelt über den Einfluss der Energieklasse auf den Angebotspreis von Häusern und Wohnungen, die in den vergangenen 12 Monaten auf immowelt.de inseriert wurden. Dabei wurde untersucht, wie hoch die durchschnittlichen prozentualen Preisdifferenzen der einzelnen Energieeffizienzklassen gegenüber dem mittleren Energiestandard der Klasse D ausfallen. Also jener Klasse, die in Deutschland bei Wohnimmobilien am häufigsten vorherrscht, wie eine weitere immowelt Studie zeigt. Um den tatsächlichen Preiseinfluss der Energieeffizienzklassen zu bestimmen, wurden andere Einflussfaktoren, wie Baujahr, Größe und Ausstattung, in der Berechnung konstant gehalten.

"Der energetische Zustand einer Immobilie spielt beim Kauf eine immer größere Rolle", sagt Felix Kusch, Geschäftsführer von immowelt. "Das Heizungsgesetz und die Diskussionen um Klimaschutzziele im Gebäudebereich haben dazu geführt, dass viele Kaufinteressenten hohe Folgekosten für die energetische Sanierung und im Unterhalt fürchten. Wohnimmobilien mit einem niedrigen Energiestandard können daher oft nur mit merklichen Preisnachlässen verkauft werden."

Häuser: Fast 12 Prozent Aufpreis für beste Energieeffizienz

Besonders groß ist der Preiseinfluss der Energieeffizienzklasse im Segment der Häuser, bei dem freistehende Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenendhäuser betrachtet wurden. Grundsätzlich gilt: Je stärker der Energiestandard bei Häusern von der mittleren Energieeffizienzklasse D abweicht, desto größer fallen die durchschnittlichen prozentualen Auf- und Abschläge beim Angebotspreis aus. So kosten Häuser mit der besten Energieeffizienzklasse A+ im Deutschlandmittel 11,8 Prozent mehr als Eigenheime, die über den mittleren Energiestandard der Klasse D verfügen.

Auf der anderen Seite verzeichnen energiehungrige Häuser deutliche Preisabschläge. Objekte mit der schlechtesten Energieeffizienzklasse H werden im Deutschlandmittel um 13,6 Prozent günstiger angeboten als Eigenheime mit mittlerem Energiestandard.

"Gerade bei Häusern mit schwacher Energiebilanz müssen Käufer vor dem Einzug häufig mit weiteren hohen Kosten rechnen, etwa für die Wärmedämmung oder den Tausch von Heizung und Fenstern", sagt Felix Kusch. "Allerdings erhöht sich so auch der Verhandlungsspielraum potenzieller Käufer. Oftmals lassen sich bei Häusern mit niedrigem Energiestandard bei Kaufabschluss noch deutliche Nachlässe gegenüber dem Angebotspreis erzielen."

Wohnungen mit schlechter Energiebilanz knapp 6 Prozent günstiger

Bei Eigentumswohnungen wirkt sich ein niedriger Energiestandard preislich hingegen weniger stark aus als bei Häusern. Wohnungen mit der schlechtesten Energieeffizienzklasse H werden im Deutschlandmittel um lediglich 5,9 Prozent günstiger angeboten als Apartments, die über eine mittlere Energieklasse D verfügen. Das dürfte auch an den begehrten Altbauwohnungen in den attraktiven Großstädten liegen, die trotz oftmals dürftiger Energiebilanz zu hohen Preisen inseriert werden. Zudem müssen Käufer die Sanierungskosten im Gegensatz zu Einfamilienhäusern zumeist nicht alleine stemmen, sondern teilen sich diese mit der Eigentümergemeinschaft.

Eigentumswohnungen mit sehr guter Energiebilanz verzeichnen nichtsdestotrotz deutliche Preisaufschläge: Der prozentuale Aufpreis für Wohnungen mit der Energieklasse A+ gegenüber Objekten mit dem schlechtesten Energiestandard H liegt bei 16,6 Prozent.
Autor: www.immowelt.de

Fast zwei Drittel aller 2023 fertiggestellten Wohngebäude werden mittlerweile mit Wärmepumpen geheizt

Damit ersetzt Strom auch im Bereich der Heizenergie mehr und mehr die fossilen Brennstoffe als Energielieferant. „Dieser Trend beschleunigt sich immer weiter, der Strombedarf insgesamt wird weiter stark zunehmen", sagt Markus W. Voigt, CEO der aream Group.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nutzten 64,6 Prozent der 2023 fertiggestellten Wohngebäude Wärmepumpen als primäre Heizquelle. Vor allem in Ein- und Zweifamilienhäusern werden sie eingebaut, hier liegt der Anteil bei 68,9 Prozent. Mehrfamilienhäuser werden noch nicht ganz so häufig mit Wärmepumpen ausgestattet, aber auch hier lag der Anteil bei rund 41,1 Prozent.

„Diese Daten zeigen, dass Strom für immer weitere Bereiche der Haupt-Energieträger wird", so Voigt. „Trends wie Digitalisierung, KI oder auch die zwar nachlassende, aber immer noch hohe Dynamik bei der Elektrifizierung des Verkehrssektors treiben den Stromverbrauch in die Höhe." Der Zubau an Erneuerbaren Energien muss deshalb nach wie vor beschleunigt werden.

Dabei liefern die Erneuerbaren bereits immer größere Anteile am Strommix. Der Mai war dafür ein eher schwacher Monat. Die Anlagen der aream Group lieferten mit einer Zielerreichung von 97 Prozent bei Wind und rund 95 Prozent bei Photovoltaik leicht unterdurchschnittliche Ergeb-

nisse. Das lag nicht nur an Sonne und Wind, sondern auch an Abschaltungen durch behördliche Anordnung sowie Transformatorausfälle nach Netzstörungen.

„Hier zeigt sich, dass die gesamte Infrastruktur weiter ausgebaut und stabilisiert werden muss“, sagt Voigt. „Dabei lohnt es sich, jetzt deutlich mehr auf Speicherlösungen zu setzen.“ Denn dann müssten die Netze weniger stark ausgebaut werden und die Erneuerbaren kämen schneller in den Status der Grundlastfähigkeit.
Autor: www.aream.de


Quelle: © Sodapeaw - AdobeStock.com

Datensprache für ökologische Analyse von Immobilien: Ein digitales Ökosystem schaffen

Wie alle anderen Wirtschaftsbereiche steht auch die Immobilienwirtschaft in Deutschland vor immensen Herausforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Maßstab hierfür ist zum einen das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Zum anderen erfordern Elemente des Green Deal der EU, allen voran die Taxonomieverordnung, ein Umdenken.

Nachhaltige Immobilien nur mit Daten möglich

Um Immobilien gemäß der erforderlichen ESG-Logik (d. h. in Bezug auf Umwelt, Soziales, Unternehmensführung; auf Englisch: Environment, Social, Governance) nachhaltig entwickeln, planen, bauen und betreiben zu können, sind digitale Daten unverzichtbar. Dazu zählen das Erheben und Erfassen gebäudespezifischer Daten, beispielsweise mit Blick auf Zirkularität, Schadstoffe, oder Umweltbelastung. Weiterhin spielen Verbrauchsdaten im Betrieb - heutzutage möglichst in Echtzeit - und selbstverständlich auch standortbezogene Daten im Zusammenhang mit Boden, Wasser, Temperatur, aber auch Luftverschmutzung und Naturgefahren für die Bewertung der Nachhaltigkeit ebenfalls eine wesentliche Rolle.

Zwar existieren bereits spezifische Daten zu Einzelaspekten der ökologischen Performance von Gebäuden, die Erhebung, aber auch die Daten selbst folgen bisher jedoch keiner branchenweit einheitlichen Logik bzw. Struktur und können daher nur fallbasiert ausgewertet werden. Die Folge ist, dass der ESG-Status quo oft uneinheitlich und nur unzureichend erfasst, für die Umsetzung der Klimaziele auf Objektebene nicht operationalisiert und somit Immobilien nicht nachhaltig und klimaneutral gemanagt werden können.

Problemlöser DIN SPEC 91475

Hier setzt die DIN SPEC 91475 an, die das Deutsche Institut für Normung (DIN) veröffentlicht hat. Sie benennt und definiert mögliche Datenpunkte für Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit. Das sind zum Beispiel das Klimarisiko eines Standorts, die Ressourcenverbräuche verwendeter Materialien oder die CO_2-Intensität des Betriebs. Der neue Standard strukturiert, benennt und definiert Datenpunkte, welche für eine Bewertung der ökologischen Güte eines Gebäudes zugrunde gelegt werden können, unabhängig vom ESG-Standard und der Nutzungsart des Gebäudes. Die Datenpunkte sind neutral und können für die spezifischen Bedarfe unterschiedlicher Bewertungen des E (Environmental) passend kombiniert werden. Sie bilden die Basis, auf die andere Systeme referenzieren können und ermöglichen Transparenz: Weil die Datenpunkte überall einheitlich nach DIN SPEC 91475 vorliegen.

Diese gemeinsame Datensprache richtet sich an Banken, Investoren, Projektentwickler, Planer, Bauunternehmen, Asset- und Fondsmanager, Immobilienbesitzer und -entwickler, Plattformbetreiber,

Verbände und Service-Provider sowie Hersteller von IoT-Technologien und PropTech-Unternehmen. Auf Basis der DIN SPEC 91475 und durch die Zusammenarbeit aller beteiligten Parteien bei der Analyse, Bewertung und der systematischen ökologischen Transformation von Bestandsgebäuden sollen neue Anwendungsbereiche und -systeme entstehen und damit erhebliche Fortschritte in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz erzielt werden.

Dr. Uwe Forgber, Gründer und CEO von Realcube und Initiator der DIN SPEC: „Die DIN SPEC 91475 bedeutet einen großen Schritt in Bezug auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Immobilienwirtschaft. Durch die einheitliche Datensprache wird es möglich sein, wichtige Daten und Erhebungen in Echtzeit auszutauschen und zu analysieren. Damit legen wir die Grundlagen für eine tatsächliche ökologische Analyse der Immobilienbestände."

Die Konsortialpartner

Erarbeitet wurde der Standard von einem hochkarätigen Konsortium aus Expertinnen und Experten folgender Organisationen: Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – DGNB e.V., blackprintpartners GmbH, Madaster Germany GmbH, 21 Real Estate GmbH, Realcube GmbH, LIST AG, Lookthrough AG, pom+ Deutschland GmbH, white energy GmbH. Die DIN SPEC 91475 steht bei DIN Media unter www.dinmedia.de zum kostenlosen Download bereit.
Autor: www.din.de

Taxonomiekonformität steigert Verkehrswerte und senkt Finanzierungskosten von Immobilien

Taxonomiekonformität verbessert sowohl die Finanzierungskonditionen als auch die Verkehrswerte von Immobilien spürbar. 22 Prozent der Befragten sehen Vorteile von mehr als fünf Basispunkten bei der Finanzierung, 26 Prozent mehr als fünf Prozent höhere Verkehrswerte gegenüber nicht taxonomiekonformen Gebäuden. Das ist ein Ergebnis des vierten „ESG-Snapshot", für den EY Real Estate insgesamt rund 55 Personen befragt hat, die in verschiedensten Bereichen der Immobilienwirtschaft tätig sind.

Trotz dieser ersten positiven Erfahrung mit der EU-Regulatorik, hält sich die Begeisterung der Befragten dennoch in Grenzen: Generell sind sie von der schieren Menge und Geschwindigkeit der Regularien überfordert, gaben 56 Prozent der Marktakteure an; knapp einem Drittel mangelt es an konkreten Umsetzungsanforderungen für die Immobilienwirtschaft. Das Ziel, mit der aktuellen Konsultation zur Offenlegungsverordnung (SFDR) eine bessere Vergleichbarkeit der Produkte herbeizuführen, wird zwar von 90 Prozent der Befragten grundsätzlich begrüßt, den Unterschied zwischen Artikel-8- und Artikel-9-Fonds versteht dennoch bis heute laut 72 Prozent der Umfrageteilnehmenden kaum jemand.

Konträr wird die CSRD (Corporate Social Responsibility Directive) bewertet: Eine klare Mehrheit der Befragten (88 %) gibt an, dass deren Übergangspläne weitreichender als die bisherigen Transformationspläne sind. Generell sind zwei Drittel der Meinung, dass die CSRD die Vergleichbarkeit von Unternehmen steigern wird, auch wenn Benchmarking-Systeme dadurch nicht ersetzt werden.

„Für die Immobilienwirtschaft klaffen Wunsch und Wirklichkeit hinsichtlich ihrer ESG-Aktivitäten weiterhin oft noch auseinander: Die Ziele der Regulatorik werden überwiegend befürwortet, die Ausgestaltung ist aber entweder überfordernd oder die Anforderungen werden nicht ausreichend konkret umgesetzt. Während die Nomenklatur der Artikel-8- und 9-Fonds weitgehend etabliert ist wird bereits nun an der Weiterentwicklung gearbeitet ", sagt Dirk Rathlev, Partner bei EY Real Estate und Autor der Studie. „Die nachhaltige Transformation bleibt für die Branche also weiterhin eine große Baustelle – insbesondere in Verbindung mit den Notwendigkeiten und den Vorgaben der bestehenden und sich noch entwickelnden Regulatorik."

Große Ambitionen für Taxonomiequote – KI soll helfen

Aktuell liegen die Taxonomiequoten der Portfolios

der Befragten mehrheitlich bei unter 20 Prozent. So ernüchternd der Status Quo scheint, so ambitioniert sind die Transformationspläne: Bis 2030 sollen die Portfolios von 72 Prozent der Befragten zu mehr als 40 Prozent taxonomiekonform werden, bei rund einem Viertel sogar zwischen 81 und 100 Prozent. „Der Weg dorthin wird jedoch steinig werden", so Dirk Rathlev.

Große Hoffnungen setzen die Befragten dabei auf Künstliche Intelligenz: Durch deren Einsatz werden von 87 Prozent signifikante Verbesserungen in der Gebäudeautomatisierung und von 85 Prozent bei der ESG-Datenqualität, sowie von 87 Prozent bei der Befüllung von Benchmarking Systemen erwartet. 70 Prozent der Marktakteure erhoffen sich eine weitestgehend automatische Befüllung von Fragebögen durch Künstliche Intelligenz.

CO2-Preis zu niedrig für Lenkungswirkung

Der CO2-Preis setzt mit Höhen bis zu 65 Euro pro Tonne keine ausreichenden Anreize zur flächendeckenden Transformation des Gebäudebestands – das geben 68 Prozent der Umfrageteilnehmenden an. Mehr als die Hälfte der Befragten geht zudem davon aus, dass die Belastung des CO2-Preises für die Mieter größer sein wird als für die Vermieter.
Autor: www.ey.com/de

Zukunftsweisende Hochhäuser aus Holz

Davon träumt die Baubranche: Hochhäuser aus zirkulären Materialien, die bezahlbares, gesundes und zugleich nachhaltiges Wohnen ermöglichen. Ein Projekt der GLS Bank geht den Traum an: In Wolfsburg entstehen zwei Woodscraper. Als Bauherrin hat die sozial-ökologische GLS Bank zwei weitere Initiatoren an ihrer Seite: die Berliner Architekten Partner und Partner, die die zirkulären Woodscraper entworfen haben, sowie UGK, die Unternehmensgruppe Krebs, ebenfalls aus Berlin, die für nachhaltige Projektentwicklungen steht.

In Wolfsburg feierten die drei Partner heute einen entscheidenden Schritt in ihrem Projekt. Dennis Weilmann, Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, überreichte ihnen die Baugenehmigung für die Woodscraper. Die beiden zwölfgeschossigen Hochhäuser in Holzbauweise entstehen im neuen nachbarschaftlich orientierten Wohngebiet "Hellwinkel Terrassen". Es liegt etwa 1,5 km vom Stadtzentrum entfernt, ist zu Fuß und mit dem Rad gut angebunden und wird zudem an eine Buslinie angeschlossen. In direkter Umgebung gibt es Naherholungsflächen.

"Klimaschutz muss sozial gerecht sein. Das bedeutet für den Wohnsektor: Neue Gebäude müssen soziale Vielfalt unterstützen und einen sicheren Lebensraum bieten. Fester Bestandteil unserer Strategie ist daher, dass die Wohnungen in den Woodscrapern nachhaltig und bezahlbar sind. Wir haben also die Bedürfnisse der Umwelt und der Menschen im Blick", sagt André Meyer, Leiter des Bereichs Nachhaltige Immobilien bei der GLS Bank.

106 Wohneinheiten entstehen in den Woodscrapern, 102 davon sind barrierefrei. Die Wohnungen richten sich an alle Generationen und an Familien. Geplant ist auch ein anteiliger sozialer Wohnungsbau mit niedrigen Mieten. Im Erdgeschoss entsteht ein Café, auf dem Dach eine Terrasse für alle Bewohner*innen, der Außenbereich erhält Gemeinschaftsflächen.

Über ihren gesamten Lebenszyklus sollen die Gebäude mehr CO2 binden als emittieren – dafür sorgt vor allem die Strategie des zirkulären Bauens, also die Idee, Baumaterialien langfristig in einem Verwendungskreislauf zu halten, statt Müll zu produzieren. "Wir wollen ein Gebäude, das bei Bedarf einfach umgebaut werden kann und das sich am Ende seiner Lebensdauer, in seine einzelnen Elemente zerlegen lässt. Diese können zum Beispiel zum Bau neuer Gebäude verwendet werden. So entsteht auf Dauer sehr viel weniger Müll, weil das Gebäude als eine Art Materialbank funktioniert", erklärt Klaus Günter, Geschäftsführer des Architekturbüros Partner und Partner. Zur Klimaschutz-Strategie zählen außerdem begrünte Dächer, Photovoltaik, Geothermie und Wärmerückgewinnung aus Sanitär-Abluft.

"Ein Leuchtturmprojekt für klimaschonendes und soziales Wohnen", ergänzt Christoph Weber, Geschäftsführer der Projektgesellschaft. "Mit ihrem Immobilienprojekt leitet die GLS Bank den Wandel für zukunftsweisendes Wohnen konkret ein".
Der Bau der Wolfsburger Woodscraper beginnt

voraussichtlich im Mai 2024. Das Bauprojekt wird von einer Forschungsgruppe begleitet, die Erfahrungen und Erkenntnisse zur zirkulären Holzbauweise sammeln wird. Die Forscherinnen und Forscher möchten damit die Nachahmung solcher Projekte vereinfachen, insbesondere was die Demontierbarkeit der verwendeten Baumaterialien angeht.

"Die Woodscraper sind für uns ein wegweisendes Bauprojekt für die Schaffung von nachhaltigem, bezahlbarem und gesundem Wohnraum für alle Alters- und Einkommensgruppen. Ich freue mich sehr, dass wir zusammen mit der GLS Bank und Partner und Partner diese Zukunftsvision nun realisieren und damit zur sozialverträglichen Transformation der Immobilienbranche hin zur Klimaneutralität einen wichtigen Beitrag leisten", sagt Sven Schmittbüttner von UGK.
Autor: www.woodscraper.de

Green Banking: Nachhaltigkeit wird das neue Normal

Wenn sich Finanzdienstleister nicht um ökologisch-soziale Standards bemühen, vertrauen ihnen die Deutschen nicht. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist nicht bereit, für nachhaltige Bankprodukte einen Aufpreis zu bezahlen.

Eine Frage des Vertrauens: Die Hälfte der Deutschen will sich nicht auf eine Bank verlassen, die ihre ökologisch-sozialen Anstrengungen nicht darlegt. Grundsätzlich wären 52 Prozent bereit, für nachhaltige Erzeugnisse mehr Geld auszugeben – allerdings nicht für Bankprodukte. Hier würde nur ein Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger Renditeeinbußen oder höhere Kosten in Kauf nehmen. Dies sind Ergebnisse der bevölkerungsrepräsentativen Studie „Liquidität 50Plus", für die mehr als 3.000 Bundesbürger und Bundesbürgerinnen befragt wurden.



Quelle: © Miha Creative - AdobeStock.com

Zwar achten 41 Prozent der Befragten darauf, dass bei Bank- und Versicherungsprodukten ökologisch-soziale Standards eingehalten werden. Für Green Banking auch mehr zu bezahlen, das kommt vor allem für die älteren Deutschen aber eher nicht in Frage. In der Generation 50Plus sind nur 27 Prozent dazu bereit. Bei den jüngeren Deutschen unter 30 Jahren dagegen ist die Bereitschaft schon größer: 45 Prozent würden höhere Kosten oder geringere Renditen etwa für eine nachhaltige Geldanlage akzeptieren.

Teurere Öko-Produkte beim Einkaufen eher akzeptiert als am Bankschalter

Allerdings wird auch in dieser Altersgruppe ein recht großer Unterschied gemacht, ob es sich um ein Bank- oder Versicherungsprodukt handelt oder nicht. Abseits von Finanzdienstleistungen sind bereits 64 Prozent der unter 30-Jährigen bereit, tiefer in die Tasche zu greifen – etwa, wenn es um einen nachhaltig produzierten Pullover oder eine stromsparende Küchenmaschine geht. Auch aus der Generation 50Plus sind mehr Befragte dabei: Fast jeder Zweite akzeptiert höhere Preise, wenn der Artikel dafür umweltfreundlich und fair hergestellt wurde.

Vertrauen hängt an ökologisch-sozialen Standards

„Bei Finanzdienstleistungen ist das Bewusstsein der Kundinnen und Kunden für ökologisch-soziale Standards noch nicht ganz so ausgeprägt wie in anderen Lebensbereichen. Aber dieser Bereich wird nachziehen. Daher ist es umso wichtiger, den Nachhaltigkeitsaspekt bei allen Produkten

und Services mitzudenken. So bringen wir beispielsweise mit unserem digitalen Vertragsabschluss in den Filialen Umweltschutz und digitale Innovationen miteinander in Einklang“, sagt Frank Mühlbauer, Vorstandsvorsitzender der TeamBank AG. „Denn schon heute hängt das Vertrauen vieler Menschen in ihre Bank daran, ob das Unternehmen seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.“ Die Generation 50Plus ist dabei besonders gewissenhaft, wie die Studie zeigt. Für 53 Prozent kommt es nicht in Frage, einer Bank Vertrauen zu schenken, die keine ökologisch-sozialen Anstrengungen vorweisen kann. „Vertrauen ist auch von der für Kundinnen und Kunden tatsächlich erlebbaren öko-sozialen Verantwortung abhängig. Banken müssen es sich erarbeiten und täglich unter Beweis stellen, dass sie es auch verdienen. Deshalb ist transparente Kommunikation in diesem Bereich besonders wichtig“, sagt Mühlbauer.

Denn in der Gesellschaft schreitet der Wandel voran. Längst ist breiter Konsens, dass sich alle Unternehmen, ganz gleich aus welcher Branche, mit dem Klimawandel auseinandersetzen sollen. Diese Ansicht vertreten 83 Prozent der Deutschen, in der Generation 50Plus sind es sogar 87 Prozent.
Autor: www.teambank.de

Berenberg-Studie zeigt Optimierungsbedarf bei ESG-Ratings

Kleinere Unternehmen stehen ESG-Ratings zwiespältig gegenüber. Das zeigt eine zweite Studie, die das ESG-Office des Berenberg Wealth and Asset Managements nach 2020 durchgeführt hat. Für diese wurden rund 100 Unternehmen europaweit aus vier Berenberg Small- und Micro-Cap-Portfolien zu ihrer Haltung gegenüber ESG-Ratings befragt. Ein zentrales Ergebnis: Zwar hätten sich die Ratings in den vergangenen Jahren verbessert, sie würden aber immer noch nicht zufriedenstellend die Nachhaltigkeit der Unternehmen widerspiegeln. Die verbesserten Ratings führen die Befragten auf ihre eigene Berichterstattung zurück. Sie geben auch an, dass sie der damit einhergehende Ressourcenbedarf belastet. Die Rating-Anbieter seien aus ihrer Sicht nicht immer offen für den Austausch. Grundsätzlich erkennen die Unternehmen aber an, dass die Ratings insbesondere für ihre Investoren wichtig sind.

Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Vermögensverwaltung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Der Druck auf die Investoren ist gestiegen, ESG-Kriterien bei ihren Anlageentscheidungen zu berücksichtigen. Dies ging einher mit einer verschärften Regulierung. Von spezialisierten Agenturen erstellte ESG-Ratings sollen bei Anlageentscheidungen unterstützen, indem sie die Nachhaltigkeitsansätze von Unternehmen messbar und vergleichbar machen. Die jüngste Studie des Berenberg Wealth and Asset Management offenbart aber aufseiten zweier exemplarisch ausgewählter Rating-Anbieter weiterhin Lücken bei der Abdeckung des Aktienuniversums. Auch wenn die Anzahl der mit einem ESG-Rating versehenen Unternehmen im Small- und Micro-Cap-Segment seit der vorherigen Studie 2020 auf niedrigem Niveau gestiegen ist, werden insbesondere kleine und sehr kleine Unternehmen oftmals nicht bewertet. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse: Zwar haben sich die ESG-Ratings über alle Unternehmensgrößen hinweg seit der letzten Studie deutlich verbessert. Für kleinere Unternehmen fallen sie aber weiterhin niedriger aus.

Beurteilungen werden Unternehmen nicht gerecht

Mit Blick auf die Ergebnisse der Umfrage, ist eine große Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Beurteilungen ihrem Unternehmen nicht gerecht werden: Insgesamt 80 Prozent sagen, dass sie sich durch ESG-Ratings nicht immer korrekt bewertet sehen. Je kleiner die Marktkapitalisierung, desto höher der Anteil. Gründe für die insgesamt verbesserten Bewertungen sehen die Teilnehmer vor allem in den eigenen Anstrengungen in der Berichterstattung. Eine große Mehrheit ist der Ansicht, dass die wahrgenommene Rating-Verbesserung durch eigene verstärkte Offenlegung nachhaltigkeitsbezogener Informationen zustande kommt (79 Prozent). Weitere genannte Gründe sind eine tatsächliche Veränderung in der eigenen Nachhaltigkeitsleistung (50 Prozent) und die Aufstockung der Ressourcen im Unternehmen, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen (45 Prozent). Gerade einmal 20 Prozent denken, dass sich der Bewertungsrahmen der ESG-Rating-Anbieter geändert und somit zu einer Verbesserung geführt hat.

Immerhin 82 Prozent der Studienteilnehmer versuchen, ihre ESG-Bewertungen durch einen regelmäßigen Austausch und die Teilnahme an Umfragen von Rating-Anbietern zu beeinflussen. Die Hälfte der Befragten analysiert deren Bewertungsrahmen und passt ihre Prozesse an. Jedoch stellen rund 60 Prozent der Verantwortlichen von Small- und Micro-Cap-Unternehmen fest, dass die Rating-Anbieter wenig offen für die Einbeziehung von Unternehmensbeiträgen in das ESG-Rating sind. Je kleiner die Marktkapitalisierung, desto stärker dieser Eindruck.

Die wichtigsten Chancen von ESG-Ratings liegen für 57 Prozent der Befragten in der Gewinnung neuer und der Bindung bestehender Investoren. Auch wenn viele Small- und Micro-Cap-Unternehmen der Meinung sind, dass ihre Nachhaltigkeitsleistungen nicht korrekt bewertet werden und den Austausch mit den Rating-Agenturen als wenig offen empfinden: Alle wissen um die Bedeutung von ESG-Ratings für die Investoren, die diese Aspekte verstärkt in ihre Prozesse integrieren müssen – nicht zuletzt durch die stetig gestiegenen Vorgaben durch den Gesetzgeber. Matthias Born, Co-Head Wealth & Asset Management und Head of Investments bei Berenberg, kommentiert: „Externe ESG-Ratings können Investoren den Zugang zu Informationen erleichtern. Sie sind jedoch nur ein Bestandteil unserer internen ESG-Analyse. Viele unser Portfoliounternehmen, insbesondere in den Small- und Micro-Cap-Portfolios, verfügen ebenso wenig über eine ESG-Bewertung wie über eine Research-Empfehlung Dritter. Die dadurch entstehenden Ineffizienzen bei Small- und Micro-Caps können wir für unsere Kunden ausnutzen. Zudem stehen wir durch unseren engen Unternehmenskontakt beratend zur Seite, um die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verbessern."

Große Herausforderungen bei den eigenen Ressourcen

Die Umfrageteilnehmer aus den Small- und Micro-Cap-Unternehmen sehen eine große Herausforderung in den Ressourcen, die für eine umfangreiche Berichterstattung benötigt werden. Für 80 Prozent der Befragten ist das eine sehr relevante beziehungsweise relevante Herausforderung. Mehr als die Hälfte der Befragten sieht den starren Rahmen von ESG-Ratings als Hemmnis an. Bei der Verringerung dieser Herausforderungen sind nach Meinung der Umfrageteilnehmer die Rating-Anbieter und Regulierungsbehörden in der Pflicht. 80 Prozent der Befragten halten es für eine sehr effektive Lösung, die Bewertungskriterien verschiedener Rating-Anbieter zu vereinheitlichen. Zudem sollten aus ihrer Sicht die besonderen Merkmale kleinerer Unternehmen besser in den Rating-Rahmen integriert werden. Dies könnte die Starrheit des Rahmens verringern. 51 Prozent der Befragten geben aber auch an, dass sie im Ausbau eigener Ressourcen eine effektive Lösung sehen.

Mit Blick auf die Bedeutung von ESG-Aspekten sind für die befragten Small- und Micro-Cap-Unternehmen alle drei Bereiche – Umwelt (E), Soziales (S) und Governance (G) – sehr wichtig. Governance sticht etwas hervor: 71 Prozent sehen diesen Aspekt als äußerst beziehungsweise sehr relevant an. Dicht dahinter folgen die Bereiche Umwelt und Soziales mit 65 und 63 Prozent. Rupini Deepa Rajagopalan, Head of ESG-Office bei Berenberg Wealth and Asset Management, betont: „Wir finden es nicht überraschend, dass die Governance (G)" für die von uns befragten Unternehmen als wichtig erachtet wird. Wir glauben, dass ein Unternehmen mit einer starken Unternehmensführung einen besseren Ruf, mehr Transparenz und Verantwortlichkeit und damit ein geringeres Risiko hat. Wenn wir eine ESG-Analyse durchführen, sind jedoch alle drei Faktoren E, S und G wichtig, aber das hängt von der Branche und dem Unternehmen ab. Bei Software- oder IT-Dienstleistungsunternehmen sind soziale Faktoren wie Weiterbildung und Vergütung der Mitarbeiter oder die Fluktuationsrate tendenziell wichtiger als ökologische Aspekte."

Im Rahmen der Studie wurden die Unternehmen nicht nur zu ihrem Verhältnis zu ESG-Rating-Anbietern befragt, sondern auch zum Austausch mit Investoren über Nachhaltigkeitsaspekte. „Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ESG-Faktoren zwar von den Investoren angesprochen werden, meist aber nur in einigen Meetings im Fokus stehen (48 Prozent). 18 Prozent der Unternehmen thematisieren proaktiv ESG-Aspekte bei der Mehrheit der Treffen, während dies nur elf Prozent der Investoren tun. Das spiegelt sich auch in der Bedeutung von Nachhaltigkeitsfaktoren für die Geschäftstätigkeit wider: Für 61 Prozent der Umfrageteilnehmer sind die mit den Investoren besprochenen ESG-Aspekte weder sehr noch überhaupt nicht wichtig. Nur 32 Prozent messen ihnen eine hohe Relevanz im Arbeitsalltag und Geschäftsbetrieb bei. Es scheint daher, dass nicht nur die Beziehung zwischen Unternehmen und Rating-Anbietern, sondern auch zwischen Unternehmen und Investoren in Bezug auf ESG-Aspekte weiterentwickelt werden kann", verdeutlicht Rajagopalan.
Autor: www.berenberg.de

ESG: 67 Prozent der Banken kritisieren unklare Vorgaben

Zwei von drei Banken und Sparkassen in Deutschland bemängeln, dass die Aufsicht keine klaren und verständlichen Vorgaben macht, wie ESG-Risiken bei Firmenkundenkrediten berücksichtigt werden sollen. Die Folge: hohe Aufwände. 65 Prozent der Institute halten die Anforderungen zur Berücksichtigung von ESG-Risiken für zu hoch und darum nicht mehr für ökonomisch angemessen. Zudem seien sie faktisch wirkungslos. Das ergibt die Neuauflage der Studie "Berücksichtigung von ESG-Kriterien im Kreditprozess für Firmenkunden" der PPI AG und der FH Münster.

Banken und Sparkassen müssen ESG-Risiken einbeziehen, wenn sie darüber entscheiden, ob sie Kredite an Firmenkunden vergeben. Das schreiben die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der BaFin seit der 7. Novelle verbindlich vor. Die Institute haben gegenüber dem vergangenen Jahr erhebliche Fortschritte bei der Auswahl und Implementierung notwendiger Methoden erzielt. Ein Einfluss auf die Bepreisung oder Ablehnung einer Finanzierung lässt sich bisher allerdings nur bei wenigen Häusern erkennen. 71 Prozent der Institute erklären, dass sich durch die von ihnen ergriffenen ESG-Maßnahmen am Pricing für einen Kredit faktisch nichts verändert. 60 Prozent sagen dasselbe über die Kreditvergabe an sich. Lediglich zwei Prozent der Institute berichten über eine spürbare Verschärfung der Vergaberichtlinien mit vermehrt negativen Kreditentscheidungen.

"Es ist zu früh für eine endgültige Beurteilung des Verhältnisses von Nutzen und Aufwand. Soziale (‚S') und Governance-Risiken (‚G') wurden mitunter bereits in der Vergangenheit im Rahmen der Bonitätsprüfung berücksichtigt", sagt Prof. Dr. Christian Tallau von der FH Münster, Co-Autor der Studie. "Zusätzlich beurteilt werden vor allem eher langfristig wirkende Umweltrisiken (‚E`), die sich über den typischen Zeitraum einer Kreditvergabe häufig noch nicht materialisieren."

62 Prozent berücksichtigen ESG-Kriterien bei Kreditentscheidung

Aktuell berücksichtigen nur 62 Prozent der Institute ESG-Kriterien bei der Entscheidung, ob sie einen Kredit vergeben wollen. "Inwiefern die Aufsicht die Nichtberücksichtigung – immerhin bei fast vier von zehn Banken und Sparkassen – als Verstoß gegen die MaRisk beanstanden wird, bleibt abzuwarten", sagt Thomas Paulat, Manager bei der PPI AG und Co-Autor der Studie. Immerhin planen fast alle der befragten Banken und Sparkassen, daran etwas zu ändern. Bei der Kreditüberwachung haben 29 Prozent bereits Maßnahmen ergriffen, um ESG-Kriterien zu berücksichtigen. Weitere 64 Prozent haben das vor.

Schlusslicht ist das Pricing. 36 Prozent der Institute planen wie bisher ein von ESG-Risiken unabhängiges Pricing. "Die Ermittlung von Kreditkonditionen kann bereits ohne den Einbezug von ESG-Kriterien sehr komplex sein. Wenn dann noch ESG-Aspekte dazukommen, die oft schwer zu beziffern sind, schreckt das viele ab.", erläutert PPI-Manager Paulat.

Umweltaspekte am wichtigsten für Kreditentscheidung

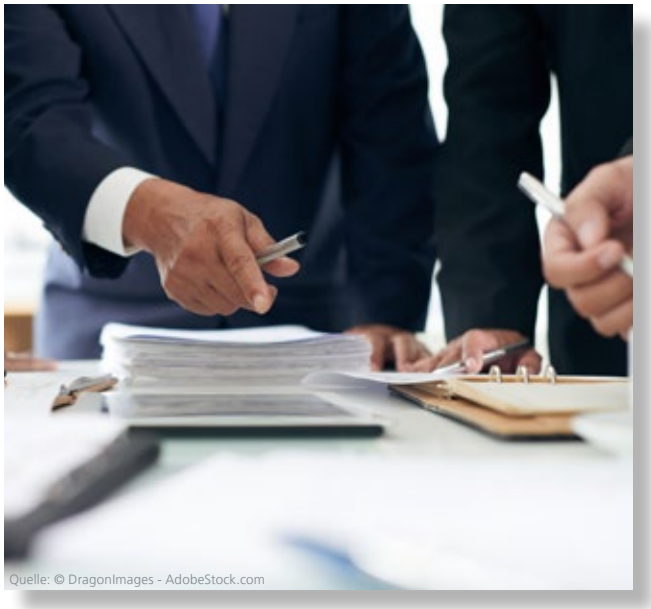
Ein Blick auf die Relevanz der einzelnen ESG-Komponenten im Rahmen der Kreditentscheidung zeigt, dass Umweltaspekte die entscheidende Rolle einnehmen. 98 Prozent der Institute bezeichnen sie als relevant oder sogar sehr relevant. Danach folgen soziale Erwägungen mit 63 Prozent und Governance-Kriterien, also wie ein Unternehmen geführt wird, mit 60 Prozent.

87 Prozent der Banken und Sparkassen beurteilen im Rahmen der Kreditentscheidung auch das zu finanzierende Objekt unter ESG-Aspekten. Allerdings bleibt das Kreditgeschäft immer ein Zusammenspiel aus vielen Faktoren des Engagements, zum Beispiel Kreditnehmer, Kapitaldienst und Finanzierungsobjekt. 73 Prozent der Institute geben an, dass ein positiver ESG-Score allein keine Verbesserung der Kreditwürdigkeit des Antragstellers bewirkt. "Eine Strategie, die darauf abzielt, durch grüne Projekte die eigene Kreditwürdigkeit zu verbessern, zahlt sich demnach selten aus", so Prof. Dr. Tallau.
Autor: www.ppi.de

Trendbarometer Sustainable Finance: Bankkunden fischen beim Thema Nachhaltigkeit weiterhin im Trüben

Nachhaltigkeitsaspekte sind für Finanzinstitute längst fester Bestandteil der Gesamtbankstrategie. Trotz gutem Beratungsangebot scheinen die Banken ihre Kundinnen und Kunden jedoch nicht zu erreichen. Bei über der Hälfte herrscht immer noch Unklarheit darüber, ob ihre Hausbank auf ökologisch nachhaltige Produkte setzt. Für etwa 90 Prozent der Befragten ist das Nachhaltigkeitsrating der eigenen Bank ein Blindspot. Das zeigt die aktuelle Umfrage der Management- und Technologieberatung Bearing Point zum Thema Nachhaltigkeit bei Geldanlagen.

Nachhaltigkeit nimmt mittlerweile eine wichtige Rolle in der Finanzwelt ein. Fast alle Finanzunternehmen haben inzwischen ökologisch nachhaltige Produkte im Angebot. Davon scheinen nur viele Bankkundinnen und -kunden noch nichts mitbekommen zu haben, wie die aktuelle BearingPoint-Umfrage zum Thema Nachhaltigkeit bei Geldanlagen zeigt: Über die Hälfte der Befragten in Deutschland (52 Prozent) weiß nicht, welche nachhaltigen Produkte ihre Hausbank führt. In Österreich sind es mit 47 Prozent knapp die Hälfte. Die Zahlen sind damit nur geringfügig niedriger (jeweils 5 Prozent) als noch im Vorjahr. Hinzu kommt: 91 Prozent der Befragten in Deutschland (90 Prozent in Österreich) haben keinerlei Kenntnis über das Nachhaltigkeitsrating ihrer eigenen Bank – ein ähnlich hoher Wert wie 2022.



Quelle: © DragonImages - AdobeStock.com

Kundinnen und Kunden wollen nachhaltige Banken – Trend jedoch rückläufig

Mit diesem Informationsdefizit einher geht die Erwartung vieler Kundinnen und Kunden, dass ihre Banken nachhaltige Geschäftspraktiken an den Tag legen. Nach Ansicht von 38 Prozent der Befragten in Deutschland und 45 Prozent der Befragten in Österreich spielt eine nachhaltige Aufstellung und nachhaltiges Handeln der eigenen Bank weiterhin eine wichtige Rolle. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Tendenz jedoch rückläufig: In Deutschland und Österreich stimmten dieser Aussage zehn Prozent weniger Befragte zu als noch im Vorjahr.

Geringe Bereitschaft zum Bankenwechsel – Nachhaltigkeit allein reicht als Grund nicht aus

Trotz einer generellen Offenheit für nachhaltige Bankprodukte reicht Nachhaltigkeit als alleiniger Grund für einen Bankenwechsel nicht aus. 45 Prozent der Befragten in Deutschland und 37 Prozent in Österreich würden nur aufgrund des nachhaltigeren Portfolios nicht zu einer anderen Bank wechseln. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen für Deutschland unverändert und für Österreich geringfügig niedriger (2022: noch 41 Prozent).

Rendite vor Nachhaltigkeit – geringe Akzeptanz für höhere Kosten bei nachhaltigen Produkten

Nur eine Minderheit legt bei der Geldanlage den Fokus auf Nachhaltigkeit: Lediglich für sechs Prozent der Befragten in Deutschland und Österreich sind ökologische Aspekte das wichtigste Kriterium bei der Geldanlage – etwas höher als im Vorjahr (2022: 4 Prozent). Sicherheit, Rendite und Kosten zählen hingegen weiterhin zu den maßgeblichen Faktoren, wenn es um den Kauf von Anleihen, Aktien und Fonds geht. Nach wie vor lehnt ein Großteil (Deutschland: 38 Prozent, Österreich: 46 Prozent) es weiterhin ab, im Interesse nachhaltigerer Produkte auf Rendite zu verzichten – jedoch mit einem deutlichen Rückgang zum Vorjahr in Deutschland (54 Prozent). Auch die Bereitschaft, höhere Kosten für mehr Nachhaltigkeit in Kauf zu nehmen, bleibt gering: Die Mehrheit in Deutschland (71 Prozent) und

Österreich (67 Prozent) lehnt zusätzliche Kosten für mehr Nachhaltigkeitbei Bankprodukten ab.

Beratung zahlt sich aus – und stärkt die Glaubwürdigkeit nachhaltiger Finanzprodukte

Mehr als zwei Drittel der Befragten, die von ihrer Hausbank eine Beratung zu nachhaltigen Finanzprodukten in Anspruch genommen haben, bewerten diese danach als (eher) positiv. In den meisten Fällen wurden die Kundinnen und Kunden nach ihren Nachhaltigkeitspräferenzen gefragt. 84 Prozent der Deutschen und 82 Prozent der Österreicher stufen die nachhaltigen Produkte ihrer Hausbank als glaubwürdig ein – ähnlich hoch wie im Vorjahr. In beiden Ländern schätzt eine bedeutende Mehrheit der informierten Kundinnen und Kunden das Angebot ihrer Bank im Bereich ökologisch nachhaltiger Aktien, Anleihen und Fonds als "gut" ein.

Banken können wichtige Rolle bei der ökologischen Transformation spielen – Nachhaltigkeit als Treiber im Geschäftsmodell

Um Nachhaltigkeitsaspekte zu fördern, kann sich ein Großteil der Befragten, die für nachhaltigere Bankprodukte auch höhere Kosten in Kauf nehmen würden, grundlegende Veränderungen im Prozessablauf ihrer Bank vorstellen. Dafür würde mehr als die Hälfte der befragten Personen aus Deutschland (57 Prozent) und Österreich (58 Prozent) eine ausschließlich digitale Kommunikation (per E-Mail, App etc.) mit ihrer Bank akzeptieren. Weiterhin können sich die Befragten höhere Ordergebühren für Investitionen in ESG-Produkte (Deutschland: 32 Prozent und Österreich: 30 Prozent) und einen Aufschlag der Kontoführungsgebühren zugunsten von mehr Nachhaltigkeit vorstellen.

Dr. Robert Bosch, Globaler Leiter Banking & Capital Markets bei BearingPoint: "Trotz der hohen Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Finanzbranche herrscht bei vielen Bankkunden immer noch Unklarheit über das Angebot an nachhaltigen Finanzprodukten. Eine kompetente Beratung kann dazu beitragen, das Informationsdefizit zu beheben und die Glaubwürdigkeit nachhaltiger Finanzprodukte zu stärken. Gleichzeitig reicht nachhaltiges Handeln alleine nicht aus, um potenzielle Kundinnen und Kunden zu einem Bankenwechsel zu bewegen. Faktoren wie Rendite und Kosten beeinflussen die Entscheidungen bei Geldanlagen weiterhin stark. Auch hier kann eine kompetente Beratung zu nachhaltigen Finanzprodukten die Wahrnehmung und Akzeptanz dieser Produkte positiv beeinflussen."
Autor: www.bearingpoint.com


Quelle: © Jackie Niam - AdobeStock.com

Anforderungen von Kunden und Finanzierungspartnern gehen mit stärkerem Klimaschutzbeitrag von Unternehmen einher

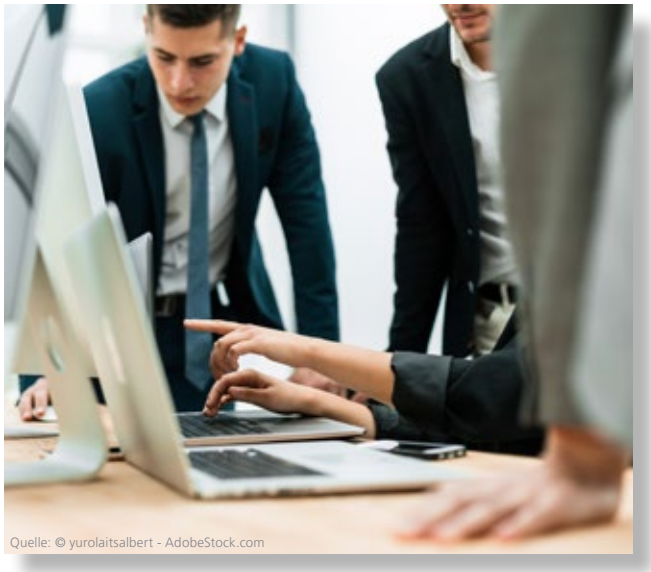
Angesichts des Ziels einer klimaneutralen Wirtschaft rücken Kunden und Finanzierungspartner als bedeutende Stakeholder für Unternehmen weiter in den Vordergrund: So war Klimaschutz im Jahr 2023 nicht nur häufiger in Finanzierungsgesprächen ein wichtiges Thema (19 vs. 15 % im Vorjahr), sondern wurde auch vermehrt von Kundinnen und Kunden eingefordert (22 vs. 17 % im Vorjahr). Für etwa jedes dritte Unternehmen (31 %) stellt Klimaschutz mittlerweile einen Aspekt dar, der über ihre Stakeholder an sie herangetragen wird.

Ein Blick auf die konkreten Klimaschutzaktivitäten der Unternehmen offenbart zudem einen klaren Zusammenhang zwischen Stakeholderanforderungen und dem Engagement der Unternehmen. Wenn Unternehmen Forderungen ihrer Kunden und Finanzierungspartner wahrnehmen, stellen sie häufiger strategische Klimaschutzüberlegungen an und führen häufiger operative Klimaschutzmaßnahmen durch. Das zeigen aktuelle Befragungsergebnisse aus dem KfW-Klimabarometer.
Autor: www.kfw.de

Kampf gegen den Klimawandel: Bis Ende des Jahrzehnts droht eine Finanzierungslücke von 27 Billionen US-Dollar

Entwickeln sich die weltweiten Klimainvestitionen im bisherigen Tempo weiter, fehlen bis zum Ende dieses Jahrzehnts etwa 27 Billionen US-Dollar (24,6 Billionen Euro) im Kampf gegen den Klimawandel. Das zeigt eine neue Studie der Strategieberatung Boston Consulting Group (BCG) und KfW Research, dem volkswirtschaftlichen Kompetenzzentrum der KfW Bankengruppe. Entlang mehrerer Dimensionen – vom Geschäftsmodell bis zu den notwendigen Rahmenbedingungen – skizziert das Papier, wie die Entwicklungs- und Förderbanken weltweit einen bedeutenden Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten können. Dies geschieht, indem sie Hindernisse für private Klimafinanzierungen reduzieren. Die Analyse beinhaltet zentrale handlungsleitende Empfehlungen, etwa zur Anpassung des Produktportfolios, Stärkung betrieblicher Prozesse und Nutzung von Synergien mit anderen Akteuren.

Die Deckung des enormen Gesamtinvestitionsbedarfs für das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, erfordert sowohl öffentliches als auch privates Kapital. Ein zentrales Erfolgskriterium dafür ist die multilaterale Koordination der Finanzierungsströme. Förder- und Entwicklungsbanken weltweit können neben vielseitigen Mandaten auch unterschiedliche Fähigkeiten in die Klimafinanzierung einbringen und damit Zusammenarbeit und strategischen Fortschritt der dringlichsten Finanzierungsprojekte unserer Zeit mitgestalten.



Quelle: © yurolaitsalbert - AdobeStock.com

"Die globalen Investitionen in den Klimaschutz müssen jährlich um mindestens 30 Prozent steigen – das ist etwa dreimal schneller als bisher", sagt Dr. Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW. "Entwicklungs- und Förderbanken können dazu beitragen, erhebliche Barrieren für private Klimafinanzierung zu verringern: Durch die Reduzierung komplexer Risikoprofile, durch die Unterstützung bei hohen Anfangsinvestitionen und durch das Bereitstellen von Langfristkapital und das Schließen von Wissenslücken."

"Development Finance Institutions (DFIs) wie die KfW spielen eine enorm große Rolle bei der Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel", sagt Dr. Alexander Noßmann, Co-Autor der Studie und Partner bei BCG. "DFIs werden maßgeblich dazu beitragen, eine Brücke zwischen öffentlichen und privaten Kapitalgebern zu bauen, indem sie über ihr Produktangebot und ihre Prozesse Investitionen in die Klimatransformation attraktiver gestalten. Das wird einen entscheidenden Einfluss bei der Bewältigung der Klimakrise haben."

Damit sowohl Entwicklungs- und Förderbanken als auch private Financiers ihr volles Potenzial in der Klimafinanzierung ausschöpfen können, kommt auch der Politik weltweit eine zentrale Rolle zu, wie die gemeinsame Analyse zeigt. Es gehe darum, in der Real- und Finanzwirtschaft sukzessive Rahmenbedingungen für klimafreundliche Investitionen und ihre Finanzierung zu schaffen. KfW und BCG betonen mit der zur 28. UN-Klimakonferenz (COP28) veröffentlichten Studie die Dringlichkeit, sich den Finanzierungsherausforderungen zu stellen. Folgende konkrete Schritte haben die Experten skizziert:

- Entwicklungs- und Förderbanken können durch einen Fokus auf die regionale und globale Zusammenarbeit die Anstrengungen bei der Klimafinanzierung bündeln und Synergien heben, z.B. durch gemeinsame digitale Plattformen
- Sie können ihr Produktportfolio anpassen, um den komplexen Risikoprofilen der Transformation gerecht zu werden und privates Kapital umfangreich und langfristig einzubinden, z. B. durch Investitionskonsortien, Risikoübernahme

oder die Begebung von Green Bonds
- Entwicklungs- und Förderbanken können ihre betrieblichen Prozesse stärker auf die zielgerichtete Mobilisierung von Klimafinanzierungen ausrichten, etwa durch ein modernes ESG-Risikomanagement, effiziente und kundenorientierte Strukturen und stärkere Digitalisierung
- Real- und finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen können die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen unterstützen, z. B. durch eine konsequente CO_2-Bepreisung, Anreize zur Etablierung grüner Zukunftstechnologien, eine differenzierte regulatorische Behandlung von Klimainvestitionen sowie eine weitere Integration der Kapitalmärkte
- Die Basis für eine optimale Kapitalallokation ist nicht zuletzt eine ausreichende Informationsgrundlage, insbesondere eine größere und datenbasierte Transparenz der Klimawirkungen der getätigten Investitionen

Impulse aus der gemeinsamen Studie fließen auch vor Ort in Dubai bei der COP28 in die internationale Diskussion ein. Im Pavillon des International Development Finance Clubs (IDFC) diskutieren hierzu am Freitag, 8.12.2023, 11h (Ortszeit) Jens Burchardt, Partner bei BCG, Admassu Tadesse, CEO der Eastern and Southern African Trade and Development Bank (TDB), und Stefan Wintels, CEO der KfW Bankengruppe.
Autor: www.kfw.de

LBBW startet ESG-Dashboard für Unternehmenskunden

Die LBBW gehört bei Finanzierungsprodukten und Dienstleistungen für Unternehmen rund um die nachhaltige Transformation zu den führenden deutschen Banken. Mit dem „ESG-Dashboard" erweitert die Bank ihr Angebot um eine weitere innovative Lösung. Die digitale Plattform liefert den Unternehmenskunden der LBBW einen schnellen Überblick im Branchenvergleich, wie nachhaltig sie wirtschaften.

Nachhaltige Transformation ist einer der fünf strategischen Hebel, mit denen die LBBW ihre Position im deutschen Bankenmarkt weiter stärken und ausbauen möchte. Sie begleitet ihre Kundinnen und Kunden sowohl mit ESG-orientierten Finanzierungslösungen als auch mit Nachhaltigkeitsberatung. Jetzt hat die LBBW als erste Bank ein ESG-Dashboard entwickelt, über das Unternehmen mit wenig Aufwand erste Einschätzungen zu ihren größten Herausforderungen in Sachen ESG erhalten.

„Das ESG-Dashboard – eine LBBW-Eigenentwicklung – ist eine echte Innovation", sagt Dr. Jürgen Harengel, COO Corporate Bank und Leiter des Zentralbereichs Unternehmenskunden. „Damit begleiten wir Unternehmenskunden fundiert auf dem Weg ihrer Transformation." Das im Austausch mit den LBBW-Unternehmenskunden entwickelte ESG-Dashboard wird ständig ausgebaut, um noch mehr Nutzwert zu liefern.
ESG: Die drei Buchstaben stehen für Environment (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (Unternehmensführung). Die Vielfalt der ESG-Kriterien überfordert viele Unternehmen. Sie fragen sich: Wie ESG bin ich? Das ESG-Dashboard gibt den Unternehmenskunden der LBBW mit seinen Antworten einen schnellen Überblick bei drei zentralen Fragen:

- Wie sieht es mit meinen Emissionen aus?
- Wie verantwortungsvoll ist mein Umgang mit Wasser?
- Bin ich vorbereitet auf gesetzliche Anforderungen?

Um die Antworten einordnen zu können, liefert das ESG-Dashboard einen Abgleich mit den branchenweiten Werten. Zum Start hat das ESG-Dashboard vier Bereiche:

Treibhausgas-Dashboard: Geben Unternehmen ihre Daten zum Ausstoß an Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen (Scope-1-Emissionen) in das ESG-Dashboard ein, erhalten sie eine Auswertung der aktuellen und der perspektivisch zu erwartenden Emissionswerte. Damit verbunden ist ein Branchen-Benchmarking.

Wasser-Dashboard: Wie verantwortungsbewusst Unternehmen mit Wasser umgehen, erfahren sie, wenn sie Kennzahlen (etwa: „Wie hoch ist die Wasserentnahme Ihres Unternehmens pro Jahr in Kubikmetern?") ins ESG-Dashboard eingeben. Die

Analyse ist ein erster Schritt zu einem besseren Wassermanagement.

ESG-QuickCheck: „Haben Sie eine ESG-Strategie?" „Welche Maßnahmen zur nachhaltigen Transformation setzen Sie um?" Die Antworten auf solche grundsätzlichen Fragen erlauben eine erste Einschätzung, wie fit ein Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit ist – und wo Handlungsfelder liegen.

Regulatorik-Check: Eine zunehmende Anzahl von Unternehmen müssen die gesetzlichen Vorgaben der CSRD-Berichterstattung, des Lieferkettengesetzes und der EU-Taxonomie erfüllen. Nicht alle wissen, dass sie betroffen sind – und sind daher kaum vorbereitet. Der Regulatorik-Check bringt Licht ins Dunkel.

Unternehmenskunden der LBBW können das ESG-Dashboard nutzen, indem sie sich in das LBBW Corporates Portal einloggen und die ESG-Dashboard-App aktivieren. Nächster geplanter Schritt ist eine „Physical Impact Map". Aus dieser Karte geht hervor, wie hoch die Gefährdung eines bestimmten Unternehmensstandorts etwa durch extreme Hitze, steigende Meerespegelstände oder auch Waldbrände ist.
Autor: www.lbbw.de

Jährliche ESG-Umfrage von Fidelity International:
Unternehmen sind weiterhin für ESG-Engagement offen

Regulierung, Unterstützung durch Regierungen und Aktionärsmaßnahmen sind wichtige Hebel, die die Umweltpraktiken von Unternehmen verbessern können. Das Erreichen des Netto-Null-Ziels ist für das Überleben unseres Planeten von zentraler Bedeutung. Der Weg dorthin bleibt jedoch eine der größten Herausforderungen, denen sich die Weltgemeinschaft zu stellen hat. Die jährliche ESG-Analystenumfrage von Fidelity International (Fidelity) zeigt, dass Unternehmen weiterhin offen für einen Dialog mit Stakeholdern sind, wie sie ihre Nachhaltigkeitsbemühungen in einem sich schnell verändernden Umfeld vorantreiben können. Die Umfrage fasst die Einschätzung zu


Quelle: © m.mphoto - AdobeStock.com

ESG-Trends der Fidelity-Analysten weltweit zusammen und aggregiert Bottom-up-Informationen aus ca. 20.000 individuellen Unternehmensinteraktionen.

Unternehmen bleiben offen für ESG-Engagement

Frage: *Wie gut haben Ihre Unternehmen in den letzten zwölf Monaten auf die Engagement-Bemühungen reagiert?*

Weltweit gaben die Fidelity-Analysten an, dass 68 Prozent der von ihnen untersuchten Unternehmen in den letzten zwölf Monaten auf ihre Engagement-Bemühungen reagiert haben. An der Spitze stehen Unternehmen in Japan mit 89 Prozent gefolgt von EMEA/Lateinamerika (83 Prozent) und Asien-Pazifik ex China und Japan (71 Prozent).

Unternehmen hinken beim Netto-Null-Fortschritt hinterher – Risiken werden Realität

Nur 43 Prozent der Analysten glauben, dass Unternehmen heute bereits eine glaubwürdige Netto-Null-Strategie für 2050 haben. Gleichzeitig sind sich die meisten Unternehmen der Risiken bewusst, die mit dem Verfehlen der Ziele verbunden sind, was die Notwendigkeit zur Beschleunigung der Netto-Null-Ambitionen unterstreicht. 85 Prozent der Fidelity-Analysten sind der Meinung, dass sich Unternehmen mit den Bedrohungen auseinandersetzen, die sich aus potenziellen Klima- und Naturveränderungen für ihr Geschäft ergeben.

Die meisten Unternehmen analysieren die Bedrohungen des Klimawandels für ihr Geschäft

Drei effektivste Antriebskräfte auf dem Weg zu Netto-Null

Es ist noch ein langer Weg, bis das Netto-Null-Ziel erreicht wird. Die Fidelity-Analysten haben jedoch drei Hebel identifiziert, die Verbesserungen in den

Umweltpraktiken von Unternehmen beschleunigen können: Regulierung, Unterstützung durch Regierungen und Aktionärsmaßnahmen.
Regulierung, Unterstützung durch Regierungen und Aktionärsmaßnahmen werden das Umweltverhalten von Unternehmen bestimmen

Frage: *Was wird Ihrer Meinung nach in den nächsten zwölf Monaten zu Veränderungen in der Umweltpraxis in Ihren Unternehmen führen?*

„Auch wenn Unternehmen mit ihren Transformationsplänen hinterherhinken, wächst das Bewusstsein für die Bedrohungen durch den Klimawandel und die Verschlechterung der Ökosysteme sowie die Notwendigkeit, sich zu engagieren", sagt Jenn-Hui Tan, Chief Sustainability Officer bei Fidelity International. „Trotz dieser Bereitschaft zeigt unsere


Quelle: © Philip Steury - AdobeStock.com



Quelle: © Fabio Principe - AdobeStock.com

Umfrage, dass noch ein langer Weg vor uns liegt und die Unternehmen weiterhin Unterstützung benötigen, um ihre Netto-Null-Ziele zu erreichen. Regulierung, staatliche und Aktionärsmaßnahmen spielen eine Schlüsselrolle, um ein günstiges Umfeld für eine erfolgreiche Transformation zu Netto-Null zu schaffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass langfristige Entscheidungen ein sorgfältiges Abwägen von Kompromissen und Beschränkungen sowohl bei finanziellen als auch bei Nachhaltigkeitszielen vor einem unsicheren makroökonomischen Hintergrund erfordern."
Autor: www.fidelity.de

Green Asset Ratio – Ist der Crashtest wirklich ein Fehlschlag?

Von Armand Satchian, ESG Analyst, La Française AM. 2024 werden die Finanzinstitute zum ersten Mal ihre Green Asset Ratio (GAR) offenlegen. In den Vorjahren hatten die Finanzinstitute nur die „Berechtigungsversion" dieses Indikators veröffentlicht. Die Veröffentlichung der GAR ist ein wichtiger Schritt, um Stakeholdern einen Überblick darüber zu verschaffen, wie und in welchem Ausmaß die Vermögenswerte der Finanzinstitute mit den Umweltzielen der European Union Taxonomy (EUT) übereinstimmen – ein wesentliches Instrument des EU-Rahmenwerks für nachhaltige Finanzen. Der Indikator stellt ein Verhältnis zwischen den an der EUT ausgerichteten Vermögenswerten und den gesamten von der GAR abgedeckten Vermögenswerten (im Nenner enthaltene Vermögenswerte) dar. Angesichts der zahlreichen Kritikpunkte, die der Bankensektor an diesem Indikator geäußert hat, könnte diese Erstveröffentlichung jedoch als Crashtest gewertet werden, der möglicherweise seine zukünftige Glaubwürdigkeit beeinträchtigen könnte.

Die integrierten Jahresberichte 2023 (veröffentlicht 2024) haben die Prognosen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) in ihrem EU-weiten Pilotprojekt zu Klimarisiken von 2021 bestätigt – die GAR-Werte (Umsatz-KPI) wären äußerst niedrig. Während der durchschnittliche Prozentsatz der zulässigen Vermögenswerte 36,5 % erreicht, liegt der von unserem Team berechnete durchschnittliche GAR (Prozentsatz der angepassten Vermögenswerte) bei nur 2,5 % (basierend auf einer Stichprobe aus 24 Finanzinstituten).

Um die Erwartungen der Stakeholder zu erfüllen,

haben die Finanzinstitute die Grenzen der GAR über verschiedene Kanäle wie die European Banking Federation (EBF), ihre integrierten Jahresberichte usw. aktiv kommuniziert. Sie haben insbesondere hervorgehoben, dass der Indikator strukturell niedrig und irreführend ist und dass die Vergleichbarkeit eine Herausforderung darstellt, da der Indikator stark vom Geschäftsmodell der einzelnen Finanzinstitute beeinflusst wird (z. B. Exposure gegenüber Unternehmen, die nicht der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) unterliegen). Darüber hinaus stellt der Zugang zu Daten, die die Anpassung der EUT für Vermögenswerte unterstützen, insbesondere im Einzelhandelssegment, eine echte Herausforderung dar.

Es ist nicht klar, wie die Kommission das Feedback der Finanzinstitute überprüfen und integrieren und die GAR-Methode auf den neuesten Stand bringen wird. Einem von Environmental Finance veröffentlichten Artikel zufolge wird eine solche Überprüfung wahrscheinlich nicht vor 2025 stattfinden. In ihren Leitlinien zur Offenlegung von ESG-Risiken hat die EBA jedoch bereits einen ergänzenden (aber vergleichbaren) Indikator vorgeschlagen, um einige der Einschränkungen der GAR zu beheben: die „Banking Book Taxonomy Alignment Ratio" (BTAR), die von den Finanzinstituten bald offengelegt werden sollte.

Wir begrüßen die umfassenden Hinweise der Finanzinstitute darauf, dass die Beteiligten bei der Auslegung der GAR vorsichtig sein müssen. Wir teilen die Meinung, dass es bei der Gestaltung erheblichen Verbesserungsbedarf gibt. Wir erkennen jedoch auch die erhöhte Transparenz an, die durch den Indikator ermöglicht wird, und sind der Meinung, dass der Crashtest nicht wirklich ein kompletter Fehlschlag ist.

Erstens tragen die detaillierten Angaben der Finanzinstitute zur Berechnung der GAR bereits dazu bei, bestimmte Einschränkungen zu überwinden. Trotz der strukturellen Beschränkungen des Indikators erhält man einen direkten Einblick in die zulässigen Assets und die angepassten Assets, was Klarheit über den Anteil der zulässigen Assets schafft, die mit der EU-Taxonomie übereinstimmen (im Durchschnitt 6,5 % auf Basis unserer Stichprobe). Auch wenn diese schnelle Neuberechnung bei weitem nicht alle Probleme löst, so kann sie doch teilweise die mangelnde Konsistenz zwischen Zähler und Nenner und das Problem der Vergleichbarkeit lösen. Außerdem lässt sich daraus die folgende Schlussfolgerung ziehen: Der Grad der Angleichung ist nach wie vor gering, und die Finanzinstitute müssen, abgesehen von den konzeptionellen Einschränkungen der GAR, noch aktiv an ihrem Beitrag zu den EU-Umweltzielen arbeiten.

Die vom GAR-Offenlegungsformat vorgeschlagene Granularität erleichtert es nachhaltigen Anlegern, schnellere Erfolge und potenzielle Themen für die Zusammenarbeit mit Finanzinstituten zu identifizieren. Eine große Chance liegt in der Umsetzung von Maßnahmen, die sich aktiv mit dem „Hypotheken"-Portfolio befassen, da dieses den Großteil der unter die EUT fallenden Vermögenswerte ausmacht, aber immer noch nur in sehr begrenztem Umfang an diese angepasst ist. Während Kredite an Privathaushalte (meist bestehend aus Hypotheken) im Durchschnitt 88,8 % der EUT-fähigen Aktiva ausmachen, ist nur ein sehr begrenzter Teil dieser zulässigen Aktiva an die EUT angepasst (normalerweise weniger als 5 %). Interessanterweise sind die als „zulässig" erachteten Vermögenswerte (gemessen am Volumen) auch am stärksten von der Herausforderung der Verwendbarkeit der EUT betroffen, was in erster Linie auf die Datenknappheit im Privatkundensegment zurückzuführen ist (auch wenn die Finanzinstitute nicht verpflichtet sind, soziale Mindestgarantien für Hypotheken zu erfüllen), aber auch auf die immer noch relativ geringe Energieeffizienz europäischer Gebäude (im Vergleich zu den strengen EUT-Kriterien). Einige Finanzinstitute geben sogar an, dass keine einzige Hypothek in ihrem Portfolio mit den EUT übereinstimmt. Andere geben einen etwas optimistischeren Ausblick und berichten über einen relativ hohen Übereinstimmungsgrad (mit Übereinstimmungszahlen um die 20 %), oft in Verbindung mit den höchsten GAR-Werten. Finanzinstitute mit höheren GAR-Werten führen dies auf die relativ höhere Energieeffizienz von Gebäuden in ihren Ländern zurück (was den Beitrag zum EUT-Ziel der Eindämmung des Klimawandels unterstützt). Sie gewähren auch Einblicke in die Prozesse, die zur Durchführung interner physischer Risikobewertungen eingesetzt werden (was die Ausrichtung auf das Kriterium „Anpassung an den Klimawandel – keine signifikanten Schäden" unterstützt). Allerdings sollte man vorsichtig sein, da höhere Übereinstimmungszahlen nicht notwendigerweise bessere Praktiken widerspiegeln, sondern einfach aus „unterschiedlichen Auslegungen, wie bestimmte Kriterien der Taxonomie anzuwenden sind", resultieren könnten, wie das EBF feststellt.

Dies könnte eine weitere wichtige Lektion sein, die dieser Crashtest gelehrt hat – die GAR-Berechnung hat die Finanzinstitute zur Erkenntnis geführt, wie

wichtig die Herausforderung der Nutzbarkeit der EUT war. Die Stakeholder müssen nun verschiedene Ansätze identifizieren, bewerten und vorschlagen, um beste Methoden zur Unterstützung und Offenlegung der Angleichung sowie zur Unterstützung ihrer Kunden (hauptsächlich Unternehmen und Privatpersonen) bei der Annäherung an den EUT-Standard zu fördern. Die EBA hat bereits erste Initiativen ergriffen und schlägt beispielsweise einen „vereinfachten Ansatz" (unter Verwendung von Proxies) vor, der auf Privatkunden angewandt werden könnte und die Anpassung an die EUT erleichtern würde. Außerdem haben Finanzinstitute oder Regulierungsbehörden bereits mehrere Maßnahmen vorgeschlagen, um die Haushalte dazu zu bewegen, energieeffizientere Lösungen zu wählen (z. B. grüne Hypotheken mit niedrigeren Zinssätzen zur Förderung der Nachfrage, Beratungsdienste für Energieeffizienz). Angesichts des niedrigen Angleichungsgrads müssen diese Maßnahmen noch weiter verbreitet werden, um die EU-Ziele „Fit for 55" zu erreichen.

Es ist erwähnenswert, dass die Überwindung dieser Herausforderungen in Bezug auf die Nutzbarkeit nicht nur im GAR-Kontext von Vorteil sein wird, sondern auch die Fähigkeit der Finanzinstitute verbessert, Zugang zum europäischen Markt für grüne Anleihen zu erhalten. Der freiwillige European Green Bond Standard (EU GBS) wird Emittenten nämlich dazu verpflichten, den Großteil der Erlöse in Vermögenswerte zu investieren, die mit den EUT übereinstimmen. Die Erleichterung des Zugangs von Finanzinstituten zum europäischen Markt für grüne Anleihen kann ebenfalls zum Erfolg dieses (vorerst) freiwilligen Systems beitragen, da Finanzunternehmen einen wesentlichen Anteil der Emittenten von gekennzeichneten Anleihen ausmachen.

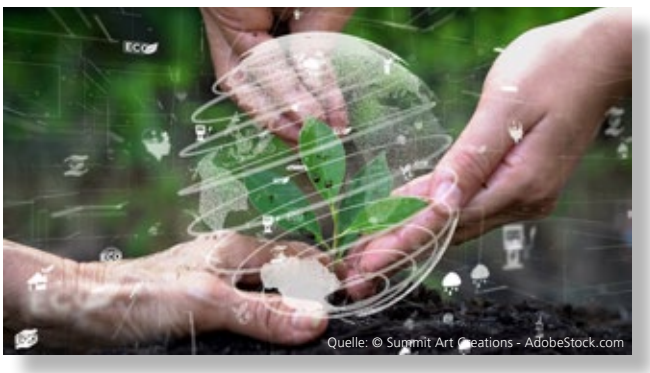
Nach diesem Crashtest wird die GAR wahrscheinlich weiterhin im Rampenlicht stehen und möglicherweise an Glaubwürdigkeit einbüßen (zumindest in ihrer derzeitigen Fassung). Dennoch sind sich die Beteiligten (z. B. Finanzinstitute, Aufsichtsbehörden) nach der ausführlichen Erläuterung ihrer Grenzen und der Erprobung in der Praxis nun der Herausforderungen bewusst und sollten aktiv daran arbeiten, diese zu bewältigen. Dies wird nicht nur für die Berichterstattung, sondern auch für den Erfolg des EU-Rahmens für nachhaltige Finanzen von entscheidender Bedeutung sein.
Autor: www.la-francaise-systematic-am.com

Preis für das nachhaltigste Finanzinstitut geht an die GLS Bank

Die GLS Bank hat den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2024 in der Branche Kreditinstitute gewonnen. Sie hat sich im Finale gegen zwei Mitbewerber behauptet Düsseldorf.

Nachhaltigkeit im Bankgeschäft: Dafür steht die GLS Bank seit ihrer Gründung im Jahr 1974. Bereits im Jahr 2012 hat die Bank als erstes Finanzinstitut überhaupt den Deutschen Nachhaltigkeitspreis (DNP) bekommen. Die erneute Auszeichnung beweist den konsequent nachhaltigen Weg der ersten sozial-ökologischen Bank. Die GLS Bank hat sich gegen ihren Mitbewerber Triodos und den Finanzdienstleister Tomorrow durchgesetzt.

Vorstandssprecherin Aysel Osmanoglu sagt: „Sozial-ökologisches Wirtschaften und ökonomischer Erfolg gehen Hand in Hand. Das gilt für Banken wie Unternehmen. Wir danken unseren Kundinnen


Quelle: © Summit Art Creations - AdobeStock.com

und Kunden für das Vertrauen. Ohne deren Pionierarbeit wäre ein solcher Preis nicht möglich."

Erstmals wurden Unternehmen aus 100 Branchen ausgezeichnet

Der DNP wird seit 2008 jährlich vergeben. Im Laufe der Zeit sind immer mehr Branchen hinzugekom-

men. 2023 wurden erstmals Unternehmen aus 100 Branchen ausgezeichnet. Entsprechend lang war auch die Liste der Jurymitglieder: Rund 170 Personen beurteilten die Unternehmen mit Blick auf ihre Ökobilanz. Zum Vergleich: 2012 gab es gerade mal 16 Juror*innen.

Der DNP versteht sich als Europas größte Auszeichnung für ökologisches und soziales Engagement. Er richtet sich an Unternehmen verschiedener Größen, die sich für die Transformation zu einer nachhaltigeren und sozialeren Gesellschaft einsetzen.

GLS Bank verfolgt seit 1974 einen konsequent grünen Ansatz

Hier ist die GLS Bank in Deutschland führend. Sie finanziert mit ihren Krediten und Investitionen nur Unternehmen und Projekte, deren Arbeit und Ziele den Menschen und der Umwelt nützen. Sie verfolgt sowohl die Energie- als auch Ernährungswende. Sie zeigt auch, dass Wohnen sozial und ökologisch sein kann. Sie steht für konsequenten Klimaschutz und fordert von der Politik entsprechende Rahmenbedingungen. Am Herzen liegen der Genossenschaftsbank immer die Menschen und die Gemeinschaft.

Ihr soziales Engagement wird im Nachhaltigkeitsbericht 2022 deutlich.

Bei 68 Prozent der von der GLS Bank finanzierten Wohnprojekte lag die durchschnittliche Miete unter dem örtlichen Mietspiegel. Durch Kredite der GLS Bank entstanden fast 1.400 Schul- und Kitaplätze sowie 351 neue Pflegeplätze für Wohnen im Alter. 88 Prozent der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, die durch die GLS Bank finanziert wurden, verzichten in ihrer Satzung explizit auf eine Gewinnorientierung.
Autor: www.gls.de

100 Tage Heizungsförderung: KfW zieht positive erste Zwischenbilanz

100 Tage nach dem Start der neuen Förderung des Umstiegs auf klimafreundliche Heizungen nach dem Gebäudeenergiegesetz zieht die KfW eine positive erste Zwischenbilanz. „Die Förderung ist ein wichtiger Baustein der Energiewende im Gebäudesektor – und sie kommt an“, sagte die für das Inländische Fördergeschäft zuständige Vorständin Katharina Herrmann in Frankfurt am Main.

„Bis Ende Mai hat die KfW rund 34.000 Zuschussanträge für den Austausch alter Heizungsanlagen zugesagt. Fördermittel in Höhe von 507 Mio. EUR sind bereits für die Kunden reserviert.“ Die KfW hob die große Zustimmung der Kundinnen und Kunden zum schnellen und reibungslosen Online-Antragsverfahren hervor. Bei vollständigen Unterlagen und förderfähigen Projekten übermitteln wir auf digitalem Wege binnen Minuten die Fördermittelzusage“, betonte Katharina Herrmann.


Quelle: © tippapatt - AdobeStock.com

„Damit hat der Kunde sofortige Sicherheit über die Höhe der finanziellen Unterstützung seines Vorhabens.“ Die KfW setzt die Heizungsförderung aus Mitteln des Bundes gemäß einem mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz abgestimmten Förderfahrplan gestaffelt um:

Seit 27. Februar können selbstnutzende Eigentümer von Einfamilienhäusern die Förderung beantragen. Am 28. Mai folgte plangemäß die zweite Antragstellergruppe der privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von Mehrfamilienhäusern sowie Wohneigentümergemeinschaften (WEG) für Maßnahmen am Gemeinschaftseigentum.

Ende August folgt die dritte und letzte Antragstellergruppe. Diese umfasst Unternehmen und Kommunen sowie Eigentümer vermieteter Einfamilienhäuser und Wohneigentümergemeinschaften bei Maßnahmen am Sondereigentum.

Neben einer Grundförderung von 30 % der förderfähigen Gesamtkosten sind mehrere Boni möglich. Maximal kann der Investitionszuschuss 70 % erreichen.

Nach einer Zusage haben die Kunden 36 Monate Zeit, den Heizungsaustausch durchzuführen. Die Einreichung von Nachweisen der Durchführung ist etwa sechs Monate nach Start der jeweiligen Antragstellergruppe möglich. Die Ende Februar gestartete Gruppe der selbstnutzenden Einfamilienhausbesitzer kann planmäßig im September digital Nachweise einreichen und nach deren erfolgreicher Prüfung die Auszahlung ab Oktober erhalten. Für die mit dem Heizungsaustausch verbundenen Investitionen bietet die KfW über den Zuschuss hinaus zinsgünstige Ergänzungskredite an, die Kunden bei ihrer Hausbank beantragen können.

Schon jetzt können alle Antragstellergruppen förderfähige Vorhaben des Heizungstausches beginnen. Startet das Vorhaben bis zum 31. August, lässt sich die Antragsstellung bis zum 30. November nachholen. Ab dem 1. September ist der Antrag in jedem Falle vor Beginn der Arbeiten zu stellen.

„Die Menschen in Deutschland wollen die Energiewende mitgestalten“, sagte Katharina Herrmann. „Wir in der KfW als Bank aus Verantwortung helfen den Bürgerinnen und Bürgern, Klimafreundlichkeit und Bezahlbarkeit miteinander zu vereinbaren. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Deutschland beim Klimaschutz im Gebäudebestand schnell vorankommt.“
Autor: www.kfw.de

Gesamtschäden aus Naturkatastrophen 2023: 250 Mrd. US$; rund 74.000 Todesopfer

Thomas Blunck, Mitglied des Vorstands der MunichRe: “Das Jahr 2023 war erneut von sehr hohen versicherten Schäden aus Naturkatastrophen geprägt, und das, obwohl es keine extremen Einzelschäden gegeben hat. Das belegt, wie wichtig die Rolle von Versicherungen ist, um die Folgen von Naturkatastrophen abzufedern. Umfassende Daten und tiefes Wissen über die Veränderungen von Risiken bleiben ein Schlüssel für Deckungen zum Schutz der Menschen vor Naturkatastrophen. Ein weiterer ist Prävention. Die Opferzahlen durch die verheerenden Erdbeben in diesem Jahr sind ein Weckruf, durch angepasste Bauweisen Menschen besser zu schützen.”

Die Naturkatastrophen 2023 in Zahlen

Weltweit verursachten Naturkatastrophen 2023 Schäden von rund 250 Mrd. US$ (Vorjahr 250 Mrd. US$), davon waren 95 Mrd. US$ (Vorjahr 125 Mrd. US$) versichert. Die Gesamtschäden entsprechen dem Fünfjahresdurchschnitt, die versicherten Schäden lagen leicht darunter (Durchschnitt 105 Mrd. US$). Anders als in den Vorjahren trieben diesmal keine Mega-Katastrophen in Industrieländern die Schäden (wie etwa 2022 Hurrikan Ian mit Gesamtschäden von 100 Mrd. US$, davon 60 Mrd. US$ versichert).

Stattdessen war die Schadenbilanz von vielen regionalen Unwettern geprägt. Noch nie wurden in Nordamerika und in Europa derart hohe Gewitterschäden verzeichnet: Werte von rund 66 Mrd. US$ wurden in Nordamerika zerstört, 50 Mrd. US$ waren versichert. In Europa betrugen die Gesamtschäden 10 Mrd. US$ (9,1 Mrd. €), davon waren 8 Mrd. US$ (7,3 Mrd. €) versichert. Die Forschung geht überwiegend davon aus, dass der Klimawandel Unwetter mit schweren Hagelschlägen begünstigt. Auch die Gewitter-Schadenstatistiken in Nordamerika und anderen Regionen zeigen nach oben.

Die Zahl der Todesopfer durch Naturkatastrophen stieg im Jahr 2023 auf 74.000 und lag damit deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (10.000). Nach Jahren relativer Ruhe löste eine Reihe verheerender Erdbeben humanitäre Katastrophen aus. Rund 63.000 Menschen kamen im Jahr 2023 durch derartige geophysikalische Gefahren ums Leben (85% Anteil) – so viele wie seit 2010 nicht mehr. Bei den ökonomischen Schäden aus Naturkatastrophen dominierten dagegen die Unwetterereignisse: 76% der Gesamtschäden waren wetterbedingt, 24% hatten geophysikalische Ursachen.

Globale Temperatur auf Rekordkurs

Extrem hohe Temperaturen begünstigten die Wetterkatastrophen. Weltweit lagen die Durchschnittstemperaturen bis November rund 1,3°C über denen der vorindustriellen Zeit (1850–1900). Dadurch stand schon früh fest: 2023 wird das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturmessungen. Damit sind die letzten zehn Jahre die wärmsten überhaupt.

Eine Rolle bei den Temperaturen spielte das El Niño-Phänomen, eine natürliche Klimaschaukel im Nordpazifik mit Auswirkungen auf Wetterextreme in vielen Regionen der Welt. Forschende führen den Trend zu wärmeren globalen Temperaturen jedoch hauptsächlich auf den Klimawandel zurück, natürliche Schwankungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Saisonale Temperaturrekorde wurden 2023 reihenweise gebrochen. Frühlingstemperaturen von mehr als 40°C in Südwesteuropa (April) und Argentinien (September), mehr als 50°C im Nordwesten Chinas, Nachttemperaturen von mehr als 32°C im US-Bundesstaat Arizona im Juli: Mehrere Studien fanden deutliche Zusammenhänge mit dem Klimawandel.


Quelle: © v.poth - AdobeStock.com

In vielen Regionen waren starke Waldbrände die Folge von Hitze und Dürre. In Kanada vernichteten wochenlange Brände rund 18,5 Millionen Hektar Wald, mehr als jemals zuvor. Die Feuer erreichten allerdings keine größeren Städte und Industrieanlagen, so dass Kanada einer erneuten Waldbrandkatastrophe wie zuletzt in Fort McMurray 2016 entging (damalige Schäden: 4,1 Mrd. US$, davon 2,9 Mrd. US$ versichert).

„Die seit Jahren beschleunigte Erderwärmung verstärkt in vielen Regionen die Wetterextreme und damit auch das Schadenspotenzial. Bei höheren Temperaturen verdunstet mehr Wasser, und mit der zusätzlichen Feuchtigkeit steigt in der Atmosphäre die potenzielle Energie für starke Unwetter. Gesellschaft und Wirtschaft müssen sich an die veränderten Risiken anpassen – andernfalls steigen die Schadenlasten. Die Analyse von Risiken und ihrer Veränderungen liegt in der DNA von Munich Re. Deshalb sind wir in der Lage, stabilen Versicherungsschutz gegen Naturkatastrophen anzubieten – und diesen sogar auszubauen. Dadurch können wir einen Teil der Notlagen und Schäden abpuffern“, sagt Chef-Klimatologe Ernst Rauch.

Die schadenreichsten Ereignisse des Jahres

Die Erdbebenserie im Südosten der Türkei und in Syrien im Februar war die verheerendste Naturkatastrophe des Jahres. Der stärkste Erdstoß mit einer Magnitude von 7,8 war das heftigste Beben seit Jahrzehnten in der Türkei. Rund 58.000 Menschen starben. Unzählige Gebäude stürzten ein, die Infrastruktur wurde massiv zerstört. Mit einem Gesamtschaden von rund 50 Mrd. US$ war es auch die teuerste Naturkatastrophe des Jahres. Der versicherte Schaden betrug trotz einer obligatorischen Wohngebäudeversicherung (Turkish Catastrophe Insurance Pool, TCIP) nur rund 5,5 Mrd. US$.

Die zweitteuerste Katastrophe gemessen an den Gesamtschäden war Taifun Doksuri. Der Sturm streifte im Juli die Philippinen und traf mit Windgeschwindigkeiten von ca. 180 km/h bei Jinjiang in der Provinz Fujian auf das chinesische Festland. Doksuri brachte extreme Niederschläge und verursachte zerstörerische Überschwemmungen. Mancherorts in China regnete es 600 mm an einem Tag, die höchste Niederschlagsmenge in China seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Gesamtschäden betrugen ca. 25 Mrd. US$, nur rund 2 Mrd. US$ waren versichert – ein Beispiel für die nach wie vor sehr große Versicherungslücke bei Naturkatastrophen in China.

Außergewöhnlich war die überraschend schnelle Intensivierung von Hurrikan Otis an der mexikanischen Westküste im Oktober: Innerhalb eines Tages verstärkte er sich von einem relativ harmlosen Tropensturm zu einem Hurrikan der höchsten Kategorie. Er traf direkt auf den Urlaubsort Acapulco und verwüstete ihn. Mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 265 km/h war es der stärkste Sturm, der je die mexikanische Pazifikküste heimsuchte. Der Gesamtschaden wird auf 12 Mrd. US$ geschätzt, die versicherten Schäden aufgrund der hohen Hoteldichte auf rund 4 Mrd. US$. Es war die drittteuerste Katastrophe nach Gesamtschäden.

Doksuri und Otis passen zu dem Muster, das Wissenschaftler als Folge des Klimawandels erwarten: eine Verschiebung hin zu mehr starken Stürmen und solchen mit extremen Niederschlägen. Auch die häufigere schnelle Verstärkung von tropischen Wirbelstürmen führen Experten auf den Klimawandel zurück.
Autor: www.munichre.de

Deutschland: 4,9 Milliarden Euro Schäden durch Wetterextreme 2023

Unwetter wie Stürme und Überschwemmungen durch Starkregen führen regelmäßig zu heftigen Schäden an Gebäuden und Autos. Die schwersten Schäden des Jahres 2023 verursachten Sommerunwetter im August.



Wetterextreme wie Sturm, Hagel und Überschwemmungen in Folge von Starkregen haben auch in diesem Jahr hohe Schäden verursacht. „Die versicherten Schäden an Häusern, Hausrat, Betrieben und Kraftfahrzeugen sind 2023 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 900 Millionen Euro auf 4,9 Milliarden Euro gestiegen", sagt Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). „Sie liegen damit leider ziemlich stabil auf dem hohen Niveau des langjährigen Durchschnitts von 4,9 Milliarden Euro."

Der aktuellen GDV-Naturgefahrenbilanz zufolge entfielen auf die Sachversicherung Schäden in Höhe von 3,6 Milliarden Euro: 2,7 Milliarden für Schäden durch Sturm und Hagel und 900 Millionen Euro durch weitere Naturgefahren wie Überschwemmungen in Folge von Starkregen. Die Schadenbilanz fällt hier leicht unterdurchschnittlich aus. Für die Kraftfahrtversicherer war 2023 mit rund 465.000 Schäden in Höhe von 1,3 Milliarden Euro hingegen überdurchschnittlich hoch. Der langjährige Durchschnitt liegt hier bei 1,1 Milliarden Euro.

Schadenträchtige Sommermonate

Große Schäden durch Winter- und Herbststürme sind 2023 weitgehend ausgeblieben. Ganz anders zeigte sich das Bild im Sommer: Allein im August verursachten heftige Unwetter versicherte Schäden in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, also fast ein Drittel des Gesamtschadens. Die Sachversicherer waren hier mit 950 Millionen Euro und die Kfz-Versicherer mit 550 Millionen Euro betroffen. Bereits im Juni hatten die Unwetter „Kay" und „Lambert" schwere Schäden in Höhe von 740 Millionen Euro angerichtet. Davon entfielen 390 Millionen Euro auf die Sachversicherung und die übrigen 350 Millionen Euro auf die Kraftfahrtversicherer.

Schutz vor Naturgefahren

Mit einer Elementarschadenversicherung können sich Immobilienbesitzer gegen weitere Naturgefahren, wie Überschwemmungen in Folge von Starkregen versichern. „Viele Immobilienbesitzende sind sich der Naturgefahren, die ihre Häuser bedrohen, nicht bewusst. Sie verzichten daher auf diese existenzielle Absicherung, obwohl ausreichend Versicherungsschutz angeboten wird", sagt Asmussen. Dieser Versicherungsschutz könne infolge des Klimawandels und bei fehlender Klimafolgenanpassung perspektivisch jedoch teurer werden. Nach vorläufigen Zahlen haben inzwischen 54 Prozent der Wohngebäude eine Versicherung gegen weitere Naturgefahren.

Vor diesem Hintergrund werden aus Sicht der Versicherungswirtschaft Prävention und Klimafolgenanpassung immer wichtiger. Sie tragen dazu bei, dass Schäden durch Naturkatastrophen und damit Versicherungsprämien finanziell nicht aus dem Ruder laufen. „Es wird vielerorts geplant und gebaut, als ob es den Klimawandel und seine Folgen nicht gäbe", so Asmussen. „Daher benötigen wir eine Verankerung der Anpassung an den Klimawandel im Bauordnungsrecht, weniger Flächenversiegelungen und Bauverbote in Überschwemmungsgebieten."

Um die Folgen des Klimawandels abzufedern, haben die Versicherer ein Gesamtkonzept erarbeitet, das drei Kernelemente umfasst: Verbindliche Schritte zur Klimafolgenanpassung, privaten Versicherungsschutz für Hauseigentümer und eine staatliche Vorsorge für den Fall eines katastrophalen Großereignisses. Autor: www.gdv.de

Versicherungskammer ergänzt ihre Natur-Katastrophen-Rückversicherung erstmals über Cat Bond Markt

Der Konzern Versicherungskammer hat erstmals eine Katastrophenanleihe (Cat Bond) über die in Irland ansässige und nach dem Konzerngründer König Maximilian I. benannte Zweckgesellschaft „King Max Re DAC" emittiert. Die Anleihe hat ein Gesamtvolumen von 175 Millionen Euro und schützt die Kompositversicherer des Konzerns über einen Rückversicherungsvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren. Abgedeckt werden damit die vier wesentlichen Naturgefahren Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben, auf eine für den Bestand des Erstversicherers individuell festgelegte Schadenhöhe im Falle eines Kumulereignisses.

„Schadenereignisse, wie die Flutkatastrophe im Ahrtal oder der Hagelsturm Denis, und Modellierungsergebnisse für Naturgefahren zeigen einen höheren Absicherungsbedarf. Als größter öffentlicher Versicherer und einer der führenden Gebäudeversicherer sehen wir uns in der Verantwortung, das Risiko für unsere Kunden und Stakeholder zu reduzieren.", so Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer.

„Durch diese Form des direkten Risikotransfers in die Kapitalmärkte schaffen wir eine ergänzende und diversifizierende Alternative zu unseren traditionellen Rückversicherungslösungen", sagt Ulrich Müller, Hauptabteilungsleiter Rückversicherungen im Konzern Versicherungskammer.

Der Cat Bond wurde in Zusammenarbeit mit Aon aufgelegt. Jan-Oliver Thofern, Chairman und CEO von Aon Deutschland ergänzt: „Cat Bonds wurden bislang nur von international tätigen deutschen Versicherern aufgelegt. Mit dieser Emission zeigt der Konzern Versicherungskammer als erster öffentlicher Versicherer, dass Cat Bonds auch für mehrheitlich in Deutschland tätige Unternehmen umsetzbar und werthaltig sind."
Autor: www.vkb.de

Nachhaltige Fondspolicen und Fondsanlagen in Deutschland

Was steht in den Produktunterlagen und wo fließt das Geld der Kunden tatsächlich hin – infinma hat genauer hingesehen. Die Branche der Lebensversicherer ist bereits „grüner", als die meisten gedacht haben.

Bereits ab dem Geschäftsjahr 2020 wertet infinma regelmäßig die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen aus. Dabei handelt es sich um die Kapitalanlagen, sprich im Wesentlichen Investmentfonds, die von den Kunden im Rahmen von Fondspolicen tatsächlich bespart werden.

Für die Jahre 2020 bis 2022 haben die Kölner Analysten über 38.000 Datensätze erfasst und darin gut 6.000 unterschiedliche Fonds bzw. Tranchen von Fonds ausgewertet.

Aus diesen Angaben hat infinma bereits im letzten Jahr den sog. iNi, den infinma Nachhaltigkeitsindikator für Fondspolicenbestände, für alle Anbieter von fondsgebundenen Produkten ermittelt. Dazu wurde die Summe der Kundengelder bestimmt, die in Investmentfonds liegen, welche nach den Artikeln 8 und 9 der EU-Offenlegungsverordnung von den Kapitalverwaltungsgesellschaften als nachhaltig eingestuft wurden.

Die Ergebnisse wurden von infinma auf der Seite der Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung (BINL) veröffentlicht.

Die anstehenden Analysen für das Geschäftsjahr 2023 hat infinma jetzt zum Anlass genommen, die bisherigen Nachhaltigkeitseinstufungen einem

kompletten Review zu unterziehen. Damit reagieren die Kölner Analysten auf die Entwicklungen in der Investmentbranche, in der häufig bestehende Fonds „grüner" gemacht werden, d. h. ihre Nachhaltigkeitseinstufungen sind höher gesetzt worden. Vereinzelt reagierten die Kapitalverwaltungsgesellschaften jedoch auch auf Greenwashing-Vorwürfe und haben Fonds niedriger eingestuft. Zudem sind die meisten Kapitalverwaltungsgesellschaften inzwischen vorsichtiger geworden, weil die Beschaffung belastbarer Nachhaltigkeitsinformationen zu einzelnen Kapitalanlagen immer noch ein größeres Problem zu sein scheint.

In jedem der drei untersuchten Geschäftsjahre waren es über 2.000 Fondspositionen bei den Lebensversicherern, die „nachhaltiger" geworden sind. Rund 10.000 Positionen blieben unverändert, bei nur ca. 400 Positionen wurde ein Fonds nach der aktuellen Klassifizierung nicht mehr als nachhaltig eingestuft.

Diese Umgruppierungen durch die Kapitalverwaltungsgesellschaften haben dazu geführt, dass der branchenweite iNi gegenüber der Ursprungsauswertung von 51% auf 56% angestiegen. Auch wenn die Lebensversicherungsbranche in der Öffentlichkeit gerne als konservativ und träge kritisiert wird, sind die Kapitalanlagen der Kunden in den in den Fondspolicen also schon jetzt mehrheitlich nachhaltig entsprechend Artikel 8 oder 9 der EU-Transparenzverordnung.

Das besparte Volumen in diesen Fonds hat sich von 74,1 Mrd. Euro im Geschäftsjahr 2020 auf 84,6 Mrd. Euro im Geschäftsjahr 2022 erhöht, und das obwohl die ungünstige Kursentwicklung des Jahres 2021 bei den allermeisten Fonds zu einem Kursrückgang und damit Rückgang des besparten Volumens geführt hat.

„Die Lebensversicherungsbranche ist demnach deutlich „grüner" als man das in der öffentlichen Wahrnehmung gemeinhin glaubt. Von knapp 14.000 Fonds bzw. Fondsklassen, die die deutschen Lebensversicherer im Jahre 2022 im Bestand hatten, sind bereits weit über 8.000 nachhaltig gemäß der EU-Offenlegungsverordnung", kommentierte infinma-Geschäftsführer Dr. Jörg Schulz die Analyseergebnisse.

Zur Zeit arbeitet das Haus infinma mit Hochdruck an der Erfassung und Analyse des Bilanzjahrgangs 2023. Die Ergebnisse in Form des aktualisierten iNis werden natürlich wieder auf der o. g. Website publiziert.

„Wir erwarten, dass sich der beschriebene Trend auch in 2023 fortsetzt. So haben zwischenzeitlich zahlreiche Versicherer neue, „grüne" Produkte eingeführt und / oder ihre Fondsportfolios im weitere nachhaltige Fonds ergänzt.", gab Schulz einen ersten Ausblick auf die anstehenden Ergebnisse.
Autor: www.infinma.de


Quelle: © Lumina Frame - AdobeStock.com

Konsumentenstudie: Nachhaltigkeit wird zum Trend bei Versicherungsprodukten

Immenses Marktpotenzial für nachhaltige Produkte – mit qualifizierter Beratung. Versicherungskunden haben ein immer stärkeres Interesse an nachhaltigen Versicherungsprodukten, aber es besteht eine große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Während 90 Prozent derjenigen, die in den nächsten 12 Monaten ein neues Versicherungsprodukt abschließen möchten, sich für ein nachhaltiges Produkte entscheiden würden, gaben nur 18 Prozent der Befragten an, von einem Versicherer auf das Thema Nachhaltigkeit angesprochen worden zu sein.

Derzeit verfügen gerade einmal 24 Prozent der Versicherungskunden über mindestens eine nachhaltige Versicherungspolice. Die Bereitschaft, für nachhaltige Produkte mehr zu zahlen, ist allerdings recht gering: Nur 19 Prozent der Befragten wäre bereit, einen höheren Preis für nachhaltige Versicherungsprodukte zu bezahlen.
Das sind die Ergebnisse einer im Dezember durchgeführten Studie zur Bedeutung von Nachhaltigkeit im Bereich Versicherungen aus Konsumentenperspektive, für die eine für Deutschland repräsentative Gruppe von 2.000 Privatpersonen befragt wurde.
„Viele Branchen haben die Bedeutung von Nachhaltigkeit schon lange erkannt und setzen losgelöst von regulatorischen Vorgaben darauf. Versicherungsunternehmen sind allerdings noch eher zurückhaltend und schätzen die Nachfrage gering ein", erläutert Patrick Pfalzgraf, Partner bei EY EMEIA Financial Services. „Dabei ist Nachhaltigkeit mehr als eine regulatorische Pflicht und hat ein riesiges Potenzial für die Versicherungsbranche."
So ergab die Befragung, dass für über 82 Prozent der Befragten das Thema Nachhaltigkeit ein relevanter Faktor für ihre nächste Kaufentscheidung ist – unabhängig von Alter, Geschlecht, Schulbildung oder Einkommen über alle Gesellschaftsschichten hinweg. Für 84 Prozent der Befragten sind Nachhaltigkeitsaspekte auch bei Versicherungsprodukten relevant und knapp jeder Zweite, der bereits eine Kapitalanlage besitzt, achtet dabei auf Nachhaltigkeitsaspekte.

Fast jeder zweite Kunde kennt keine nachhaltige Versicherungsgesellschaft

Der interessierte Kundenkreis für nachhaltige Versicherungen ist mit 90 Prozent der Befragten zwar groß, doch ein großer Teil fühlt sich noch recht verloren. Denn aktuell würden 45 Prozent dieser Zielgruppe keine Versicherungsgesellschaft als besonders nachhaltig bezeichnen – sie wissen also gar nicht, an wen sie sich mit ihrem Nachhaltigkeitsbedürfnis wenden können. Dies erklärt auch, warum über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) für ein nachhaltiges Versicherungsprodukt zu einer neuen Versicherung wechseln würde.

„Das Potenzial für nachhaltige Versicherungsprodukte ist enorm – leider verkennen viele Versicherungsgesellschaften aktuell noch das Momentum aus Kundenperspektive. Auffällig ist die fehlende Ansprache und Beratung zu nachhaltigen Versicherungsprodukten. Aktuell stellen nachhaltige Versicherungsprodukte ein freiwilliges Angebot dar und Kunden wissen oft gar nicht, wie Versicherungen und das Thema Nachhaltigkeit zusammenhängen. Eine gezielte, kompetente Beratung und Aufklärung mit motivierten und geschulten Vermittlern sind unabdingbar, um Handlungswillige anzusprechen und zu überzeugen", so Patrick Pfalzgraf. Diese Einschätzung spiegelt sich in der Befragung wider: So wäre es 78 Prozent der Befragten wichtig, dass ihr Versicherungsberater beim Abschluss eines nachhaltigen Produktes eine offizielle Zertifizierung hat.

Konkret nach ihrer Handlungsbereitschaft gefragt, geben über 77 Prozent der Befragten an, zu einem Wechsel hin zu einem nachhaltigen Versicherungsprodukt bereit zu sein – sofern dadurch keine Einbußen bei Leistungen und Konditionen entstehen. In der Altersgruppe der 18- bis 34-jährigen liegt dieser Wert sogar bei 81 Prozent. Als Gründe gegen einen Wechsel geben die Befragten in erster Linie an, mit ihrer aktuellen Versicherung zufrieden zu sein oder den Aufwand eines Wechsels zu scheuen.
Für Patrick Pfalzgraf sind die Ergebnisse klar: „Der Versicherungsmarkt steht vor einem grundlegenden Wandel, der von den Kunden und ihrem Bedürfnis nach nachhaltigen Produkten getrieben ist. Jetzt gilt es für Versicherungen, mit einer glaubhaften und transparenten Produktgestaltung und einer überzeugenden Kommunikation, dieses Marktpotenzial zu heben – bevor es Wettbewerber wie aufstrebende InsurTechs tun."
Autor: www.ey.com/de

Umfrage: Nachhaltigkeitsmüdigkeit bei deutschen Versicherungskunden – Versicherungsunternehmen brauchen neue Strategien

Deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher wollen immer weniger eine Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Versicherungsprodukten sehen. Inzwischen sind es 61 Prozent, die den Zusammenhang ablehnen oder keine Angaben machen. Dem stehen nur noch 10 beziehungsweise 29 Prozent gegenüber, die das uneingeschränkt befürworten oder es von einer konkreten Ausgestaltung abhängig machen wollen. Dies trifft auf eine Verbraucherschaft, die andererseits fast zur Hälfte angibt, persönliches Handeln von Nachhaltigkeitszielen beeinflussen zu lassen. Für Versicherungen wird es immer schwieriger, ihre Kundinnen und Kunden über das Thema Nachhaltigkeit in Produkten anzusprechen – ein Strategiewechsel scheint geboten. Das zeigt das zum dritten Mal durchgeführte Stimmungsbarometer der Management- und Technologieberatung BearingPoint für Deutschland.

Das Thema Nachhaltigkeit ist bei Verbraucher:innen weiterhin präsent, scheint aber laut Umfrage viele Menschen zunehmend zu polarisieren oder zu ermüden. Zudem unterscheiden Kund:innen zwischen der Wirkung auf Gesellschaft, Unternehmen und ihrem eigenen Handeln. Versicherungen scheinen im aktuellen Umfeld kaum Chancen zu haben, sich über nachhaltig ausgerichtete Produkte zu differenzieren. Zudem darf Nachhaltigkeit aus Sicht der Kund:innen bei Versicherungen nichts kosten. Das belegt die neue Umfrage der Management- und Technologieberatung BearingPoint. Die Kund:innen sehen ihr Versicherungsunternehmen, sein Verhalten und die Produkte als Einheit – hierauf müssen Versicherungen reagieren.

Status quo: Nachhaltigkeit in Gesellschaft, Unternehmen und persönlichem Handeln

Mehr als jede(r) zweite Befragte glaubt, dass Nachhaltigkeit das Handeln der Gesellschaft beeinflusst. Bei Unternehmen sehen das nur noch 43 Prozent. 47 Prozent der Befragten geben an, ihr persönliches Handeln durch Nachhaltigkeitsziele beeinflussen zu lassen. 11 Prozent mit einer Antwort „ja, sehr" stehen 16 Prozent mit „nein, überhaupt nicht" gegenüber. 10 Prozent machen keine Angabe. Konkrete Beispiele des eigenen Handelns sind eher mit Umweltschutz und Ressourcenschonung verbunden, welches sich in diesem Kontext mit eigenem Verzicht, bewussterem Handeln und Einsparung ausdrückt. Das mag einem generellen Verhalten in der Krise entgegenkommen, spiegelt aber auch Sichtweisen im Hinblick auf das gewünschte Verhalten von Versicherungsunternehmen wider. Generell heißt dies aber nicht, dass Verbraucher:innen für die Zukunft nur positive Erwartungen mit dem Thema Nachhaltigkeit verbinden. Zudem kann man laut Studie eine Skepsis gegenüber Unternehmen erkennen, die sich in einer allgemeinen Skepsis gegenüber Versicherungen verstärkt.

Immer weniger Kundinnen und Kunden begrüßen die Verbindung von Nachhaltigkeit bei Versicherungsprodukten

Dass Versicherungsunternehmen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Nachhaltigkeit spielen sollen, bejahen nochmals deutlich weniger Verbraucher:innen als in den Vorjahren. Stimmten 53 Prozent der Deutschen noch im Vorjahr zu, Versicherungen sollten mit ihren Produkten nachhaltiges Verhalten fördern, sind es im Jahr 2023 nur noch 39 Prozent. Bei der Befragung im Jahr 2021 waren es sogar noch 71 Prozent, die das bejahten.

Die Umfragen der letzten drei Jahre belegen immer deutlicher, dass Verbraucher:innen kaum zwischen dem Produktangebot und dem Verhalten des Versicherungsunternehmens als Ganzes unterscheiden können oder wollen. Denken Kund:innen an Nachhaltigkeit bei Versicherungen, denken sie offenbar primär an das Verhalten des Unternehmens. Dazu zählen dann traditionell schwierige Themen wie Transparenz, Glaubwürdigkeit und Fairness.
Unsere Gesellschaft ist bei Nachhaltigkeit zunehmend polarisiert und bringt zunehmend Skepsis gegenüber Unternehmen generell und bei Versicherungen nochmals verstärkt auf. Versicherungsunternehmen müssen sich offenbar eher als Ganzes präsentieren und dabei Fairness und Glaubwürdigkeit in ihre Nachhaltigkeitsstrategie integrieren; Versicherungsunternehmen scheinen verstärkt an ihrer Wahrnehmung als Unternehmen arbeiten zu müssen, um in der Folge auch mit nachhaltiger Ausrichtung von Produkten punkten zu können. Zudem erwarten Verbraucherinnen und Verbrau-

cher bei einem gesellschaftlich gewünschten Verhalten in Bezug auf Nachhaltigkeit eine positive Wirkung auf die Prämie bzw. Rendite.

Bereitschaft zu Leistungseinbußen oder höheren Prämien nochmals geringer

Mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung bei Produkten, haben sich auch hier die Zustimmungswerte erneut verschlechtert. In der Gesamtbevölkerung wären in Deutschland nur noch 26 gegenüber 32 Prozent (im Jahr 2022) bereit, für mehr Nachhaltigkeit auf Versicherungsleistungen zu verzichten. Dabei ist die Akzeptanz bei den 18 bis 24-Jährigen fast doppelt so hoch wie bei den über 55-Jährigen.

Gefragt nach der Bereitschaft zur Zahlung einer höheren Prämie für einen nachhaltigen Zweck, wären nur 22 Prozent (27 Prozent im Vorjahr) der Deutschen dazu bereit. Rund zwei Drittel lehnen inzwischen eine erhöhte Prämie ab, um damit eine nachhaltige Produktausrichtung abzubilden. In Deutschland war der Wert im Vorjahr schon mit 60 Prozent auf einem hohen Niveau.

Konkret bei denen nachgefragt, die zu einem eigenen Beitrag bereit wären, können sich jeweils ein gutes Drittel einen Verzicht bei Ersatzleistungen (zum Beispiel Austauschteile beim Auto), Einschränkungen bei Dienstleistungen oder – in diesem Jahr erstmalig abgefragt – die Sicherstellung von Sozialstandards vorstellen. Letzteres ist ein Hinweis auf Faktoren, die bislang neben dem „E-Environment" in ESG von vielen Unternehmen noch zu wenig adressiert werden.

Unsere Umfrage legt nahe, dass Kunden kein Vertrauen in die Nachhaltigkeitsbemühungen von Versicherungen haben. Die Rechtfertigung einer höheren Prämie oder eines Leistungsverzichts fällt umso schwerer. Für Versicherungsunternehmen ist das kein einfaches Umfeld: Nachhaltigkeit ohne eine ernsthafte Grundlage läuft Gefahr, als Greenwashing demaskiert zu werden. Seitens des Kunden erwartete Anreize müssen andererseits auch mit grundlegenden Prinzipien des Versicherungsgedankens vereinbar sein.

Angebot nachhaltiger Produkte verliert weiter an Bedeutung für die Kaufentscheidung

Dass Produkte mit nachhaltiger Ausrichtung bereits grundsätzlich im Markt angeboten werden, glauben nur noch 36 Prozent der Befragten (gegenüber 47 Prozent im Vorjahr). Für nur noch 19 Prozent (Vorjahre: 29 Prozent 2022 und 34 Prozent 2021) würde das Angebot nachhaltiger Produkte die Versicherungswahl beeinflussen, während dies jetzt 60 Prozent verneinen (Vorjahr: 51 Prozent). Der Anteil der 18 bis 34-Jährigen schließt das gegenüber den anderen Altersklassen weniger kategorisch aus. Dieser Personenkreis findet sich aber demgegenüber nicht in höheren Zustimmungswerten, sondern im Feld der Befragten mit keinen Angaben bzw. der Antwort „weiß nicht". Die jüngere Bevölkerung ist hier somit eher verunsichert.

Geht es um die Renditeerwartung ist der Anteil der Versicherungskund:innen auf 36 Prozent gestiegen (Vorjahr: 32 Prozent), die keine Veränderung der Rendite eines nachhaltigen Anlageprodukts erwarten. Die 20 Prozent, die mit einer Veränderung rechnen, glauben inzwischen aber nur noch zu 38 Prozent (gegenüber 46 Prozent im Jahr 2022) an eine höhere Rendite. Der Anteil ohne Einschätzung zu der Frage einer generellen Veränderung ist weiterhin hoch und hat von 40 auf 44 Prozent zugenommen.

Ausblick der Befragten für die nächsten zwei bis drei Jahre uneinheitlich – aber wenig positiv

Bei der erstmalig in diesem Jahr gestellten Frage zum Ausblick der Verbraucher:innen zeigt sich ein uneinheitliches Bild. „Die Bedeutung von Nachhaltigkeit nimmt zu und wird insgesamt eher einen positiven Einfluss auf mein persönliches Umfeld haben" bestätigen 24 Prozent. 15 Prozent sehen eine eher negative Auswirkung, 24 Prozent glauben, dass das Thema an Bedeutung verliert (insbesondere im Kontext andauernder Krisen) und weitere 23 Prozent erwarten keine Veränderungen. 16 Prozent machen keine Angaben. Interessant: Die Gruppe der 18 bis 34-Jährigen sieht leicht erhöht einen persönlich negativen Effekt oder einen Bedeutungsverlust von Nachhaltigkeitszielen. Nur ein gutes Viertel der Bevölkerung besetzt das Thema Nachhaltigkeit für sich persönlich mit der Erwartung von Verbesserungen.

Versicherungen stehen vor einer großen Herausforderung. Nicht nur regulatorische Vorgaben zwingen zu Veränderung, sondern Versicherungen wissen, dass sie ihre Anlagepolitik und die Risikoselektion verändern müssen. Die Kunden scheinen diesen Weg mit seinen daraus erwachsenden Konsequenzen nicht mitgehen zu wollen und das betrifft nicht nur Versicherungen. Auch das eher noch leicht einzuordnende nachhaltige Kapitalanlageprodukt vermögen Verbraucher kaum einzuschätzen. In der Kundenkommunikation scheint ein genereller Strategiewechsel zum Thema Nachhaltigkeit weg vom Einzelprodukt hin zum Unternehmen und grundsätzlichen Handeln angezeigt.
Autor: www.bearingpoint.com/de

Versicherer: Risikobericht der EU-Umweltagentur zeigt Handlungsbedarf

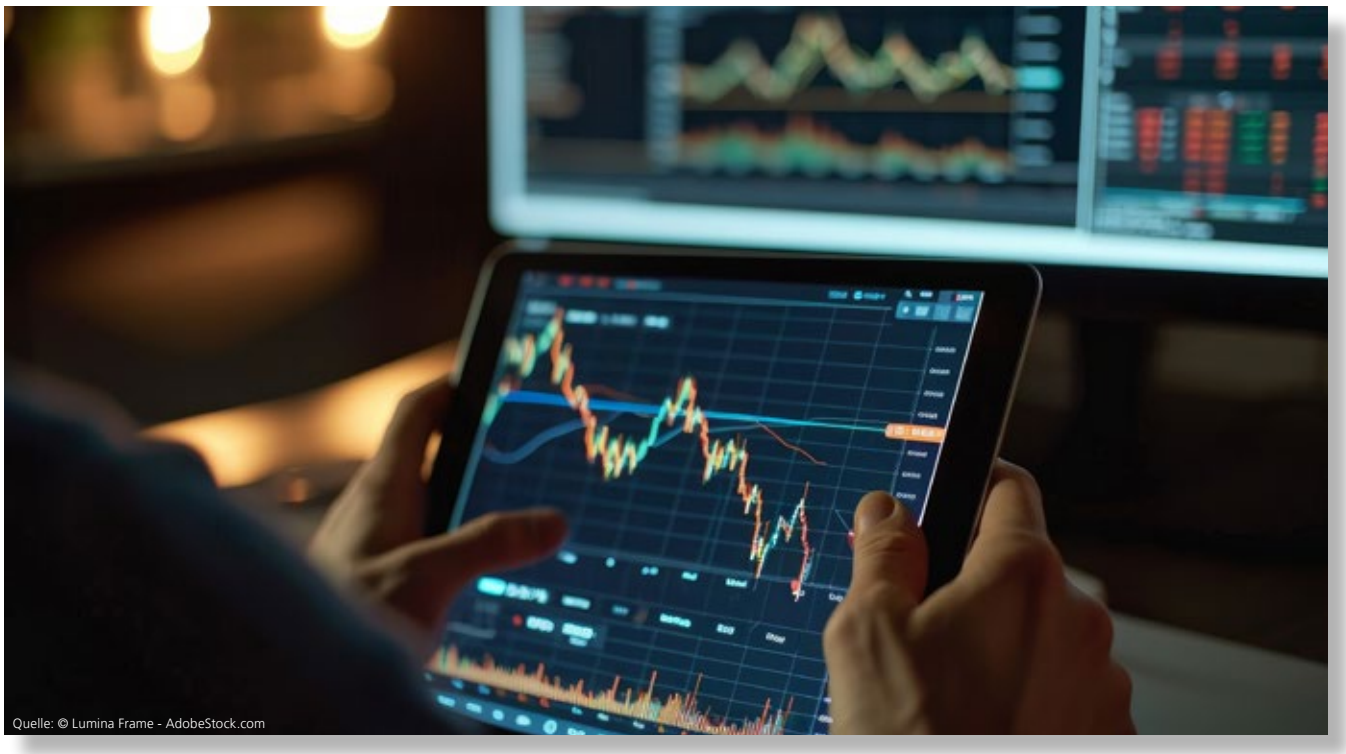
Die EU-Umweltagentur EEA kommt in ihrem aktuellen Bericht zum Schluss, dass Europa nicht ausreichend auf die zunehmenden Klimarisiken vorbereitet ist. Für die Versicherer unterstreicht der Befund einmal mehr den Handlungsbedarf. Die Versicherer fordern als Konsequenz aus dem Klimarisikobericht der Europäischen Umweltagentur ein höheres Tempo bei der Klimafolgenanpassung: „Der Bericht stellt abermals klar, dass Europa auf die zunehmenden Klimarisiken nicht ausreichend vorbereitet ist. Wir müssen deshalb jetzt mehr tun, um Menschen und Infrastruktur vor Klimafolgen und Extremwetterereignissen zu schützen“, betonte Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat am Montag eine Europäische Klimarisikobewertung (European Climate Risk Assessment; EUCRA) veröffentlicht. Darin warnt sie vor den Folgen des Klimawandels, etwa der Zunahmen von Überschwemmungen und tödlichen Hitzewellen. Europa sei demnach der Kontinent, der sich am schnellsten erwärmt. Der Umweltagentur zufolge wird das Ausmaß der Schäden auch davon abhängen, ob die politischen Entscheidungsträger jetzt handelten.

Pflichtversicherung allein ist keine Lösung

Die Versicherungswirtschaft sieht sich durch den Bericht in ihrer Position bestätigt, beim Schutz vor Wetterextremem nicht nur auf eine verpflichtende Versicherungslösung zu setzen. „Die Versicherer appellieren an Bund, Länder und Gemeinden, die bestehenden Regelwerke zu Prävention und Klimafolgenanpassung konsequent anzuwenden, Schutzmaßnahmen voranzutreiben und hinreichend zu finanzieren“, so Asmussen. „Oberste Priorität sollten klimaangepasstes Planen, Bauen und Sanieren haben. Prävention sollte fester Bestandteil der Landesbauordnungen werden. Sonst können wir uns schon jetzt auf Milliardenschäden bei künftigen Extremwetterlagen wie etwa Hochwassern gefasst machen“, sagte Asmussen auch mit Blick auf die heutige Anhörung zum Thema Elementarpflichtversicherung im Bundestag.

Der Versicherungssektor hat einen Forderungskatalog vorgelegt, in dem die Anforderungen an einen umfassenden Naturgefahrenschutz konkretisiert werden. Das Papier ergänzt den Lösungsvorschlag der Versicherer für ein ganzheitliches Absicherungskonzept für Naturgefahren in Deutschland.
Autor: www.gdv.de



Quelle: © Lumina Frame - AdobeStock.com

„Nachhaltigkeitsampel“ für Finanzprodukte: Zielke Rating verleiht „Blue Invest“ der Bayerischen Bestnote

Ist drin was draufsteht? Mit dem sogenannten „Nutri-Score“ finden Supermarktkunden in einer an den Ampelfarben orientierten Farbskala Orientierung über die Nährwerte von Lebensmitteln. Um Kunden und Vermittlern auch im „Dschungel“ nachhaltiger Finanzprodukte mehr Durchblick zu verschaffen, legt eine neue DIN-Norm (DIN77236) einheitlich fest, wie solch ein Produkt gestaltet sein muss. Die Klassifizierung der Produkte reicht vom dunkelgrünen A (sehr grün) bis zum tiefroten F (nicht nachhaltig). Als erstes Produkt auf dem Markt klassifiziert Zielke Rating die neue Fondspolice „Blue Invest powered by Pangaea Life“ der Bayerischen mit der nachhaltigsten Kategorie A.



Quelle: © Andrey - AdobeStock.com

Nachhaltige Fondssubstanz

Die höchste Nachhaltigkeitsklassifizierung entsprechend der neuen DIN-Norm erhält „Blue Invest“ aufgrund ihres auf dem Markt einzigartigen Anlagekonzepts: Basis der Fondspolice sind die beiden Sachwerte-Fonds „Blue Energy“ und „Blue Living“ der Pangaea Life. Diese bieten Anlegern maximale Transparenz, indem sie in konkrete Sachwerte wie Windparks, nachhaltige Energiespeicher und ökologisch wie sozialpositive Wohnquartiere investieren, anstatt lediglich in Aktienbeteiligungen. Der nachhaltige Impact ist direkter, nachvollziehbarer und greifbarer. Zusätzlich diversifizieren können Kunden über weitere nachhaltige Fonds und ETFs.

“Wir freuen uns über die objektive Anerkennung der Nachhaltigkeit unserer Fondspolice ‘Blue Invest’. Damit vereinen wir Zukunftsvorsorge mit konsequent nachhaltigen und transparenten Sachwert-Investments in die wichtigsten Sektoren der nachhaltigen Transformation”, sagt Dr. Herbert Schneidemann, Vorstandsvorsitzender der Versicherungsgruppe die Bayerische. “Die DIN-Norm gibt Vermittlern und Kunden fortan ein einheitliches Kriterium an die Hand, um nachhaltige Produktslogans auf deren Gehalt zu prüfen. Das baut Vertrauen auf und ist ein Versuch in Richtung einheitlicher Bewertungsstandards für die verantwortungsbewusste Geldanlage”.

Ziel: Transparenz und Vereinheitlichung

Ziel der Einführung der neuen DIN-Norm ist es, irreführenden Marketingversprechen grüner Finanzprodukte durch eine produkteinheitliche Zertifizierung entgegenzuwirken. Die Vereinheitlichung ermöglicht es Verbrauchern, professionellen Anlegern und Beratern zu einer objektiven und leichtverständlichen Einschätzung über die Nachhaltigkeit eines Produkts zu kommen.

Dr. Carsten Zielke, Geschäftsführer der Zielke Rating GmbH, hat an der Erstellung der neuen Norm aktiv mitgewirkt. Die Zielke Rating GmbH klassifziert Produkte ähnlich wie beim „Nutri-Score“ für Lebensmittel oder bei Energieeffizienzklassen für Elektrogeräte. Basis der Klassifizierung ist eine sorgfältige Prüfung ob etwa ein Fonds nachhaltig im Sinne der Umweltverträglichkeit (Environment), der sozialen Verantwortung gegenüber Mitarbeitern und Dritten investiert (Social), verantwortungsbewusst verwaltet wird (Governance) und damit den ESG-Kriterien der Europäischen Union entspricht. Die neue DIN-Norm ist ein Versuch die von der Europäischen Union geforderte Berichterstattung über die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten zu vereinheitlichen und transparenter zu machen.

„Es freut uns, im zweiten Jahr in Folge den Nachhaltigkeitscharakter sowohl des Sicherungsvermögens der Bayerischen Leben, wie auch des Fondspolicen-Produkts bestätigen zu können.“, sagt Dr. Carsten Zielke. „Indem sie als erste Anbieter die strengen Kriterien des neuen DIN-Nachhaltigkeitsscores A erfüllen, zeigen Pangaea Life und die Bayerische wie sehr sie dem Anspruch einer nachvollziehbaren und ehrlichen Nachhaltigkeitsstrategie gerecht werden.“
Autor: www.diebayerische.de

Große Mehrheit der Unternehmen rückt Nachhaltigkeit ins Zentrum

Unternehmen arbeiten mit Hochdruck daran, Daten über ihre Nachhaltigkeit und ihren Klimafußabdruck zu erheben. 67 Prozent erkennen darin die Chance, die eigene Organisation weiterzuentwickeln. Bereit für diese neuen Pflichten fühlt sich jedoch nur gut ein Drittel der Unternehmen. Um die Transformation zu finanzieren, bieten viele Banken bereits entsprechende Produkte an – die Nachfrage ist aber noch verhalten. Dies sind Ergebnisse des Sustainability Transformation Monitors 2024.

Unternehmen professionalisieren ihr Nachhaltigkeitsmanagement zunehmend. Es geht nicht mehr um die Frage des "Ob", sondern des "Wie". Denn trotz multipler Krisen ist das Thema Nachhaltigkeit für mehr als drei Viertel wichtiger oder viel wichtiger geworden, für mehr als die Hälfte der Unternehmen ist es bereits zentraler Teil der Unternehmensstrategie.

Allerdings sieht sich nur etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen der Aufgabe gewachsen, den regulatorischen Anforderungen zur Nachhaltigkeit nachzukommen, die der Gesetzgeber ab diesem Jahr sukzessive 15.000 Unternehmen auferlegt. Der Wert schwankt stark in Abhängigkeit davon, ob Unternehmen in der Vergangenheit bereits über Nachhaltigkeit berichtet haben, und wann sie von der Berichterstattungspflicht zur Nachhaltigkeit (CSRD) betroffen sind.

Überwiegende Mehrheit erkennt Mehrwert der Berichterstattung zur Nachhaltigkeit

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen (67 Prozent) erkennt jedoch in der erweiterten Berichterstattung einen Mehrwert für die Weiterentwicklung der eigenen Organisation sowie eine größere Transparenz für Stakeholder. 80 Prozent der Befragten und damit acht Prozent mehr als im Vorjahr bestätigen, dass das Thema beim Vorstand verankert ist. In 54 Prozent der Unternehmen der Realwirtschaft ist Nachhaltigkeit zudem als strategisches Ziel festgeschrieben.

Unser Wirtschaftsexperte Jakob Kunzlmann sagt dazu:

Unser Sustainability Transformation Monitor zeigt, dass Nachhaltigkeit viel stärker in den Fokus der Unternehmen gerückt ist. Es geht voran, vor allem die regulatorische Architektur scheint zu wirken. Aber es gibt keinen Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen.

An der Befragung haben sich Nachhaltigkeitsverantwortliche aus 362 Unternehmen beteiligt, davon gut 270 aus Unternehmen der Realwirtschaft und mehr als 90 aus Unternehmen der Finanzwirtschaft.

Zukünftige Arbeitnehmer:innen, die Klimakrise und die Energiepreise sind wichtige Treiber

"Der Klimawandel ist das größte Risiko für unser Wirtschafts- und Finanzsystem. Klimaschutz muss daher als zentrales Ziel bei Investitionsentscheidungen integriert werden. Für die Realwirtschaft ist dies eine strategische Notwendigkeit", erklärt Philipp Wesemann, Klimaschutz-Experte bei der Stiftung Mercator. Immerhin die Hälfte der befragten Banken berücksichtigten bei der Kreditvergabe und der Festlegung der Zinssätze Nachhaltigkeitskriterien. "Und die Unternehmen registrieren, dass der Einsatz für mehr Nachhaltigkeit ihre Arbeitgebermarke stärkt."

Denn zukünftige Arbeitnehmer:innen werden in der Realwirtschaft von gut der Hälfte der Befragten "eher als Treiber" wahrgenommen, 16 Prozent empfinden sie als starken Treiber. "Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels und der gestiegenen Ansprüche von potenziellen Mitarbeitenden an die Nachhaltigkeit ihrer Arbeitgeber können es sich Unternehmen oft nicht leisten, das Thema zu ignorieren", kommentiert Laura Marie Edinger-Schons, Professorin für nachhaltiges Wirtschaften an der Universität Hamburg und Chief Sustainability Officer der Hochschule. "Der Wettbewerb um die besten jungen Köpfe ist also ein stärkerer direkter Treiber der Nachhaltigkeit in den Unternehmen als Klimaaktivismus auf der Straße."

Zwar nehmen die Blockaden von Klimaaktivist:innen in der öffentlichen Wahrnehmung breiten Raum ein. Laut der Befragten werden die Aktionen dennoch selten als direkter Treiber der Nachhaltigkeitsaktivitäten der Unternehmen wahrgenommen. Nur

fünf Prozent der Befragten in der Realwirtschaft sagen, die Aktivist:innen seien ein "starker" Treiber für ein nachhaltigeres Wirtschaften.

Allerdings spielen nicht nur menschliche Akteur:innen eine wichtige Rolle als Treiber oder Bremser. Neben dem Klimawandel (83 Prozent) sind auch die gestiegenen Energiepreise entscheidend als Treiber in Richtung Nachhaltigkeit. Das sagen 60 Prozent der Befragten aus der Realwirtschaft. Gleichzeitig nennen 54 Prozent der Befragten das Thema Inflation als zentrales Hemmnis für die Transformation.

Sustainable Finance: Potenzial der Transformationsfinanzierung nicht ausgeschöpft

Der Finanzwirtschaft kommt in der Nachhaltigkeitstransformation eine wichtige Steuerungsfunktion zu. Wenn Gelder verstärkt nach Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden, sinken die Möglichkeiten der Kapitalaufnahme beziehungsweise steigen die Kapitalkosten für nicht nachhaltige Unternehmen.

Aber nur ein Drittel der Unternehmen gibt an, dass Nachhaltigkeit schon eine wichtige Rolle bei der Finanzierung ihrer Organisation spielt. Dem stehen 40 Prozent gegenüber, für die das Thema noch eher unwichtig ist. Das könnte sich in Zukunft ändern. Denn den Investitionsbedarf zur Finanzierung der Transformation sehen die Unternehmen als hoch an. Mehr als die Hälfte geht davon aus, dass ihr Unternehmen dabei auf Fremdkapital angewiesen sein wird.

Die Relevanz von Nachhaltigkeit in Finanzierungsgesprächen schätzen Real- und Finanzwirtschaft unterschiedlich ein. Die befragten Banken nehmen das Thema bereits überwiegend als wichtig oder sehr wichtig wahr (78 Prozent), die breite Masse der Realwirtschaft misst dem Thema hingegen noch keine so hohe Bedeutung bei (40 Prozent). Beide Welten sind sich jedoch einig, dass Nachhaltigkeit in der Finanzierung zukünftig weiter an Relevanz gewinnen wird, neben klassischen Kriterien wie Preis und Kreditwürdigkeit. Viele Banken bieten Unternehmen bereits Produkte zur Finanzierung der Nachhaltigkeitstransformation an – die Nachfrage von Seiten der Unternehmen danach ist aber noch verhalten.
Autor: www.bertelsmann-stiftung.de

CSRD: Neue Ära der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Kommentar von Yingwei Lin, ESG Analyst, La Française AM. Unternehmen können zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen und gleichzeitig den Ressourcen, von denen ihr langfristiger Erfolg abhängt, schaden. Immer mehr Länder fördern und fordern standardisierte Berichterstattungsregeln, um die Berücksichtigung positiver und negativer Auswirkungen von Unternehmenstätigkeiten zu gewährleisten. Was die Berichterstattung angeht, sind jedoch nicht alle Unternehmen gleich. Nur wenige Unternehmen überwachen und veröffentlichen die entsprechenden Risiken und Chancen, und noch weniger bewerten die externen Effekte sorgfältig.

Mit dem 2020 verabschiedeten Europäischen Green Deal will die EU Kapitalströme in nachhaltige Unternehmen lenken und Investitionen mobilisieren, die zur Erreichung ihres Klimaneutralitätsziels 2050 erforderlich sind. Da die Richtlinie über die nichtfinanzielle Berichterstattung (Non-Financial Reporting Directive, NFRD) keine vergleichbaren und strategischen ESG-Informationen lieferte, legte die Europäische Kommission im April 2021 einen Vorschlag für eine Richtlinie über die nachhaltige Berichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainable Reporting Directive, CSRD) vor. Ziel der CSRD ist die Verbesserung der Standards und der Vergleichbarkeit von ESG-Informationen durch die Erweiterung sowohl des Umfangs als auch der Menge der erforderlichen Informationen. Außerdem verfolgt sie einen eher verbindlichen Ansatz, der festlegt, welche Informationen ein Unternehmen veröffentlichen muss und wie diese zu berichten sind. Alle Unternehmen, die der CSRD unterliegen, müssen ihre Nachhaltigkeitsinformationen unter Verwendung der von der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) entwickelten European Sustainability Reporting Standards (ESRS) veröffentlichen. Zwischen 2024 und 2028 werden voraussichtlich mehr als 50.000 Unternehmen im

Rahmen der ESRS berichten, darunter auch Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern, die stark in der EU vertreten sind.

ESRS-Merkmale:

Die endgültige Fassung der ESRD ist auf die Wesentlichkeit ausgerichtet und bietet den Unternehmen Flexibilität bei der Festlegung der für ihre Tätigkeit relevanten Themen. Die CSRD ist die erste Verordnung, die von den Unternehmen eine doppelte Wesentlichkeitsprüfung verlangt. Nach dem Prinzip der doppelten Wesentlichkeit wird von den Unternehmen erwartet, dass sie über ihre gesamte Wertschöpfungskette hinweg darüber berichten, wie sich Nachhaltigkeitsaspekte auf ihre Geschäftstätigkeit auswirken UND wie sich ihre Geschäftstätigkeit auf die Umwelt und ihr Umfeld auswirkt. Für die berichteten Nachhaltigkeitsinformationen wird eine beschränkte Sicherheit verlangt. Die Europäische Kommission erwägt jedoch, dies in Zukunft auf eine angemessene Sicherheit auszuweiten, um zuverlässigere Informationen zu gewährleisten.

Vorschriften in der EU und außerhalb unter Druck

Weitere Verzögerungen bei der Finalisierung der CSRD sind aufgrund von Lobbyarbeit und politischer Einmischung zu erwarten. 2022 schrieben vier Organisationen, darunter die amerikanische Handelskammer in der EU, einen offenen Brief. Darin forderten sie eine stärkere Angleichung zwischen ESRS und IFRS Sustainability Disclosure Standards (IFRS SDS) sowie die Möglichkeit für Nicht-EU-Unternehmen, im Rahmen der CSRD andere nationale/internationale Standards zu verwenden. Die IFRS SDS wurden vom International Sustainability Standards Board (ISSB) entwickelt und sind auch als ISSB-Standards bekannt.

Laut EU-Kommission haben EFRAG und ISSB gemeinsam daran gearbeitet, die Kompatibilität ihrer Nachhaltigkeitsberichtsstandards zu verbessern. Dennoch gibt es immer noch erhebliche Unterschiede zwischen den beiden. Der Hauptunterschied besteht in der Wesentlichkeit – die ISSB-Standards richten sich an Investoren und konzentrieren sich hauptsächlich auf die finanzielle Wesentlichkeit, während die ESRS alle wichtigen Stakeholder ansprechen und sich auf breitere Themen wie Gesellschaft, Arbeitskräfte und Umwelt konzentrieren. Der ISSB-Vorsitzende hat deutlich gemacht, dass das Gremium das Prinzip der doppelten Wesentlichkeit nicht übernehmen will. Diese strukturelle Diskrepanz macht die breitere Umsetzung der CSRD noch schwieriger. Auch wenn die ISSB-Standards eine geringere Berichtslast für die Unternehmen bedeuten und rund 60 Länder sich dazu verpflichtet haben, sind wir der Meinung, dass die doppelte Wesentlichkeit für Unternehmen und Investoren bei der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsthemen sinnvoller ist. Im November 2023 kündigte die Europäische Kommission eine zweijährige Verzögerung (bis 2026) bei der Einführung von Anforderungen für Nicht-EU-Unternehmen an. Unternehmen, die sich jetzt für eine Berichterstattung nach ISSB-Standards entscheiden, werden zögern, künftig zu ESRS zu wechseln.

Außerdem droht eine politische Einmischung, die die Umsetzung der CSRD blockieren könnte. Im Oktober 2023 sprachen sich 42 % der Mitglieder des Europäischen Parlaments für einen Beschluss zur Blockierung der ESRS aus und forderten dessen Einschränkung. Die Begründung: Die ESRS würden die EU-Unternehmen zu sehr belasten und komplizieren und könnten ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die Europäische Parlamentswahl ist für 2024 angesetzt. Ihr Ergebnis wird sich auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung in der EU auswirken. Die Ergebnisse der laufenden SFDR-Konsultation könnten auch die CSRD-Vorschriften erheblich verändern, da beide Verordnungen Teil des EU-Green Deal sind.

Ständig veränderte Standards, Unternehmen brauchen mehr Transparenz

Für die Unternehmen besteht eine große Unsicherheit, da die Vorschriften noch nicht endgültig festgelegt sind. Im Oktober 2023 erhöhte die EU-Kommission die Schwellenwerte für größere Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die der CSRD unterliegen, um 25 %. Laut EU-Beamten wurde diese Maßnahme ergriffen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen zu gewährleisten. Möglicherweise werden noch weitere Änderungen folgen. Außerdem gibt es einen gestaffelten Zeitplan für die Umsetzung der CSRD. Die Umsetzung erfolgt schrittweise in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße. Unternehmen, die bereits der NFRD unterliegen, müssen ab 2024 über ihre gesamte Wertschöpfungskette berichten. Kleinere Unternehmen oder Nicht-EU-Unternehmen mit einer bedeutenden Präsenz in der EU werden jedoch mehr Zeit haben, die ESRS einzuführen.

Ursprünglich sollten KMU ab 2026 nach einem vereinfachten Berichtsstandard berichten, aber seit Ende 2022 können sie sich für zwei Jahre von der Berichtspflicht befreien lassen. Dies soll den KMU

genügend Zeit und Ressourcen geben, um gute Verfahren einzuführen und die anfänglichen Umsetzungskosten auf mehrere Jahre zu verteilen. Allerdings könnten freiwillige Maßnahmen bei der Förderung der Nachhaltigkeitsberichterstattung wenig effizient sein.

Die Unternehmen könnten es vorziehen, die Berichterstattung zu verschieben, um zusätzliche Erkenntnisse über die Umsetzungsbedingungen zu gewinnen, insbesondere angesichts der sich ständig ändernden Anforderungen. Hinzu kommt, dass 99 % der europäischen Unternehmen zu den KMU zählen. Sie bilden die Wertschöpfungskette vieler größerer Firmen, die für ihre eigenen Berichte auf diese angewiesen sind. Dies schafft ein Problem – ein Unternehmen kann nur dann gesicherte Informationen über seine Wertschöpfungskette offenlegen und an Dritte weitergeben, wenn seine Zulieferer nach den gleichen Standards berichten.

Die EFRAG hat in ihren überarbeiteten Standards auch die Berichtspflichten der Unternehmen erheblich verringert: Die Liste der Pflichtangaben wurde von 134 auf 84 (-40 %) reduziert, und die obligatorischen Datenpunkte wurden halbiert. Viele obligatorische Datenpunkte sind nun freiwillig. Die Änderungen basieren auf den Rückmeldungen zahlreicher Stakeholder und sollen einen pragmatischeren und realistischeren Standard schaffen. Unserer Ansicht nach wird dies jedoch die Vergleichbarkeit der gemeldeten Informationen zwischen den Unternehmen einschränken, da einige Firmen wahrscheinlich wesentliche Aspekte übersehen werden.

Schlussfolgerung

Die Einführung der CSRD hat mehrere Debatten ausgelöst und es gab Änderungen und Verzögerungen bei ihrer Umsetzung. Wir sind der Meinung, dass die EU-Regulierungsbehörden und die Mitgliedstaaten den berichterstattenden Unternehmen unbedingt Sicherheit geben müssen, sowohl in Bezug auf die Vorschriften als auch auf den Zeitplan. Die Regulierungsbehörden könnten auch Alternativen nutzen, um bereits vor der verpflichtenden Umsetzung ein zuverlässiges Umfeld für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu schaffen. So könnten sie z. B. Subventionen für und Investitionen in KI-gestützte Berichterstattungs-Technologien bereitstellen und eine solidere Aufsichtsstruktur für Nachhaltigkeit in den Unternehmensvorständen fördern. Dies könnte den Grundstein für eine breitere Akzeptanz der CSRD legen, sobald sie in Kraft tritt.
Autor: www.la-francaise-systematic-am.com

Bürokratielasten vermeiden: Unternehmen sollen neue Nachhaltigkeitsstandards einfacher umsetzen können

Deutscher Nachhaltigkeitskodex soll weiterentwickelt werden und insbesondere den Mittelstand bei Nachhaltigkeitsberichten entlasten

Unternehmen sollen die neuen Standards für Nachhaltigkeitsberichte von Anfang an leicht handhaben können. Aus diesem Grund wird der vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) konzipierte Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) weiterentwickelt und u.a. mit einer neuen Webplattform erweitert. Dafür stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) 19.250.000 Euro über eine Laufzeit von dreieinhalb Jahren zur Verfügung. Ziel der Fortentwicklung ist es, den Zeit- und Arbeitsaufwand für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, insbesondere für die mittelständischen Unternehmen, zu minimieren. Damit reagiert die Bundesregierung auf die Ausweitung der EU-weiten Berichtspflichten, infolgedessen ab 2025 etwa 13.000 Unternehmen in Deutschland schrittweise berichtspflichtig werden. Mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex können die Nachhaltigkeitsberichte niederschwellig und gesetzeskonform erstellt werden. Dafür bietet der Deutsche Nachhaltigkeitskodex kostenlose und praxisnahe Unterstützung an, z.B. mit einer Webplattform, Schulungen und Leitfäden.

Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWK und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung: „Wir müssen weitere bürokratische Lasten verhindern. Unser Ziel ist daher, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen bei den Berichtspflichten deutlich zu entla-

sten. Dazu gehört die Berichterstattung zum nachhaltigen Wirtschaften. Die Unternehmen müssen ihren Vertragspartnern und Banken alle notwendigen Nachhaltigkeitsdaten in einheitlicher Form liefern können und auch in der Öffentlichkeit umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften transparent machen. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex ist hierfür der Schlüssel. Er wird den Unternehmen niederschwellig, digital und unentgeltlich helfen, die neuen gesetzlichen Anforderungen zur Berichterstattung über Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Er bietet ein einheitliches, digitales, leicht handhabbares Format. Die Berichterstattung wird mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex 2.0 wesentlich einfacher. "

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung: „Nachhaltigkeitsberichterstattung leistet einen wichtigen Beitrag, um die Verantwortung der Unternehmen für Klima- und Umweltschutz und die Einhaltung der Menschenrechte zu stärken und Schritt für Schritt in ein nachhaltiges Wirtschaften umzusteuern. Es geht hier nicht um Sanktionen, sondern um Transparenz. Der Nachhaltigkeitsbericht ist das Produkt, aber noch viel wichtiger ist der interne Prozess im Unternehmen, der durch die Analyse der eigenen Aktivitäten und Wertschöpfungskette entsteht. Die Unternehmen selbst brauchen diese Daten, um ihre Geschäftsmodelle nachhaltig und wettbewerbsfähig zu gestalten."

Gerd Röders, Präsident WirtschaftsVereinigung Metalle und Geschäftsführer G.A.RÖDERS GmbH & Co. KG: „Der DNK war für unseren Betrieb eine wertvolle Motivation, uns mit dem Erstellen eines ersten freiwilligen Nachhaltigkeitsberichtes zu beschäftigen. Die übersichtliche Struktur und die guten Erklärungen, im Leitfaden und auf der Plattform, machen es Anwendern vergleichsweise einfach, einen ersten Nachhaltigkeitsbericht zu verfassen."

Neben dem Aufbau einer Webplattform zur elektronischen Erstellung und Veröffentlichung der Nachhaltigkeitsberichte (bis Ende 2024) soll für die Unternehmen ein Helpdesk für inhaltliche und technische Fragen eingerichtet sowie die Unterstützung durch bspw. Webinare oder Leitfäden ausgebaut werden. Das unentgeltliche Angebot des Deutschen Nachhaltigkeitskodex richtet sich sowohl an bereits oder zukünftig berichtspflichtige Unternehmen wie auch an freiwillig berichtende Unternehmen, die steigenden Nachfragen zum Thema Nachhaltigkeit aktiv begegnen wollen. Hinzu kommen die gesetzlich nicht berichtspflichtigen Unternehmen, die sich jedoch Informationspflichten ihrer Vertragspartner in der Wertschöpfungskette ausgesetzt sehen. Für diese soll es ein vereinfachtes Einstiegsmodul geben, das auf dem freiwilligen KMU-Standard der EU basiert.

Bereits seit 2014 müssen börsennotierte Unternehmen von öffentlichem Interesse in der EU über ihre Nachhaltigkeit Bericht erstatten, in Deutschland betrifft das ca. 550 Unternehmen. Dies ist in der europäischen Non-Financial Reporting Directive geregelt. Die Berichtspflicht wird durch die Januar 2023 in Kraft getretene Corporate Sustainability Reporting Directive erheblich ausgeweitet. Schrittweise steigt dann die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen Schätzungen zufolge EU-weit von 11.600 auf 49.000. In Deutschland sollen etwa 13.000 Unternehmen betroffen sein. Ab dem Jahr 2025 werden die Unternehmen stufenweise berichtspflichtig und sollen ihre Nachhaltigkeitsberichte im Rahmen ihrer jährlichen Unternehmensberichte vorlegen. Zu den Kriterien innerhalb der zwölf Oberbereiche zählen beispielsweise Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt an Unternehmensstandorten, Klimaanpassungsmaßnahmen oder Programme zum Schutz der Menschenrechte entlang der Wertschöpfungskette. Die Berichterstattung über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nach der EU-Lieferketten-Richtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) soll ebenfalls über die Corporate Sustainability Reporting Directive erfolgen.

Der bisherige Deutsche Nachhaltigkeitskodex wurde vom Rat für Nachhaltige Entwicklung entwickelt und unterstützt Unternehmen seit 2011 bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die jetzt beauftragte Weiterentwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex wird von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH durchgeführt. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wird die Weiterentwicklung des DNK weiterhin beratend begleiten. Ziel des Deutschen Nachhaltigkeitskodex ist es, Unternehmen darin zu unterstützen, einen niederschwelligen Einstieg in die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu finden sowie die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu erfüllen. Mit dem DNK können Nachhaltigkeitsleistungen offengelegt und weiterentwickelt werden. Bereits heute nutzen mehr als 1.200 Unternehmen den Deutschen Nachhaltigkeitskodex als Instrument für ihre Berichterstattung.
Autor: www.bmwk.de

Mittelstand profitiert von grüner Transformation

44 Prozent der Mittelständler erwarten eine stärkere Kundenbindung durch die grüne Transformation des Unternehmens, 38 Prozent rechnen damit, neue Kunden für sich zu gewinnen.
Aber: 85 Prozent beklagen einen erheblichen Mehraufwand durch die Berichtspflichten, drei von vier Unternehmen haben dadurch enorme Mehrkosten. DZ BANK-Branchenanalyst Claus Niegsch: „Die grüne Transformation ist für die Wirtschaft nur umsetzbar, wenn sie für die Unternehmen auch gerecht verteilt und wirtschaftlich ist."
Der deutsche Mittelstand hat die nachhaltige Transformation als Geschäftstreiber für sich entdeckt. Das zeigt eine repräsentative Befragung unter mittelständischen Geschäftsführern und Entscheidern zum Jahresende 2023. Trotz aller Belastungen durch gestiegene Kosten, Bürokratie, Berichtspflichten und Investitionsdruck gelingt es vielen Unternehmen schon heute, ihre Wertschöpfung durch mehr Nachhaltigkeit zu steigern.
Vor allem mit Blick auf den Vertrieb erwartet der Mittelstand Wettbewerbsvorteile. 44 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie durch mehr Nachhaltigkeit – also beispielsweise eine verbesserte CO2-Bilanz in der Produktion oder klimafreundlichere Produkte – eine stärkere Kundenbindung erreichen können. Im Elektrogewerbe tun dies sogar sechs von zehn Firmen. 38 Prozent der Mittelständler gehen davon aus, dass sie durch die nachhaltige Transformation neue Kunden gewinnen. Der Handel (43 Prozent) und die Chemiebranche (41 Prozent) sind besonders optimistisch in puncto Neukundengewinnung, im Agrarsektor (18 Prozent) sind die Aussichten dagegen eher verhalten.


Quelle: © ipopba - AdobeStock.com

Mehr Nachhaltigkeit: Besseres Image, Produktinnovationen, Kostenreduktion

Knapp 30 Prozent aller Mittelständler erwarten sogar, dass mehr Nachhaltigkeit zu einer verstärkten Nachfrage bei der bisherigen Produktpalette führen dürfte – etwa, weil ihnen eine nachhaltigere Reputation des Unternehmens Wettbewerbsvorteile verschafftt.

Aber auch in puncto Innovationen sorgt die grüne Transformation der Firmen für Antrieb. 43 Prozent der Befragten gehen davon aus, durch die steigenden Nachhaltigkeitsanforderungen neue Produkte zu entwickeln oder zumindest das bestehende Angebot anzupassen. In der Chemiebranche (55 Prozent) und in der Elektroindustrie (54 Prozent) zeigen sich die Mittelständler besonders innovationsfreudig. Fast vier von zehn Firmen erhoffen sich auch Kosteneinsparungen durch mehr Nachhaltigkeit im eigenen Unternehmen.

„Der Klimaschutz ist die zentrale Aufgabe dieser und der nächsten Dekaden", sagt Claus Niegsch, Branchenanalyst der DZ BANK. „Die grüne Transformation ist für die Wirtschaft aber nur umsetzbar, wenn sie für die Unternehmen auch gerecht verteilt und wirtschaftlich ist. Sollten sich Investitionen in Nachhaltigkeit für immer mehr Firmen als Geschäftstreiber herausstellen, wäre dies eine Win-Win-Situation für unsere Wirtschaft."

Berichtspflichten sorgen für Frust

Die steigenden Nachhaltigkeitsanforderungen, insbesondere mit Blick auf Reportingpflichten, stoßen beim Mittelstand nicht gerade auf Begeisterung. 85 Prozent der Firmen beklagen einen erheblichen Mehraufwand, drei von vier Unternehmen identifizieren sogar deutliche Zusatzkosten, um ihren Berichtspflichten nachzukommen. Insbesondere, da sie auf externe Unterstützung angewiesen sind: 60 Prozent der Befragten müssen für ihr Reporting auf das Knowhow von Steuerberatern zurückgreifen und knapp die Hälfte auf spezialisierte Wirtschaftsprüfer. Dem gegenüber steht der Nutzen der Nachhaltigkeitsberichterstattung, den ein Großteil der Firmen vergeblich sucht: Nur rund ein Fünftel der Mittelständler erwartet sich Vorteile vom Nachhaltigkeitsreportingg.

„Auch wenn auf dem Papier vorerst nur die größeren Unternehmen in Deutschland von Berichtspflichten betroffen sind, müssen sich faktisch sehr viel mehr von ihnen bereits heute damit beschäftigen", erklärt Claus Niegsch. „Denn auch kleinere Mittelständler müssen etwa als Teil von Lieferketten zunehmend Nachhaltigkeitsdaten gegenüber ihren Kunden ausweisen."
Autor: www.dzbank.de

Mittelständler überraschend stark von deutschem Lieferkettengesetz betroffen

Die Zahl der vom Lieferkettengesetz betroffenen Mittelständler dürfte einer Umfrage des LBBW Research zufolge deutlich über den bisherigen Erwartungen liegen. „Fast drei Viertel der befragten Unternehmen sehen sich direkt oder indirekt vom deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz betroffen“, stellt Mittelstands-Analyst Andreas da Graça bei der Vorlage der aktuellen Unternehmensbefragung Mittelstandsradar 2024 fest.



Quelle: © ipopba - AdobeStock.com

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU), die theoretisch von der Berichtspflicht befreit sind, müssen in der Praxis oftmals trotzdem einen umfassenden Beitrag zur Berichterstattung über die Erfüllung von Sorgfaltspflichten leisten, wenn sie von berichtspflichtigen Geschäftspartnern zur Mithilfe aufgefordert werden. Verweigern sie sich, droht ihnen der Umfrage zufolge womöglich der Verlust von Aufträgen. Erfahrungen wie diese lassen die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmen inzwischen die Bürokratie und ihre Regelungen als ihren größten Gegner ausmachen. „Inzwischen benennt der Mittelstand fast unisono die überregulierenden Behörden als Hauptbelastungsfaktor“, erklärt Da Graça.

Nach Unternehmensgröße gestaffelt, verpflichten das deutsche und das EULieferkettengesetz (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) bis 2029 immer mehr Unternehmen zu umfassenden Sorgfaltspflichten. Das ist allerdings nicht nur ein Sieg für die Menschenrechte, sondern auch ein Sieg für die Bürokratie. Denn Unternehmen müssen künftig europaweit dokumentieren, dass von ihnen importierte Produkte aus Drittländern nicht zu Kinderarbeit oder Umweltschäden führen. Die Kontrolle weltweiter Lieferketten und (in)direkter Geschäftspartner ist dabei mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Die Unternehmen aus den Nachbarländern sind durch die CSDDD erst ab 2025 dazu verpflichtet. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte deshalb Anfang Juni vorgeschlagen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen, bis die europäische Regelung greife.

Großunternehmen bitten kleinere Geschäftspartner zum Rapport

Wie die Umfrageergebnisse des aktuellen Mittelstandsradars den Researchern zeigen, dürften von diesem bürokratischen Befreiungsschlag weit mehr Unternehmen profitieren, als bislang vermutet. Eigentlich sind Mittelständler (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitern und weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz vorerst nicht von der Regelung betroffen. Allerdings müssen berichtspflichtige Großunternehmen ihre kleineren Geschäftspartner in die Risikoanalyse und gegebenenfalls in Präventions- und Abhilfemaßnahmen mit einbeziehen und fordern entsprechende Informationen an. Beim Mittelstandsradar 2024 hielten sich nur ein



Quelle: © sam richter - AdobeStock.com

Viertel der befragten Unternehmen direkt vom Lieferkettengesetz betroffen. Aber weitere 43 Prozent sahen sich wegen geschäftlicher Verflechtungen indirekt konfrontiert.

Entziehen können sich diese Unternehmen der indirekten Berichtspflicht nicht. Bereits heute reagieren nach dem Lieferkettengesetz berichtspflichtige Unternehmen dem Mittelstandsradar zufolge auf die neue Gesetzeslage und passen ihre Lieferketten an. Rund die Hälfte der Unternehmen meidet demnach risikoreiche Zulieferer, und jedes dritte Unternehmen möchte auf schwer überprüfbare Zulieferer verzichten. Gleichzeitig planen 29 Prozent der Befragten, sich aus risikoreichen Ländern zurückzuziehen. Für den Analysten liefert das Gesetz damit Fehlanreize. Noch im vergangenen Jahr sei von Unternehmen mit einem starken China-Anteil in ihrem Geschäft gefordert worden, ihre Lieferketten krisensicherer aufzustellen. „Da den Ergebnissen zufolge die Attraktivität von Zulieferern aus dem Ausland sinkt, könnte dies ein schlechtes Signal für die angestrebte Diversifizierung von Lieferketten und Handelsbeziehungen sein. Allerdings sind sich auch noch viele Unternehmen unschlüssig, welche Anpassungsmaßnahmen in Zukunft getroffen werden sollen“, betont der Analyst. Jedes vierte Unternehmen konnte nicht erklären, wie sich ihr Lieferantenstamm wegen des Lieferkettengesetzes geändert habe oder verändern werde.

Bürokratie inzwischen Belastungsfaktor Nr. 1

Viele deutsche Mittelständler beklagen seit Längerem, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nicht mehr im Mittelpunkt des politischen Handelns steht. Statt Planungssicherheit und Berechenbarkeit sowie Entlastungen für Unternehmen gebe es eine Überregulierung, wie zum Beispiel bei den ausufernden Berichtspflichten, so die Klage. Das Mittelstandsradar zeigt dabei, wie stark sich Bürokratie und Mittelstand inzwischen entzweit haben. Die weit überwiegende Mehrheit der durch das LBBW Research im April 2024 befragten knapp 300 Unternehmen stuft den hohen bürokratischen Aufwand (84 Prozent) als Hauptbelastungsfaktor ein. An zweiter Stelle stehen die damit stark verwandten hohen regulatorischen Anforderungen (72 Prozent). Erst den dritten Platz teilen sich die Nachfrageschwäche sowie der inzwischen teilweise dramatische Fachkräftemangel mit jeweils 65 Prozent.
Autor: www.lbbw.de



Quelle: © TensorSpark - AdobeStock.com

Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit: Endgültige Billigung durch den Rat

Der Rat hat die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit förmlich angenommen. Dies ist der letzte Schritt im Beschlussfassungsprozess. Mit der jetzt angenommenen Richtlinie werden für große Unternehmen Pflichten in Bezug auf negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte sowie den Umweltschutz eingeführt. Es wird darin auch die mit diesen Pflichten verknüpfte Haftung festgelegt. Die Vorschriften betreffen nicht nur die Geschäftstätigkeit der Unternehmen, sondern auch die Tätigkeiten ihrer Tochterunternehmen und die ihrer Geschäftspartner in der Aktivitätskette.

Große Unternehmen müssen beim Übergang zu einer grüneren Wirtschaft und mehr sozialer Gerechtigkeit Verantwortung übernehmen. Mit der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit können wir gegen diejenigen Akteure Strafen verhängen, die gegen diese Pflichten verstoßen. Sie ist ein konkreter und wichtiger Schritt hin zu einem besseren Leben für alle.

Geltungsbereich, Tätigkeiten und zivilrechtliche Haftung

Diese Richtlinie gilt für Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 450 Millionen € und deren Tätigkeiten, die von der vorgelagerten Herstellung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen bis hin zum nachgelagerten Vertrieb, Transport oder der Lagerung von Waren reichen. Die Unternehmen, die von den jetzt verabschiedeten Rechtsvorschriften betroffen sind, müssen ein risikobasiertes System einführen und umsetzen, um Menschenrechtsverstöße und Umweltschäden gemäß der Richtlinie zu überwachen, zu verhindern und zu beheben.

Durch die Richtlinie müssen Unternehmen dafür sorgen, dass die Pflichten im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Umwelt in ihrer gesamten Aktivitätskette eingehalten werden. Wird ein Verstoß gegen diese Pflichten festgestellt, so müssen die Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen, die sich für ihre eigene Geschäftstätigkeit, die Tätigkeiten ihrer Tochterunternehmen und die ihrer Geschäftspartner in der Aktivitätskette ergeben, zu verhindern, zu mindern, abzustellen oder zu minimieren. Unternehmen können für die verursachten Schäden haftbar gemacht werden und müssen eine vollständige Entschädigung leisten.

Die Unternehmen, die von der Richtlinie betroffen sind, müssen auch einen Plan zum Klimawandel im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzübereinkommen verabschieden und umsetzen.



Quelle: © everythingpossible - AdobeStock.com

Nächste Schritte

Nachdem der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments heute gebilligt hat, ist der Rechtsakt angenommen.
Nach Unterzeichnung durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird die Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die für die Befolgung dieses Rechtstexts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Die Richtlinie wird je nach Größe der Unternehmen gemäß folgendem Zeitplan gelten:

- Drei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie für Unternehmen mit mehr als 5 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 1 500 Millionen €
- Vier Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie für Unternehmen mit mehr als 3 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 900 Millionen €
- Fünf Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie für Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 450 Millionen €

Hintergrund

Die Kommission hat dem Europäischen Parlament und dem Rat am 23. Februar 2022 einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit übermittelt. Am 1. Dezember 2022 hat der Rat seine allgemeine Ausrichtung festgelegt. Der Rat und das Parlament erzielten am 14. Dezember 2023 eine vorläufige Einigung.
Autor: www.consilium.europa.eu/de

Kellner: „Wir werden den Mittelstand bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung entlasten“

Mittelstandsbeauftragter Kellner berät mit über 50 Verbänden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und weiteren Schritten zur Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Der Parlamentarische Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Michael Kellner, hat angekündigt, den Mittelstand bei der Erfüllung von Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit stärker zu unterstützen. Kellner sagte vor über 50 Vertreterinnen und Vertretern der mittelständischen Wirtschaft im Rahmen des Dialog- und Arbeitsprozesses „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“:


Quelle: © everythingpossible - AdobeStock.com

Die Transformation hin zu mehr Klimaschutz ist mit hohem Aufwand für die Unternehmen verbunden. Hohe Investitionssummen sind notwendig, um die Produktionsprozesse umzustellen. Umso wichtiger ist der Dialog- und Arbeitsprozess, der genau diese Transformationsbemühungen mit konkreten Maßnahmen unterstützen soll. Vor fast genau zwei Jahren haben wir diesen Prozess ins Leben gerufen – heute war es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir haben Fortschritte gemacht, insbesondere angesichts der Krisen, die wir in den letzten Jahren überwinden mussten. Das ist gut so und stimmt mich optimistisch, dass wir gemeinsam unsere Ziele erreichen können. Jetzt gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen und die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung für weitere Schritte in die richtige Richtung zu nutzen. Eine der Hauptsorgen der mittelständischen Unternehmen ist die enorme Bürokratiebelastung. Insbesondere die immer umfangreicheren Berichts- und Dokumentationspflichten werden zu Recht kritisiert. Vergleichbare Unternehmensdaten zur Nachhaltigkeit sind wichtig. Ohne Akzeptanz beim Mittelstand werden wir aber keine belastbaren Daten bekommen.

Um den Mittelstand bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu entlasten, verfolgt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz folgende Maßnahmen:

Das bewährte Instrument für Nachhaltigkeitsberichte, der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, wird zu einem kostenlosen, digitalen Unterstützungsinstrument für die Berichterstattung nach der neuen europäischen Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung, der Corporate Sustainability Reporting Directive, weiterentwickelt.

Ein zentrales Element des neuen Deutschen Nachhaltigkeitskodex wird ein vereinfachter Eingabestandard sein („KMU-Modul“), der auf dem neuen vereinfachten freiwilligen EU-Berichtsstandard für KMU basieren wird, dem sogenannten „Voluntary SME-Standard“.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz setzt sich in Brüssel dafür ein, dass dieser neue EU-Berichtsstandard für KMU so mittelstandsfreundlich und praktikabel wie möglich ausgestaltet und als Obergrenze für Abfragen in der Wertschöpfungskette etabliert wird.

Michael Kellner: Mit der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung in deutsches Recht wird die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nochmals deutlich ausgeweitet. Die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen steigt von ca. 500 auf fast 15.000. Mittelständische Unternehmen sind davon nicht unmittelbar betroffen, leiden aber unter den Abfragen ihrer berichtspflichtigen Vertragspartner und Banken. Hier setzen wir mit der Weiterentwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex an. Wir vereinfachen den Eingabestandard deutlich und erleichtern damit auch die Mitwirkung der KMU bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

An der Dialogveranstaltung „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ nahmen Verbände unterschiedlicher Branchen der mittelständischen Wirtschaft teil. Neben dem intensiven Austausch zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und zur Weiterentwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex diente die Veranstaltung dazu, eine Zwischenbilanz des bisherigen Arbeits- und Dialogprozesses zu ziehen. Dies erfolgte auf Grundlage des Bilanzpapiers Aktionsplan Mittelstand, Klimaschutz und Transformation, das alle relevanten Maßnahmen aufführt, die auf einen wettbewerbsfähigen Mittelstand in der Transformation hinwirken sollen.
Autor: www.bmwk.de

green
OFFICE365

Wir lassen Ihre Wände blühen.

GREENOFFICE365 ist ein führender Spezialist für innovative, lebendige Wandbegrünung in der Arbeitswelt. Natürliches Grün am Arbeitsplatz hat eine wissenschaftlich belegte positive Wirkung auf den Menschen: Es steigert nachweislich das Wohlempfinden und die Produktivität der Mitarbeiter. Wir bringen natürliches GRÜN zu Ihnen. Echte Pflanzen mit minimalem Pflegeaufwand; abwechslungsreich, platzsparend, preiswert.

Grün mieten. Nachhaltig. Gesundheitsfördernd.



Neugierig? Rufen Sie an. Wir freuen uns, Ihnen das Konzept persönlich vorzustellen.

GREENOFFICE365 GmbH | Else-Lang-Straße 1 | 50858 Köln
Tel. +49 (0) 221 975 897 77 | service@greenoffice365.de | www.greenoffice365.de

sooo natürlich!

SOLVIUM
LOGISTIK | INVESTMENTS
robust. nachhaltig. bewährt.



IHR SPEZIALIST FÜR LOGISTIK-INVESTMENTS

Gründung
2011

Standorte
HAMBURG
CHAM (Oberpfalz)
KÖLN

Mitarbeiter in Deutschland
> 40

Erfüllungsquote*
100%

Logistikinvestments
> 200

Mit Investoren geschlossene Verträge
≈ 20.000

Anlagekapital in EUR
> 600 Mio.

Auszahlungen 350 Mio. €
Geleistete Miet-, Zins- und Rückzahlungen in EUR
> 350 Mio.

Vollintegrierter Asset-Manager:
Die Solvium-Gruppe umfasst einige renommierte Unternehmen, darunter die Noble Container Leasing Ltd., einer der führenden Containermanager im asiatischen Markt mit Standorten in Singapur, China und Südkorea, sowie die Axis Intermodal Deutschland GmbH aus Köln, das größte Vermietunternehmen für Wechselkoffer in Europa. Zudem ist die Solvium-Gruppe seit 2023 an dem europäischen Vermietspezialisten für Güterwagen und Lokomotiven European Wagon Lease Asset GmbH & Co. KGaA aus Hamburg signifikant beteiligt.

* Sämtliche seit Gründung 2011 von Solvium emittierten Produkte laufen prognosegemäß bzw. wurden bereits planmäßig beendet und weisen somit eine 100% - Erfüllungsquote auf.

BESTER SERVICE sehr gut wirtschaft tv

2023/2024 SACHWERTE AWARDS
Gewinner der Kategorie BESTÄNDIGKEIT
www.sc123.de/sachwerte-awards-2023

AUSGEZEICHNET.ORG Kundenbewertungen
SEHR GUT
4.96/5.00
261 Bewertungen
www.sc123.de/sterne

SERVICE AWARD 2024
»HERAUSRAGEND«
Solvium Capital
FONDS
www.sc123.de/service-award-2024

Der Erwerb von Vermögensanlagen ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Vermögens führen. Der in Aussicht gestellte Ertrag ist nicht gewährleistet und kann auch niedriger ausfallen.

Solvium Capital Vertriebs GmbH | ABC-Straße 21 | 20354 Hamburg | Tel. 040 / 527 34 79 75 | info@solvium-capital.de | www.solvium-capital.de